

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,50 RM., monatlich 1,10 RM.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltene Rollen-
zelle oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. August 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Steuerfragen.

II.

Aus den im gestrigen Artikel genannten Gründen fällt
einer sozialdemokratischen, oder, da es sich hier um theoretische
Erkenntnis handelt, besser gesagt einer marxistischen Steuer-
lehre zunächst die Aufgabe zu, die Betrachtung der Steuern
wieder auf die Nationalökonomie zu gründen. Statt nach der
Gerechtigkeit, nach der Wirkung der Steuern zu fragen und
die Veränderung, die durch die Steuererhöhungen in dem
Tauschverkehr geschaffen werden, zu analysieren. Nun
kann aber der Gesetzgeber nur bestimmen, wer die
Steuern zu zahlen hat; wer sie aber — und nur
darauf kommt es schließlich an — wirklich trägt, hängt
nicht von dem juristischen Paragraphen, sondern von den
Gesetzen des Verkehrs ab. Und wenn der Gesetzgeber auf
diese, sei es aus Absicht, sei es aus Unkenntnis, nicht geachtet
hat, so treten oft ganz andere Wirkungen ein, als der Gesetz-
geber sich träumen ließ. So bestimmt das Gesetz, daß die
Viersteuer vom Bierbrauer zu zahlen ist. Der Gesetzgeber
weiß aber, daß durchweg diese Ausgabe von der Brauerei auf den
Biertrinker im Preis des Bieres abgewälzt wird. Für diese Ab-
wälzung sorgen ohne weiteres Dazutun die Gesetze des Verkehrs.
Würde der Bierpreis nicht erhöht, so würde die Steuer aus
dem Profit des Brauers gezahlt werden müssen; das Kapital strebt
aber nach gleich hohem Profit; infolgedessen würde Kapital aus
dieser Anlagensphäre zurückgezogen werden; sei es, daß kleine
Brauereikapitalien unterbleiben oder die Produktion
eingeschränkt würde. Sinkt die Nachfrage nach
Bier bedeutend, so müssen in der Tat diese Vorgänge sich voll-
ziehen, um das Angebot zu vermindern und die Preiserhöhung
wirklich durchzusetzen. Man sieht schon hier, daß die Ab-
wälzung solcher indirekter Steuern oft nicht ohne schwere
wirtschaftliche Reibungen vor sich gehen. Daher
auch der Widerstand nicht nur der Konsumenten, sondern auch
der Arbeiter und Kapitalisten solcher durch indirekte Steuern
bedrohter Industriezweige. Man wird noch sehen, wie wenig-
stens den Kapitalisten aus Kosten der Gesamtheit in der
neueren deutschen Steuergesetzgebung dieser Uebergang er-
leichtert wird.

In solchen Fällen rechnet also der Gesetzgeber mit den
Gesetzen des kapitalistischen Verkehrs, hier mit dem Gesetze der
Ausgleichung der Profitrate. Aber er kann sich auch
verrechnen. So, wenn der Konsumrückgang ein ungewöhn-
lich starker ist, viel größer, als er ihn voraussehen konnte.
Die neue Biersteuer hat z. B. die erbitterten Konsumenten den
guten Lehren der Abstinenz zugänglicher gemacht. Oder die
Konsumenten wurden sich ihrer Macht bewußt und setzten den
beständigen Steuererhöhungen organisierten Widerstand ent-
gegen. Sie boykottierten das verteuerte Bier. In solchem
Fall reicht die Verringerung des Angebots nicht aus, da die
Nachfrage noch viel stärker abgenommen hat; die Brauer
können den Preis des Bieres nicht um den ganzen Betrag
der Steuer erhöhen; die Steuerabwälzung, die vom Gesetz-
geber beabsichtigt war, ist mißlungen. Die Brauer sind nicht
nur Steuerzahler geworden, sondern auch wenigstens für eine
längere Uebergangszeit die Steuerträger.

Oder der Gesetzgeber macht Steuern, die ganz anders
als beabsichtigt wirken, weil er die Gesetze des Verkehrs nicht
kennt. Ein lustiges Beispiel bietet dafür die Talonsteuer des
schwarzblauen Woads. Die Junker wollten die Renten-
bezieher treffen und bestimmten, daß die Kupons-
höhen, die zur Einkassierung der Zinsen berechtigten,
besteuert werden. Es stellte sich aber bald heraus,
was den Herren auch vorausgesagt worden war,
daß diese Steuern nicht von den Empfängern, sondern von
den Gesellschaften selbst getragen werden müßte. Diese er-
legten die Steuer selbst. Soweit es sich um Aktiengesell-
schaften handelte, ist der Unterschied nicht groß. Die Steuer ver-
ringert den Reinertrag, also auch die Dividende, schließlich
tragen also die Kuponsbesitzer doch die Steuer. Anders aber
bei jenen Gesellschaften, die den Grundbesitzern landwirt-
schaftlichen Kredit vermitteln, und nicht auf Gewinn
arbeiten. Deren Unkosten sind um den Betrag der Steuer
gestiegen; sie müssen jetzt um diesen Betrag den Landwirten
höhere Zinsen anrechnen; nicht die Gläubiger der Junker, die
Besitzer der Pfandbriefe, sondern die Junker selbst bekommen
so einen Teil der Talonsteuer zu tragen, gar sehr gegen ihre
Absicht.

Jede wirklich wissenschaftliche Steuerlehre muß also auf
die Austauschgesetze der kapitalistischen Wirtschaft zurückgehen,
um über die Wirkungen der Steuern ins Klare zu kommen.
In ihren Mittelpunkt wird so die von der bürgerlichen
Wissenschaft sehr stiefmütterliche Ueberwälzungslehre gerückt.
Sie wird ihr Steuerlehre nicht nach äußerlichen Merkmalen
der Steuerart aufbauen, sondern nach den Steuerquellen,
nach den ganz verschiedenen Einkommensarten, in die der Er-
trag der Volkswirtschaft sich in der kapitalistischen Gesellschaft
spaltet, und sie wird sich stets fragen, ob auch wirklich die
Steuer die Absicht erreicht, die der Gesetzgeber im Auge hat.
Sie wird schließlich nicht die Ausgabe des Staates
als Maßstab für die Einnahmen akzeptieren können,
sondern sich umgekehrt fragen, wie die Belastung durch
die Besteuerung auf den Gang der Volks-

wirtschaft, also auf die Reproduktion, die
Wiedererneuerung und die Neuanlage, die
akkumulation zurückwirkt. Sie wird das ökonomische
Bedürfnis der Gesellschaft ins Auge fassen und die Änderungen
in der Verteilung des Einkommens der verschiedenen Klassen.

Dieser Versuch zum erstenmal nicht ausgeführt, aber
skizziert zu haben, ist das Verdienst der kleinen, aber inhalts-
reichen Schrift des österreichischen Genossen Renner. *)

An die Spitze seiner Ausführungen stellt Renner den Satz,
daß, da die Arbeit die Quelle aller Werte, in letzter Linie die
Arbeit alle Steuern trägt; deshalb belasteten hohe Steuern
immer den arbeitenden Teil der Bevölkerung schwer, einerlei
wie und wo die Steuern eingehoben werden. Das gesell-
schaftliche Jahresprodukt zerfällt nun in drei Teile: der erste
Teil dient dazu, die verbrauchten Produktionsmittel
(Maschinen, Hilfsstoffe, Rohstoffe, abgenutzte Gebäude
usw.) zu ersetzen; der zweite Teil ist gleich
dem Arbeitslohn; der dritte Teil ist der Mehrwert. Arbeits-
lohn und Mehrwert bilden das jährliche Einkommen, die
Revenue. Es ist nun selbstverständlich, daß die Steuern nur
aus der Revenue genommen werden dürfen; denn sonst würde
die Wiederproduktion nur in verringertem Maße erfolgen
können; das hieße aber die Henne schlachten, die die gol-
denen Eier legt. Die durch den übermäßigen Steuerdruck
verringerte Produktion würde ein verringertes Einkommen
erzeugen, infolgedessen würde sich die Produktion im nächsten
Jahre in noch stärkerem Maße verringern usw. Daher der
Grundsatz, den schon Adam Smith aufgestellt hat, die Steuer
dürfe nur das Einkommen, nie das Vermögen treffen.

Eine Ausnahme von dieser Regel könne nur dann gemacht
werden, wenn die Steuern selbst zur Erweiterung der Pro-
duktion benutzt werden; also wenn ein proletarisches Regime
in der Uebergangszeit von den Besitzenden hohe Steuern er-
hebt, um die gesellschaftliche Produktion auszudehnen.
Solche Steuermaßregeln gehören dann zu den Ueber-
gangsmassregeln, die eine sozialistische Demokratie anwenden
kann. In der kapitalistischen Gesellschaft aber darf
die Steuerlast nicht einmal den gesamten Mehrwert treffen.
Denn die Produktion muß ständig erweitert
werden, soll nicht die Lebenslage der ar-
beitenden Klassen sich rapid verschlechtern.
Ein Teil des Mehrwerts muß also von den Kapitalisten
produktiv verwendet, in Kapital rückverwandelt, akkumuliert
werden. Ist diese Rückverwandlung unmöglich, weil die
Steuerlast zu groß ist, so unterbleibt die Pro-
duktionserweiterung, die infolge der Bevölkerungszunahme
neu hinzugekommenen Arbeiter finden keine Beschäftigung,
die industrielle Reservearmee wächst. Sie drückt dann auf die
Beschäftigten, die Löhne sinken, das Elend der Arbeiter steigt.
Und dies alles selbst unter der Voraussetzung, daß die Steuern
direkt vom Einkommen des Kapitalisten erhoben werden. Es
folgt schon daraus, daß der Verwendungszweck der
Steuern keineswegs gleichgültig ist, daß
also die Form der Steuerausbringung
durchaus nicht das allein Entscheidende
sein kann. Auch die idealste Steuer vermehrt
in der kapitalistischen Gesellschaft das Massenelend,
sobald die Steuer zu unproduktiven Zwecken, Militär-
ausgaben usw. verwendet wird; sie hindert die Ausdehnung
der Produktion und vermindert die Nachfrage nach Lohn-
arbeit.

Daraus ergibt sich sofort die Schranke für die Besteuerung
auf kapitalistischer Basis: „So lange wir privatwirtschaftlich
produzieren, ist der Fortschritt der Produktion an die private
akkumulation von Mehrwert gebunden. Besteuern wir nicht
bloß die Konsumrate, sondern auch die akkumulationsrate
des Mehrwerts, so hemmen wir direkt die gesellschaftliche
Entwicklung“ (Renner S. 40). „Der staatliche Machtapparat
kostet der Volkswirtschaft heute schon so viel, daß dadurch
die Produktionsentwicklung gehemmt ist und diese Hemmung ver-
größert sich von Jahr zu Jahr. Ein immer wachsender Teil
des gesellschaftlichen Mehrprodukts dient dazu, in Bürokratie
und Militarismus eine Machtorganisation zu erhalten, welche
den Besitzenden Klassen zwar ihren gegenwärtigen Besitz stützt,
die gesellschaftliche Entwicklung aber zurückhält und sogar
den Besitzenden selbst den eigenen Profit schmälert. Dieser
Machtapparat gehört zu den Unkosten der Entwicklung,
diese Unkosten wachsen sicherlich rascher als die Wirtschaft selbst.
Bürokratie und Militarismus sind — rein wirtschaftshistorisch
geproben — zweifellos unökonomisch geworden. Selbst vom
Standpunkt des Kapitalismus würde die Beseitigung des
staatlichen Machtapparates die Bahn für eine ge-
waltige Steigerung der Akkumulation und
damit der Dekonomie frei machen.“

Sonnenklar ist demnach, daß der Kapitalist diese Unkosten
als Uebel nur darum trägt, weil der Apparat ihn persönlich
verteidigt.

Wenn also selbst der ganze Staatshaushalt durch Besit-
zern getragen würde, so könnte eine so hohe, so stark an-
wachsende Steuerlast, ein dreierartiges Gesamtbudget von unseren
Vertretern schon aus ökonomischen Prinzipien nicht be-
willigt werden. . . . Niemals kann der bloße Grund, daß

*) Dr. Karl Renner: Das arbeitende Volk und die
Steuern. I Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen.
59 S. Preis 50 Pf. II Teil: Der österreichische Staatshaushalt
und die Steuerreform. 80 S. Preis 50 Pf. Verlag der Wiener
Volkshandlung.

eine Steuer direkt ist, daß also die Kapitalisten bluten, daß
die Reichen schwitzen müssen, sie zu genehmigen für uns hin-
reichen. Aus dem Gefühl der Rache an der Person des
Reichen macht ein Sozialdemokrat nicht Politik. Wir müssen
die ganze Wirtschaftsentwicklung vor Augen haben. . . .“
(S. 52.)

Der Fahneneid.

Angeheure Schneidigkeit! Ein Reserveleutnant hat es gewagt
zu behaupten, bei einer Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und
Zentrum müsse es ihm gestattet sein, für die Sozialdemokratie zu
stimmen, weil das Zentrum dem Vaterlande gefährlicher sei als
die Sozialdemokratie. Darauf wurde dieser Verwogene — viel-
leicht diente er nur als Fiktion, um den ganzen Krampf hervor-
zurufen — von allen Seiten aus der feudal-reaktionären Gesell-
schaft dermaßen angeschrien, daß er zu Kreuze kroch. Wenn ein
Reserveoffizier, so töfste es mit Donnerlaut, einen Sozialdemo-
kraten wählt, so ist das ein Bruch des Fahnenedes, und
dieser Eid bindet den, der ihn einmal ge-
schworen, bis an sein Ende!

Soll dieser Satz seine Geltung behalten, so muß in der
offiziellen und offiziellen Geschichtschreibung der neueren Zeit eine
große Umkehr eintreten. Dann darf es auch keine Aus-
nahmen und Beschränkungen geben, wenn Handlungen
vorgeschrieben werden, die sich als Bruch des Fahnenedes
qualifizieren oder einem solchen ähnlich sehen.

Wir wollen nicht auf jene Zeiten zurückgreifen, da sich die
Fürsten mit geworbenen Heeren bekämpften. Damals wurde
häufig der Fahneneid so leicht gewechselt wie die Uniform. So
nahm 1756 Friedrich II. die sächsische Armee bei Pirna gefangen.
Viele sächsische Soldaten wurden in die preussische Armee gesteckt
und mußten zu Friedrichs Fahnen schwören. In der Schlacht von
Kollin im folgenden Jahre gingen sie aber wieder in Masse zu den
Österreichern über und trugen zu Friedrichs Niederlage wesent-
lich bei.

Aber wenn der Fahneneid den, der ihn geschworen, bis ans
Ende bindet, so genügt die Erhebung des von den preussischen
Patrioten so sehr verehrten Majors Schill im Jahre 1809 sehr
nahe an einen Bruch dieses Eides. Der König von Preußen
ließ auch dies Unternehmen als eine „unglaub-
liche Tat“ in den schärfsten Ausdrücken ver-
urteilen. Dafür war wohl der Hauptgrund, daß das Unter-
nehmen Schills ausichtslos war. Dann erscheint auch der bekannte
Abfall des Generals Yorck v. Wartenburg vom französischen
Bündnis und die Konvention von Taurroggen in anderem Lichte als
in den hochpatriotischen Geschichtswerken. Yorck besiegte 1812
das preussische Heer, welches Friedrich Wilhelm III.
als Verbündeter Napoleons zu dessen „großer Armee“ hatte stellen
lassen. Nach dem Fahneneid, den der General
Yorck dem König von Preußen geleistet, war er
verpflichtet, dessen Verbündeten Napoleon zu
unterstützen. Als die große Armee vernichtet war, fiel Yorck
ab und schloß mit den Russen die Konvention von Taurroggen ab,
infolge deren er sich von den Franzosen trennte und den Russen
freie Hand ließ. Er war so schon, dem König von Preußen die
Besätigung der Konvention vorgubehalten. Aber dieser erklärte
ihn für abgesetzt und befahl, ihn vor ein Kriegs-
gericht zu stellen; zugleich ordnete er die preussische Armee
wieder den Franzosen unter. Yorck hatte richtig gerechnet. Die
Ereignisse kamen dem Kriegsgericht zuvor; zwei Monate nachher
fiel der König von Preußen selbst von Napoleon ab. Man hat
Yorcks Tat hoch gepriesen und sie mit tausend Gründen zu rech-
fertigen gesucht; sie sollte vor allem dazu dienen, den noch un-
entschlossenen König vorwärts zu treiben. Das mag alles richtig
sein, aber es hat doch nur der Zweck als Mittel
gעהelligt.

In der Schlacht von Leipzig befanden sich unter den Rhein-
landstruppen in Napoleons Armeen, namentlich bei den Sachsen
und Württembergern, viele Elemente, die nur auf die Gelegenheit
warteten, zu den Verbündeten überzugehen. Sie hatten dem
König von Sachsen und dem König von Württemberg den Fahnen-
eid geleistet, und diese beiden Könige hielten beifällig beim
Kaiser Napoleon bis zuletzt aus. Der König von Sachsen war
während der Schlacht zugegen und wurde nachher von den Ver-
bündeten gefangen genommen. Am 18. Oktober gingen 3000
Sachsen mit 19 Geschützen vom Korps des Ge-
nerals Rehnier zu den Russen über und ihre
Artillerie feuerte sogleich auf die Franzosen.
Nach 600 Mann württembergischer Kavallerie unter dem General
Normann gingen zu den Preußen über. Gneisenau ließ
sie ins Hintertreffen stellen, aber hauptsächlich wohl deshalb, weil,
wie ein deutscher Geschichtsdreier sagt, Normann kurz zuvor die
Lübker Freischar heimtückisch überfallen hatte, wobei sie zum
größten Teil niedergemacht worden war.

In der sächsischen Armee gab es aber auch Elemente, die nach
der Niederlage Napoleons mit der neuen Ordnung der Dinge nicht
zufrieden waren. Sie wollten 1815 nicht gegen Napoleon kämpfen;
als nun die Nachricht kam, daß Sachsen zerstückelt und zum großen
Teil an Preußen abgetreten sei, rebellierten zu Ramur drei
sächsische Bataillone. Blücher, der zu Ramur sein Hauptquartier
hatte, wollte die Widerspenstigen in preussische Regimenter stecken.
Darauf bedrohten sie ihn mit dem Tode, und er mußte fliehen. Die
Sachsen blieben vom 1. bis 6. Mai im Aufstand, dann wurden sie
von überlegenen preussischen Truppen umzingelt und mußten die
Waffen strecken. Blücher befahl dem preussischen General von
Dorstell, sieben Mädelführer erschießen und die Fahnen der

frei Salatlöhne verbrennen zu lassen. Aber Vorstell Weigerter sich diesen Befehl zu vollziehen. Er ward abgesetzt und zu vier Jahren Festung verurteilt, aber bald begnadigt. Die sieben Rädelstörer wurden erschossen, darunter ein Tambour. Diesem Vorfall hat der bekannte Dichter Julius Rosen, ein Sachse, ein Gedicht gewidmet, welches schließt:

„Sie wollten nicht lassen vom Sachsenpanier,
Erschossen drum liegen die Braven hier,
Wachte eben alles brechen entzwei,
Mit dem Deutschen Reiche die deutsche Treu'!
So Naget nächstlich auf Kamurs Sand
Der tote Tambour vom Sachsenland.“

So ging es den Sachsen, die ihrem König den Fahnenreiß nicht hielten, und so denen, die ihn halten wollten. Wir halten es weder mit den einen noch mit den anderen; wir begnügen uns, an diese Dinge zu erinnern.

Während des Feldzuges 1813 ging der Schweizer Jomini, der es bei Napoleon durch die Protektion des Marschalls Ney rasch zum General gebracht hatte, zu den Verbündeten über und verriet ihnen Napoleons Operationspläne. Zar Alexander I. machte diesen Verräter zu seinem Generaladjutanten, was sogar dem Kaiser Franz von Oesterreich zu stark war. Immerhin aber nahm man sonst bei den Verbündeten an Jominis Verrat keinen Anstoß.

Als 1830 der Herzog Karl von Braunschweig durch eine Abelsverschöpfung, bei der das Volk geschädigt als Sturmvolk benutzt wurde, vertrieben worden war, wurde diese Revolution vom Bundestag sanktioniert. Beim Versuch, das Herzogtum wieder zu erobern, befand sich der Erzherzog in der Nähe von Nordhausen braunschweigischen Truppen gegenüber, denen man noch keine neue Equipierung hatte verschaffen können. Sie trugen auf ihren Tschakos und Uniformen noch den Namenszug des vertriebenen Herzogs. Er rebete sie an, verpöchte auf diese Abzeichen, erinnerte sie an ihren Fahnenreiß und forderte Gehorsam, aber ohne Erfolg. Denn das Offizierkorps hatte sich des Fahnenreißes selbst entbunden und hatte Karls Bruder Wilhelm und für den Fall von dessen Kinderlosigkeit den händlerschen Welfen gehuldt.

Wenn man die von uns angeführten Fälle rechtfertigen will im des Juedes willen — nun, dann mag man auch zurückhalten mit den historischen Angriffen gegen die ungarische und die badische Kette von 1848 und 1849, welche den Fahnenreiß als durch die Situation und die Ereignisse erledigt betrachtet haben.

Aber gegenüber den angeführten historischen Tatsachen wirkt es unendlich komisch, wenn man einer eventuellen Stimmabgabe eines Referendums für die Sozialdemokratie eine solche Bedeutung beilegen will, wie es zurzeit die verlogene reaktionäre und junkerliche Presse tut. Dabei handelt es sich bei der Reichstagswahl um geheime Abstimmung, und ein früherer Staatssekretär hat ausdrücklich erklärt, die Wahrung des Wahlgeheimnisses sei eine sittliche Pflicht, wonach bekanntlich entsprechende Verbesserungen des Wahlreglements vorgenommen worden sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. August 1911.

Preßkorruption.

Die „Kölnische Zeitung“ hatte in ihrer Börsenrundschau in Nr. 815 bei einer Betrachtung über die Lage am Eisenmarkt geschrieben, gleich dem amerikanischen Steeltrust sorgten auch deutsche Verbände dafür, daß die Kartellage nur so geschilbert werde, wie sie es haben wollen.

„Eingeleit“, so schreibt die „Kölnische Zeitung“, „haben sich dazu sogar besondere Einrichtungen geschaffen, die unter dem Anschein der Unabhängigkeit an die Presse herantreten. In gewissen aus den Kartellen von Verbänden unterhaltenen Einrichtungen dieser Art sind sogar Persönlichkeiten tätig, die den Anschein ihrer Unabhängigkeit soweit zu steigern verstehen, daß sie in den Berichten, die sie die Presse selbst geschrieben hat, eine Rolle spielen. Wo derartige Elemente über wirtschaftliche Dinge berichten, ist doppelte Vorsicht ebenso am Platze, wie in Zukunft gegenüber den Berichten des Iron Age.“

Nach dem Erscheinen dieser schweren Anklagen, bei denen man qualvoller als an den „Verband der rheinisch-westfälischen Presse“ denken mußte, hat der Vorsitzende des Ehrengerichts dieser Vereinigung bürgerlicher Journalisten, Dr. D. Dreifemann in Köln, sich brieflich mit der Bitte an die Handelsredaktion der „Kölnischen Zeitung“ gewandt, ihm die Namen der beschuldigten Persönlichkeiten zu nennen und dem Ehrengericht das Beweismaterial zu unterbreiten. Der verantwortliche Redakteur hat indes seine Mitwirkung bei der Aufführung abgelehnt. Der Verbandsvorstand hat darauf das Ehrengericht zusammenberufen, um weitere Schritte in der Sache zu erörtern.

Das gute Gewissen der Generaldirektion.

Die Kaiserliche Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Elßah-Vothringen hat in der Eisenbahnverträge zu Wischheim bei Strahburg sowie in den Betrieben zu Hausbergen und zu Strahburg selbst eine neue Maßregelungsdrohung aufschlagen lassen, die folgenden Wortlaut hat:

Bekanntmachung.

Nach einer Ankündigung der „Freie Presse“ findet am Dienstag, den 1. August, in der „Aubette“ eine vom Kartell der freien Gewerkschaften veranstaltete öffentliche Versammlung statt, in der gegen eine von der Reichseisenbahn-Verwaltung verfügte Entlassung eines Arbeiters Protest erhoben werden soll. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Versuch dieser Versammlung mit den Pflichten unserer Arbeiter nicht vereinbar ist und warnen vor der Beteiligung unter Hinweis auf die Folgen.

Strahburg, den 31. Juli 1911.

Die Kaiserliche General-Direktion der Reichseisenbahnen in Elßah-Vothringen.

Dieser Maß regelt sich nicht dem Verbot an, das die Betriebsleitung der Eisenbahnverträge in Wischheim i. E. letzte Woche gegen die Teilnahme am Begräbnis des aus Furcht vor Wahrung in den Tod gegangenen Werkstättenarbeiters Spighorn erlassen hat. Wenigstens erstreckte sich jenes Verbot aber nicht über die Arbeitszeit hinaus, so daß bei Arbeitsantritt um 8 Uhr abends etwa 600 Werkstättenarbeiter im Arbeitszuge noch nach dem Friedhof strömen konnten, wo sie mit dem späten Leichzuge gerade noch rechtzeitig eintrafen, um der eigentlichen Bestattung unter den ergreifenden Worten des gemäßigten Vereinsvorsitzenden Schmitt beizuwohnen.

Es versteht sich, daß auch für diesen neuen Maß Minister Breitenbach im Reichstage zur Verantwortung gezogen wird.

Die diesjährige Zentrumsparade.

die am nächsten Sonntag in Mainz beginnt, wird sich, nach den Vorarbeiten zu schließen, im selben Rahmen halten wie ihre Vorgängerinnen. Am Sonnabendmorgen findet ein

großer Festzug statt, an dem sich nach den Mitteilungen des „Mainzer Journals“ etwa 45 000 Personen beteiligen werden. Von fern und nah werden die Zentrumschäuflein zusammengetrieben. Die Eisenbahn hat zur Bewältigung des starken Verkehrs umfangreiche Maßnahmen getroffen, besondere Fahrkartenschalter und 22 neue Durchlässe sind am Bahnhof errichtet worden. Vom Bau einer besonderen Festhalle hat man — außer einem großen von den Brauereien errichteten Bierzelt — abgesehen und begnügt sich mit den vorhandenen Sälen. Die Hauptversammlungen werden in der städtischen Stadthalle abgehalten, dem schönen Niesensaal am Rhein, in dem 1900 auch der sozialdemokratische Parteitag tagte. — Anlässlich des Katholikentages wird auch die „Akademische Bonifazius-Einigang“, die „die Zusammenarbeit des gesamten katholischen Studententums im deutschen Sprachgebiet zur Festigung der katholischen Weltanschauung“ zum Ziel hat, eine große allgemeine Studentenversammlung abhalten, die eine „glanzvolle Umgebung“ aller katholischen Akademiker werden soll. Als ersten Redner hierfür hat man den erst kürzlich als Plagiator entlarvten und des literarischen Diebstahls beschuldigten Professor Jakob Meyers aus Luxemburg bestellt. Herr Meyers wird — natürlich unter Ausschluß freier Diskussion — über „die Zukunft der katholischen Studentenschaft“ reden.

Für den Festzug am Sonntag ist vor dem Theater, gegenüber dem Standbild des berühmtesten Sohnes der Stadt Mainz, Johannes Gutenberg, eine Tribüne erbaut, auf der sich der hohe Merus und die bekannten Zentrumsgrößen dem katholischen Volke zeigen werden, um die Judigungen entgegenzunehmen.

Wir marschieren!

Im Jahre 1877 erschien ein Buch, betitelt: „Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung“. Sein Verfasser war ein junger katholischer Geistlicher mit Namen Franz Hige, der später Professor und Prälat wurde und als sozialpolitischer Führer des Zentrums von sich reden machte. In diesem Buche hieß es:

Der Sozialismus repräsentiert ein System, so konsequent und großartig, daß wir es wohl begreifen, wenn große Denker und edle Männer sich für ihn begeistern, und es ziemt einem ernsten Mann recht wenig, ohne weiteres über ihn abzusprechen. Ihn aber lächerlich finden, das kann nur die Blindheit und Verlogenheit eines liberalen Bourgeois fertig bringen.

Dabei hat Herr Hige offenbar nicht an seine späteren Amtskollegen, die politisierenden Kopfläre und die ultramontanen Feld-, Wald- und Niesensagitatoren, die christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre mit R. Gladbacher Vierwochenbildung gedacht, die nicht nur von oben herab über den Sozialismus sprechen, sondern sich auch bemühen, ihn lächerlich zu finden und dabei jeden liberalen Bourgeois an Blindheit und Verlogenheit überreifen.

Vor der Größe und Höhe der „sozialdemokratischen Gefahr“ hatte Hige damals schon große Angst. Die Partei, so führte Hige aus, habe im Reichstage 13 Abgeordnete; ihre Stimmenzahl bei der letzten Reichstagswahl betrage 488 000; in 108 Wahlkreisen sei sie mit Kandidaten aufgetreten. Die sozialdemokratische Presse habe 100 000 Abonnenten und die Partei eine Einnahme von 58 000 M. Videant consules! rief Hige bei dieser Gelegenheit warnend aus.

Nun, die „Konjunktur“ haben es an Eifer nicht fehlen lassen. Ein Jahr darauf kam das Sozialistengesetz, das auf zwölf Jahre die klassenbewußte Arbeiterchaft Deutschlands in Fesseln legte. Dann kam unter dem gemeinen Gesetz die Politik der Radikale, die behördliche und private Schikane; die Klassenjustiz mit besonderer Berücksichtigung der Sozialdemokratie; die Sozialistenräuber des Schornsteinputzers, des Reichsverbandes und des katholischen Volksvereins — kurzum die „Konjunktur“ und ihre staatsretterischen Handlanger haben ihre Pflicht getan.

Und heute? Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt in ihrer Nr. 648 vom 31. Juli einen Artikel, der über die Mitgliederzahl der verschiedenen Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung nach ihrem gegenwärtigen Stande folgende Angaben macht:

Stimmzahl der sozialdemokratischen Partei	4 000 000
Mitglieder in den Gewerkschaften	2 225 000
Sozialdemokratische Parteiorganisation	1 000 000
Jugendbewegung	50 000
Frauenbewegung	100 000
Sportvereine (Sänger, Turner usw.)	800 000

Der Verfasser des Artikels meint, es hieße eine verhängnisvolle Vogelstrauß-Politik treiben, wenn man vor diesen ernsten Tatsachen den Kopf in den Sand stecken wollte. Die Sozialdemokratie organisiere ihre Parteigenossen, ihre Jugend, ihre Frauen, alles zentral und streng diszipliniert; sie eifere ihre Anhänger zu gesteigerten Beitragsleistungen auf und wende ungeheure Mittel an, um ihre Vorposten und Feldlager immer weiter hinauszuschieben ins flache Land, in die sogenannten dunkelsten Gegenden Deutschlands. Auch der politische Gegner müsse ihr zugestehen, daß sie hierbei ein meisterhaftes Geschick entwickele und der Erfolg demgemäß auf ihrer Seite sei.

Kamentlich macht dem Verfasser des Artikels in der „Kölnischen Volkszeitung“ das Vordringen der Sozialdemokratie auf das Land Sorge, wobei er hinweist auf das Wachstum des Verbandes der Land- und Forstarbeiter. Er werde auch weiter vordringen und ganz bestimmt Erfolg haben, wenn man nicht endlich auf dem Lande aus der bisherigen Ruhe und Beschaulichkeit herauskommt und ernstlich daran denkt, auch unser Landvolk für die religiösen und politischen Kämpfe der Gegenwart aufzurütteln und ihm eine entsprechende Vertretung seiner Standesinteressen zu verschaffen.

Der Verfasser ist der Ansicht, daß von katholischer Seite viel mehr getan werden müsse, wenn man der Sozialdemokratie Herr werden wolle. Er hofft besonders viel von dem Katholikentag in Mainz, wo man sich klar darüber werden müsse, was die Stunde von den deutschen Katholiken heiße: „Wenn wir wollen, können wir die sozialdemokratische Agitation in unseren Kreisen abwehren.“

Am Wollen hat es bei den Merkmalen in dieser Beziehung wohl nicht gemangelt, aber das Können reichte nicht hin. Auch Hige wußte damals allerhand Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anzugeben. Vor allem setzte er seine Hoffnung auf die Kirche: „Sie allein vermag die Leidenschaften zu fesseln, die profetarisirten Massen zur Ruhe und Ordnung zurückzuführen, ihnen den Geist der Disziplin einzuhäuschen, um sich wieder zu sammeln und zu gliedern zum Aufbau der Gesellschaft der Zukunft.“

Die Kirche hat von 1877 bis 1911 den Aufstieg der Sozialdemokratie nicht aufhalten können, sie wird es auch in Zukunft nicht, um so weniger, als sie bereits in allen Jagen kräftig. Wir marschieren!

Auch ein „Freisinniger“.

Nach Meldungen der Presse hat auf einem Sommerfest bei Mem-scheid der fortschrittliche Reichs- und Landtagsabgeordnete Professor Eichhoff eine Rede gehalten, in der er sich gegen ein Pattieren des Liberalismus mit der Sozialdemokratie ausgesprochen haben soll. Würde der Liberalismus wirklich auf diese Weise Ebene geraten, so müßte ihn das ins Verderben führen. Da von einem Pattieren mit der Sozialdemokratie weder unter den Freisinnigen noch unter der Sozialdemokratie bisher die Rede gewesen ist, dürfte sich Herr Eichhoff also wohl gegen das gewendet haben, was allerdings gerade in einschlägigeren Freisinnkreisen als notwendig anerkannt wird: gegen ein konsequentes Zusammengehen bei Stichwahlen, an ein gemeinsames Schicksal nach rechts.

Daß Herr Eichhoff nicht die Einsicht besitzt, die Notwendigkeit eines solchen Kampfes gegen die blaue Schwarze Reaktion zu begreifen, trauen wir ihm schon zu. Ist dieser Herr doch seit jeder einer der reaktionärsten unter den noch wahrhaftig nicht an einem Ueberfluß von Radikalismus leidenden freisinnigen Parlamentariern gewesen. Er vornehmlich ist es gewesen, der den Freisinn für die Flotten- und Weltpolitik gewonnen hat; überhaupt könnte sich der Herr Professor in die national-liberale Partei aufnehmen lassen, ohne irgendwelche politischen Ideale abzuschwören. — Wenn der Geist des Herrn Eichhoff weitere Kreise des Freisinn beherrschen sollte, könnte sich die Reaktion allerdings ins Häufigen lagern.

Ausländer an deutschen Universitäten.

Die „Ndn. Ztg.“ veröffentlicht einen Artikel über die Zunahme des Studiums von Ausländern an deutschen Universitäten. Demnach befinden sich im laufenden Sommerhalbjahr an den Universitäten des Reiches unter den 57 200 Studierendenden 4519 Ausländer. Der 1904 infolge Verschärfung der Aufnahmebedingungen, insbesondere gegenüber den Russen, eingetretene Rückgang der ausländischen Studenten bis auf 3594 im Sommer 1908, ist in den letzten Semestern wieder einer starken Zunahme gewichen, so daß die heutige Zahl die höchste ist, die je in einem Sommersemester erreicht worden ist. Die jener Rückgang wesentlich durch die Abnahme der russischen Studierendenden veranlaßt war, so bezieht die neuere Steigerung wieder zum größten Teil auf einen höheren Zustrom aus dem russischen Reich. Die jüngste Steigerung, die gegenüber dem Vorjahr 314 beträgt, ist weiterhin auf einen stärkeren Zustrom aus der Schweiz, Frankreich und aus einem Teil des östlichen Europas zurückzuführen, wogegen, von kleineren Schwankungen abgesehen, aus Schweden und Norwegen, Belgien und Ästern der Zugang etwas geringer ist. Im einzelnen ergeben sich in Beziehung auf die heutige Verteilung der ausländischen Studenten auf die verschiedenen Erdteile und Staaten folgende Zahlen: aus Amerika kommen 292 (gegen 274 vor fünf Jahren), aus Ästern 176 (99), aus Afrika 20 (11), aus Australien 8 (7). Von den 4025 (3498) Angehörigen der europäischen Länder sind 2040 (1818) aus Rußland, Oesterreich-Ungarn gehören an 740 (621), der Schweiz 810 (284), England 157 (155), Bulgarien 145 (125), Rumänien 143 (80), Griechenland 87 (45), Serbien 81 (62), Luxemburg 54 (37), der Türkei 65 (37), Frankreich 37 (50), Italien 35 (42), den Niederlanden 62 (51), Schweden und Norwegen 28 (48), Spanien 29 (15), Belgien 15 (10), Dänemark 10 (5), Portugal 5 (7), Montenegro 2 (2).

Patriotische und nicht-patriotische Sozialdemokraten.

Die von der konservativen Parteileitung angelegentlichst zur Verbreitung konservativer Gesinnung empfohlenen „unparteiischen“ „Berliner Neuesten Nachrichten“ machen sich das Vergnügen, zu beweisen, wie groß die Patrioten die englischen im Gegensatz zu den deutschen Sozialdemokraten sind. Es ist das alte Spiel. In Frankreich stellt man unseren dortigen Genossen den Genossen Debel als glühenden Patrioten gegenüber, Herr Debel hatte die Gewohnheit, aus den Genossen Jaurès als Beispiel eines nachahmenswerten Patrioten vor Augen zu führen. Diesmal sind die englischen Genossen das Objekt der Gegenüberstellung. Der altbekannte Kniff dient dem gestirten Blatt aber nur als Mittel zum Zweck und der Zweck besteht in dem Verlangen nach einem neuen Ausnahmengesetz. Durch die sozialdemokratische Agitation könne im Falle einer Mobilmachung der Wutmarß geführt werden; der Weisfall, den Genosse Debel in der Gewerkschaftshaus gefunden habe, hätte überdies erkennen lassen, daß bei der deutschen Sozialdemokratie der Wille zum Hochverrat reichlich vorhanden sei. Und nun folgt die Hege wie folgt ein:

„Siele Hunderte von Millionen steden wir jährlich in Heer und Flotte. Keine schlimmere Schuld könnte ein Staatsmann auf sich laden, als wenn er unsere Wehrkraft verkleinern ließe. Dagegen aber, daß unsere Wehrhaftigkeit durch das sozialdemokratische Gift von innen heraus geschwächt und zum Nichts gebracht wird, dagegen ergreifen wir keine ernstlichen Mittel. Was jetzt hier und da, so nebenbei gegen die Sozialdemokratie geschieht, kann man als eine wirkliche Verlämpfung dieser Krankheit nicht bezeichnen, geschieht doch ebenso nebenbei vielleicht noch mehr zu ihrer Begünstigung. Oft genug haben wir die Mahnung zu grundsätzlicher und scharfer Verlämpfung der Sozialdemokratie ausgesprochen. Dieser nicht mit fonderlichem Erfolge. Vielleicht finden die leitenden Männer und der noch zögernde Teil der Nation doch den Entschluß und Mut zum Kampfe, wenn sie erkennen, welche Güter hier in Gefahr sind, wie uns scheinen will, in dringlicher Gefahr stehen.“

Gegen die geistliche Schulaufsicht in den Fortbildungsschulen.

Der Verband bayerischer Gewerkschaften hat sich auf seiner Hauptversammlung in Würzburg u. a. auch mit der geistlichen Schulaufsicht in den Fortbildungsschulen befaßt und folgende Resolution beschlossen:

Gefordert wird ein Landesgesetz für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen in Bayern wie in Baden und Preußen, die Fortentwicklung der gewerblichen Schulen von der Zuständigkeit des Kultusministeriums und zweckmäßige Verbindung mit dem Ministerium des Inneren. Die geistliche Schulaufsicht muß aus den Fortbildungsschulen verschwinden. Die Kirche hat auch nicht das geringste Verdienst um die Ausbildung der Lehrlinge. Es sind hier die kirchliche Summungen und Praxistafeln, die geistliche Schulaufsicht auch noch auf die gewerbliche Fortbildung zu erstrecken.

Oesterreich-Ungarn.

Nach preussischem Muster.

Einem Schultenreich zu begeben, ist die ungarische Regierung aus Liebedienerei für den Jaurismus bereit, der noch 1849 die ungarische Selbstständigkeitsbewegung durch die Armees des Kaiserlich niederschlug. In Budapest leben die russischen Arbeiter Golebta und Kassa, die beide wegen eines Bombenattentats auf einen Verführer 1904 in Rußland verurteilt wurden. Golebta konnte flüchten und fand in Budapest Arbeit und Kassa, der nach einigem Jähren amnestiert wurde, kam zu ihm. Nun sind beide verhaftet worden, weil sich Väterchens Schergen durch die Botenschaft in Wien nach Golebta erkundigten, und obgleich die vorgeschriebene vierwöchige Frist zur Stellung des Auslieferungsantrages an Rußland nicht innegehalten wurde, drängte, ja bat die bayerische Regierung solange, bis Rußland die Auslieferung Golebta verlangte. Natürlich wollen die „liberalen“ Regierer dem Begehren folgen. Kassa ist natürlich auf freien Fuß gesetzt worden.

Aber da zum Transport des Golebta nach Rußland die Zustimmung der österreichischen Regierung erforderlich ist, weil österreichisches Gebiet zwischen Ungarn und Rußland liegt, dürfte bei der bisher stets anständigen Haltung der österreichischen Regierung in solchen Fragen die Schandtat doch noch verhindert werden können.

Italien.

Kein Religionsunterricht in der Schulzeit verweigert.

Die kirchlichen Gemeinden Italiens sind beständig bestrebt, an dem Gesetz über den Religionsunterricht in den Volksschulen zu drehen und zu deuteln, um sich die Möglichkeit zu sichern, alle Kinder zur Teilnahme an diesem Unterricht zu zwingen. Das Gesetz bestimmt, daß Religionsunterricht in den Klassen der Gemeindefschule gewährt werden darf, falls die Eltern diesen Unterricht beantragen; aber der Lehrer darf nicht genötigt werden, die Religionskunde zu erteilen. In Venedig, wo die kirchlichen Behörden haben, beantragten natürlich die Väter den Unterricht, und der Bürgermeister ließ diesen Unterricht in die Schulzeit verlegen. Als das Unterrichtsministerium dieses Verfahren als ungesetzlich unterlagte, brachte der Bürgermeister den Fall vor die höchste zuständige Instanz, nämlich die vierte Sektion des Staatsrats. Die Entscheidung, die soeben gefällt wurde, ist von prinzipieller Bedeutung. Es heißt darin, daß der Religionsunterricht unter keinen Umständen in der normalen Schulzeit erteilt werden darf, einmal, weil dies einen Eingriff der Eltern in den offiziellen Lehrplan bedeuten würde, dann, weil es die Kinder, die keinen Religionsunterricht wünschen, zu einem Zeitverlust zwänge. Öffentlich wird durch diese Entscheidung diese viel umstrittene Frage endgültig entschieden.

Belgien.

Königliche Höflichkeitstaxen bei Hundstagsfeier.

Man schreibt uns aus Brüssel:

Die Regentchaft Leopold II. hatte entschieden ein Gutes: Sie ersparte den Belgiern mancherlei Ausgaben und Mühen für königliche Höflichkeitstaxen. Seit dem Regierungsantritt Albert I. nimmt es aber nur so in Belgien von unterschiedlichsten Staatsoberhäuptern. Um nur die „Großen“ zu nennen: Da war zuerst der Deutsche Kaiser zu Gast, dann Kaiserin Elisabeth, die Königin von Holland Brüssel mit ihrem Besuch. Obwohl das „neutrale“ Belgien in solche Besuche keine diplomatisch-politischen Staatsaktionen hineinheimischen kann und es sich auch offiziell nur um die unschädliche „Unterhaltung guter Nachbarnbeziehungen“ mit harmlosen Zeitsprüchen auf das Wohl der königlichen Herrschaften und der regierten Nationen handelt, leistet sich das kleine Belgien einen ganz respektablen Aufwand bei diesen Empfängen. Besonders beim Deutschen Kaiser ging es hoch her; um den militärischen Geschmack Wilhelms II. zu entsprechen, hatte man damals in Brüssel Regimenter aus allen Garnisonen zusammengezogen und für die armen Brüsseler waren infolge dieser Belagerung ganze Stadtteile weder zu Fuß noch per Tram erreichbar. Der untrügerischen Königin von Holland hat man, wenn auch in etwas bescheidenerem Rahmen, gleichfalls den Genuß und die Ehre einer militärischen Parade geboten, und auch diesmal sind etliche militärische Abteilungen aus belgischen Garnisonen nach der Hauptstadt beordert worden. Insbesondere, wer die Kopfbedeckung mancher belgischen Regimenter kennt, wird die Bein begreifen, die die Soldaten in der glühenden Mittagssonnenhitze bei der Parade zu erdulden hatten. Aber nicht genug, daß man die Erpfaßenen Ohnmachten und Hitzschläger aussetzt, hat man von dem besonders hier in Belgien grassierenden Anflug, bei den Empfängen der allerhöchsten Herrschaften Schulkinder zu „Reuen“ zu mißbrauchen, auch in der diesmaligen Gluthitze nicht abgesehen, und die armen Kinder werden heute vor den Majestäten aufmarschieren, wie gestern die Soldaten. Leider gibt es noch immer genug Eltern, die ebenso loyalistisch wie die Schulverwaltung sind und ihre Kinder zu diesen Reuen schicken — selbst bei einer Temperatur, die Erwachsenen lebensgefährlich werden kann. Konnte aber die belgische Königin, von deren Güte die Mütter so viel erzählen, und deren Mutterliebe sie als Beispiel anführen, nicht wenigstens veranlassen, daß man die Kinder in der Hundstagshitze nicht für ein eitles Spektakel auf der Grand'Place mißbraucht? Daß man von den Diplomaten verlangen sollte, so viel „Diplomatie“ aufzubringen, um diese Empfänge, wenn schon der Paradeapparat herhalten muß, in die kühleren Jahreszeit zu verlegen, ist wohl zu annähernd. Da die allerhöchsten Herrschaften nach den Aufregungen dieser Empfänge sich doch wieder am Meer oder in ihre Schlösser ausruhen gehen, hat das weiter keine Bedeutung. Und wenn die Soldaten sämlich oder am Hitzschlag sterben, geschieht ja doch im Dienste des Vaterlandes.

Rußland.

Administrative Willkür.

Es lenkte vor einigen Wochen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, daß die Petersburger Behörden den Sekretär des Textilarbeiterverbandes **Wedew** nach siebenmonatiger Gefängnisstrafe, während welcher keinerlei Beschuldigung gegen ihn erhoben werden konnte, auf „administrativem Wege“ ausgewies und ihm zugleich verbot, sich in irgendeiner anderen Stadt, wo Textilproduktion vorhanden ist, niederzulassen. Dieses „administrative“ Verbot, das gleichbedeutend ist mit der Verurteilung des Betroffenen zum Hungertode, erregte selbst in Rußland allgemeines Aufsehen. In ähnlicher, wenn auch nicht so rigoroser Weise, gehen die Behörden aber gegen alle mißliebigen Personen vor, die im Verdacht „sozialdemokratischer Agitation“ stehen und die man nicht ohne weiteres in die sibirischen Eiswälder deportieren kann. So wurde dieser Tage, nach mehrmonatiger Gefängnisstrafe, eine Anzahl von Schriftstellern, Ärzten, Rechtsanwälten usw. aus den Petersburger Gefängnissen befreit und ihnen anbefohlen, binnen 3 Tagen Petersburg für die Dauer von 2 Jahren zu verlassen. Während dieser Zeit dürfen sie sich aber weder in Residenz- und Unberücksichtigten, noch in den Gouvernements mit Fabrikindustrie niederlassen. Gegen die von diesem Urteil Betroffenen wurde ursprünglich von der „Dyana“ (Schubabteilung) die Anschuldigung erhoben, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands anzugehören. Es konnte aber niemandem von ihnen auch nur das geringste nachgewiesen werden, das selbst vom Standpunkt der russischen Behörden „neshchewidrig“ gewesen wäre. Wie nun einer der ausgewiesenen Schriftsteller mitteilt, wurde er und noch zwei seiner Leidensgenossen nur aus dem Grunde aus Petersburg entfernt, weil sie nach den Worten eines hochgestellten Beamten des Ministeriums des Inneren „die politische Straft der sozialdemokratischen Dumofraktion darstellten“. Auch diese Behauptung ist natürlich aus der Luft gegriffen, da die Dumofraktion sehr wohl mit ihren eigenen „Aräften“ auskommen kann. Sie charakterisiert aber in krasser Weise die Hege, die von der Regierung gegen die sozialdemokratische Dumofraktion geführt wird.

Perrien.

Die russische Aktion in Perrien.

Die russischen Offiziere, darunter auch die fabelhafte „Rojwoje Wremja“, treten in den letzten Tagen für die gestern von uns gemeldete offizielle „Rückeinmischung“ der russischen und englischen Regierung in den persischen Bürgerkrieg ein, was allerdings nicht hindert, daß dieselbe „Rojwoje Wremja“ schon jetzt den Boden für die Anerkennung Mohammed Ali vorbereitet.

Einen ganz anderen Charakter als diese heuchlerischen Diplomatenkriecher, die nur den Zweck verfolgen, die öffentliche Meinung treuzuführen, tragen die Maßnahmen der russischen Regierungsoffiziere in Perrien. Da ist vor allem hervorzuheben, daß die Tschekaner russische Gesandtschaft bekannt gab, sie werde nie zugeben, daß Kämpfe in Teheran und Zusammenstöße in einer Umgebung von 30 Kilometern stattfinden. Sollte sich der frühere Schah, ohne Widerstand gefunden zu haben, so weit der Stadt genähert haben, so müßten alle Kämpfe unterbleiben. Auch müßte sie russische Interventionen, wie Armenier, Kaukasier und Grusier, die sich an den Kämpfen gegen den früheren Schah beteiligen wollten, festnehmen und außer Landes bringen. Diese Erklärung der russischen Gesandtschaft bedeutet einen krassen Bruch der durch die Regierung proklamierten „Rückeinmischung“ und ist geeignet, den Kampf der persischen Regierung gegen den Erzschah ungeheuer zu erschweren. Die wilden Horden dieses Agenten Rußlands rüden von drei verschiedenen Seiten gegen die Hauptstadt vor, die allein als Ausgangspunkt der Verteidigungsstrategien dienen kann. Diese enorm wichtige strategische Position der Regierungstruppen ist nun durch die Einmischung der russischen Gesandtschaft fast vernichtet worden, die sicher auch die Absicht hegt, die Drohung betreffend die Festnahme der für die persische Regierung kämpfenden russischen Interventionen (der sogenannten **Ridais**) mit Hilfe ihrer Kojalen zu verwirklichen und so den kämpfenden „Konstitutionalisten“ in den Rücken zu fallen.

In Tabris, der zweitgrößten Stadt Perriens, die vor zwei Jahren den Ausgangspunkt der Volkserhebung bildete, sind die russischen Truppen, die dort „kationiert“ sind, offen zum Angriff übergegangen. 300 russische Soldaten und Kojalen drangen auf Befehl des russischen Generalkonsuls in das Gebäude des Generalgouvernements ein und befreiten den früheren Gouverneur von **Ardebil**, **Reischid el Mull**, der wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt und des Betrags von der persischen Regierung in Haft genommen worden war. Die Gründe dieses Vorgehens der russischen Truppen werden vollends klar, wenn man berücksichtigt, daß der verräterische persische Gouverneur Besitzer einer russischen Ordensauszeichnung ist, und daß der russische Gesandte in Teheran zu seinen Gunsten interveniert hat. Die Haltung der russischen Truppen in Tabris und der ganzen Provinz **Aserbeidschan**, wo sie angeblich zum Schutze der russischen „Unterthanen“ kationiert sind, weist deutlich darauf hin, daß diese wichtigste Provinz gegenwärtig für den Unabhängigkeitskampf der Perrier verloren ist.

Von weiteren Intrigen der russischen Regierung ist hervorzuheben, daß der Kommandeur der persischen Kojalenbrigade in Teheran, ein in persischen Diensten stehender russischer Offizier, sich weigerte, dem Kriegsminister die für die Expedition gegen den Erzschah notwendige Munition auszuliefern. Die persische Regierung und der Reichstag reagierten darauf in der Weise, daß sie den früheren Militärattache der englischen Gesandtschaft in Teheran, **Major Stokes**, zum Chef der Gendarmerie ernannten. Dieser Schritt hat die Differenzen zwischen der russischen und englischen Politik in Perrien offen zum Ausdruck gebracht. Der russische Gesandte protestierte in schroffer Weise gegen die Ernennung des Engländers und erklärte, Rußland behalte sich andere Maßregeln vor. Es wird also allem Anscheine nach zu Reibungen zwischen den beiden Entente-Mächten kommen, die auf den Ausgang der persischen „Wirren“ nicht ohne Einfluß bleiben dürften. Daß es übrigens zu diesen Differenzen kommen würde, war von vornherein zu erwarten. Das plötzliche Vorgehen Rußlands in Perrien — und das zu einer Zeit, wo gerade die persische Anleihe in London rasifiziert wurde — ist für die englische Regierung ziemlich unangenehm gekommen, da es ihr in dem Nordosthandel die Hände band. Allerdings machte England bisher — in der Konsequenz des englisch-russischen Vertrages von 1907 — die russische Eroberungspolitik in Perrien mit und unterband Hand in Hand mit Rußland die politische und wirtschaftliche Entwicklung Perriens in den letzten Jahren. Aber bei dem jetzigen Vorgehen scheint die Petersburger Regierung — wie schon oft zuvor — ihren Verbündeten vor eine „vollendete Tatsache“ gestellt zu haben. Daß sich die öffentliche Meinung Englands gegenwärtig ohne weiteres damit abfinden würde, ist kaum anzunehmen. Sie müßte sonst auf dem Niveau der politischen Strapuzlosigkeit und Stupidität des deutschen Bürgertums angelangt sein, die in den wohlwollenden Worten der „National-Zeitung“ zum Ausdruck gelangte, wenn Rußland Mohammed Ali unterstützen, um durch diese Maßnahmen seinen Einfluß in Perrien zu kräftigen, so bewege sich „unser großer Nachbar in seiner eigenen Interessensphäre“.

Aus der Partei.

Die Beerdigung des Genossen **Freih Düssel**.

Das so plötzlich verstorbenen Redakteurs des **Revolutionsaus**, fand am Mittwochnachmittag auf dem Friedhof in Steglitz statt. Die Steglitzer Parteigenossen gaben dem Verstorbenen das letzte Geleit. Der Parteivorstand war durch Genossen **Müller**, **Verlag** und **Redaktion der „Dressener Volkszeitung“**, der der Verstorbenen 8 Jahre angehörte, durch Genossen **Sindermann** vertreten. In der Leichenhalle des Groß-Nichtersfelder Krankenhauses sprachen die Genossen **Müller** und **Sindermann**, auf dem Friedhofe würdigte Genosse **Schön** die Tätigkeit seines verstorbenen Kollegen. Ein Doppelquartett von Steglitzer Parteigenossen trug in der Leichenhalle und auf dem Friedhofe ergreifende Gesänge vor.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für **Wiesfeld**, **Wiedendrad** hielt am 30. Juli seine Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht für 1910/11 heben wir folgendes hervor: In 18 Ortsgruppen hatte der Verein am 30. Juni 1910 5554 Mitglieder (5105 männliche, 449 weibliche), am 30. Juni 1911 6170 Mitglieder (5683 männliche, 508 weibliche), das ist eine Zunahme von 618 Mitgliedern oder um 11 Proz. **Wiesfeld** allein zählt 2978 Mitglieder (2608 männl., 275 weibl.). An Einnahmen hatte der Verein im Geschäftsjahr 1910/11 zu verzeichnen 20 684,91 M., gegen 14 440,14 M. in 1909/10 und 11 867,60 M. in 1908/09. An Beiträgen der Mitglieder wurden in 1910/11 allein vereinnahmt 19 100,85 M., die Ausgaben betragen 18 039,79 M., gegen 18 007,57 M. in 1909/10 und 13 805,52 M. in 1908/09. An den Parteivorstand wurden abgeführt in 1910/11 8837,10 M., an die Bezirksorganisation 1443,88 M., zusammen 5293,96 M.; für Agitation wurden ausbezahlt 5577,26 M., für Delegationskosten 534 M., Bibliothek und andere Bildungszwecke 1897,98 M., Beitrag zum Arbeitersekretariat 400 M., Verwaltung und sonstige Ausgaben 6440,59 M. Das Vermögen betrug am 30. Juni 1911 8788,11 M. Die Abrechnung von der **Waisfeier** ergab bei einer Einnahme von 2376,85 M. und einer Ausgabe von 1984,23 M., inkl. 70,10 M. Gerichtslosten, einen Ueberschuß von 302,63 M., der dem **Wahlfonds** überwiesen wurde. Es wurden 6160 Karten zur **Waisfeier** verkauft, gegen 8098 im Vorjahre.

Veranstaltungen fanden 183 statt, und zwar: 102 Mitgliederversammlungen mit 32 Vorträgen, außerdem in **Wiesfeld** 65 Bezirksversammlungen mit 33 Vorträgen und 21 öffentliche Versammlungen, darunter 9 am Freiwahlrechtstage, 8 Flugblätter und Proschüren in 67 811 Exemplaren wurden verbreitet und 8470 „Volkswachen“, 400 Frauenwahlrechtzeitungen wurden umgesetzt. Die Abonnentenzahl der „Volkswacht“ im Kreise stieg um 1070 auf 9323 am 30. Juni 1911. Die Gesamtabonnentenzahl betrug 15 330. Im Mai wurde mit dem schon längst notwendigen umfangreichen Erweiterungsbau für das **Druckereiu**nternehmen begonnen; er soll noch vor Ende des Herbstes bezogen werden. Der Stand des Geschäfts hat sich bedeutend gehoben.

Informationskarten, die über den Stand der männlichen Personen über 18 Jahre in jedem einzelnen Hause Aufschluß geben, hat der Verein fast in allen Orten eingeführt.

Das **Bildungswesen** ist ebenfalls gefördert worden. In 18 Ortsgruppenbibliotheken, die in 4 Orten den **Centralarbeiter-**

Bibliotheken angegliedert sind, wurde der Bücherbestand von 2501 im verflohenen Jahre auf 8241 gebracht. Vom **Bildungsausschuß** und dem ihm angegliederten **Körperschaften** wurden veranstaltet: ein Vortragszyklus „**Vom Arbeiter zum Menschen**“ (6 Vorträge), 21 wissenschaftliche Vorträge in den Gewerkschaften und 11 im sozialdemokratischen Verein; 14 Theateraufführungen von der **Freien Volksschule** und 6 von Gewerkschaften. Für Bildungszwecke wurden insgesamt 10 246,24 M. vereinnahmt und 11 008,80 M. verausgabt. Monatliche **Rechtsauskünfte** erteilt der Verein in **Hätersloh** und **Wreda**. Für eigens gemietete Lokale in sechs Ortschaften, in denen wir keine Säle erhalten können, wandte der Verein 891 M. auf.

Ueber die **Organisation des nächsten Reichstagswahlkampfes** hielt der **Bezirks Genosse Jentler** ein instruktives Referat und **Reichstagsabgeordneter Genosse Sebering** sprach über den **Parteiag**. Als **Delegierte** wurden die **Genossen Jentler** und **Kley** gewählt.

Eine Versammlung in der Residenz des Fürsten **Solms**.

Eine gelinde Aufregung bemächtigte sich der Einwohner des kleinen märkischen Städtchens **Baruth**, als am Sonntag früh ein halbes Duzend „berittener“ Sozialdemokraten in den Mauern desselben umherstreiften und Handzettel verteilten mit der Ankündigung, daß am Nachmittag eine öffentliche Versammlung auf dem Grundstüd eines **Adeebürgers** stattfinden, in welcher der sozialdemokratische Kandidat sein Programm entwickeln werde. Daß so etwas möglich sein könne in der Stadt, in welcher der berühmte Fürst **Solms** sein Schloß hat, das wollte so manchem ehrwürdigen Haupte nicht einleuchten. Die Versammlung selbst war ein Beweis, daß es auch in den dunkelsten Ecken des **Kreises Jüterbog-Luckenwalde** zu tagen beginnt. Etwa 400 Personen waren erschienen, darunter eine ganze Anzahl Frauen. Nicht nur aus **Baruth** selbst, sondern auch aus dem eine Stunde entfernten **Luckenwalde** war eine Schaar trotz Sonnenbrand herbeigeeilt, um einen leidenschaftlichen Sozialdemokraten kennen zu lernen. **Genosse Swald** verstand es, die Zuhörer zu fesseln, er geißelte das Verhalten der Junker und ihrer Verbündeten und forderte unter lebhaftem Beifall die Anwesenden auf, bei der nächsten Reichstagswahl die Quittung auszuspielen für alle die Bedrückungen, die das Volk in den letzten Jahren zu erleiden hatte. Nicht minder lebhaft war der Beifall, den **Swald** erntete, als er das Verhalten des Fürsten **Solms** gegenüber der ländlichen Bevölkerung um **Baruth** kritisierte, sowie das Verhalten dieses erlauchten oder durchlauchten Junkers gegenüber der Stadtgemeinde **Baruth**, die von ihm ebenso nichtachtend behandelt wird, wie das Land. **Genosse Sailer** aus **Luckenwalde** legte den Erschienenen dringend ans Herz, sich durch nichts abhalten zu lassen, bei der nächsten Wahl sozialdemokratisch zu wählen, weder durch die Verleumdungen, die gegen die Sozialdemokratie jetzt schon und bei der Reichstagswahl in vermehrtem Maße ausgeübt werden, noch durch den Terrorismus, den die Beamten und unbesetzten Feinde des Volkes auszuüben pflegen, um den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Ohne Zweifel wird auch diese Versammlung ihre Früchte tragen.

Soziales.

Gefahr des täglichen Lebens — kein Unfall.

Der **Steinschläger Adolf A.** aus **Vordamm** erlitt am 18. Mai 1910 dadurch einen Unfall, daß er, als er sich zur Arbeit begeben wollte, auf der Chaussee von einem Automobil überfahren wurde. **A.** erlitt erhebliche Verletzungen. Sein bei der **Telebau-Berufsgenossenschaft** geltend gemachter Anspruch auf Entschädigung wurde von derselben zurückgewiesen, da die Berufsgenossenschaft das Vorliegen eines Betriebsunfalls verneinte. **A.** wollte am fraglichen Tage zu einer **Wegent**erfahrung, um **Steine** zu schlagen. Da es aber geregnet hatte und die **Steine** vom Wasser überdeckt waren, konnte **A.** seiner Arbeit nicht nachgehen. Er begab sich deshalb nach dem **Kontor** seiner Firma, um mit dem **Betriebsleiter** Rücksprache zu nehmen. **A.** wollte, nachdem er mit dem **Betriebsleiter** Rücksprache genommen hatte, sich wieder nach seiner **Arbeitsstelle** begeben, um beim **Her**auschaffen von **Steinen** aus dem **Wasser** behilflich zu sein. Seine **Wohnung** liegt auf dem **Weg** zu dieser **Arbeitsstelle**. Zu **Haus** frühstückte er. Als er nach dem **Frühstück** seine **Wohnung** verließ und wenige Schritte vom **Hause** entfernt war, wurde er von dem **Auto** überfahren.

Gegen den obbenedenen **Betriebsleiter** **A. Berufung** beim **Schiedsgericht** für **Arbeiter**versicherung für den **Regierungsbezirk** **Frankfurt a. d. Oder** ein. Er machte geltend, daß hier sehr wohl ein **Betriebsunfall** in Frage läme, da nach seiner **Auffassung** ein **Auftrag**, sich nach seiner **Arbeitsstelle** zu begeben, vorlag, die **Jurisdiktion** des **Weges** also im **Betriebsinteresse** gefaßt. Das **Schiedsgericht** jedoch wies die **Berufung** zurück. Es nahm an, **A.** habe sich, als der **Unfall** geschah, außerhalb des **Gefahrenbereiches** des **Betriebes** befunden. Der **Rat** wies, daß **A.** den **Weg** im **Betriebsinteresse** zurückgelegt habe, sei nicht erbracht worden, vielmehr sei ein eigenes **wirtschaftliches** Interesse bei der **Jurisdiktion** des **Weges** anzunehmen. Auch das **Rechtsversicherungsamt**, an das sich **A.** nunmehr mit dem **Mittel** des **Rekurs** wandte, verneinte das **Vorliegen** eines **Betriebsunfalls**. **A.** habe, als er seine **Wohnung** nach dem **Frühstück** verließ und den **Unfall** erlitt, keinen **Auftrag** der **Firma** auszuführen gehabt. Der **Unfall** geschah auf einem **Weg** von seiner **außerhalb** der **Betriebsstätte** gelegenen **Wohnung** zur **Betriebsstätte**. **Weg** der **Arbeiter** zur **Betriebsstätte** dienen **hauptsächlich** dem **eigenwirtschaftlichen** Interesse der **Arbeiter** und können daher nach **feststehender** **Sprach**gebung dem **beruflichen** **Betrieb** nicht **zugerechnet** werden, es sei denn, daß hier **besondere** **Umstände** vorliegen, welche den **Weg** zu einer **Betriebsverrichtung** machen. Unter **Jugrundlegung** der **eigenen** **Ausführungen** des **Klägers** kann sein **Unfall** als **Betriebsunfall** nicht angesehen werden.

Wie schon in früheren ähnlichen Fällen dargelegt, liegt dieser **Standpunkt** des **Rechtsversicherungsamtes** nicht im **Interesse** der **Beruflichen**. Leider hat man bei der **Ver**atung der **neuen** **Rechtsversicherungsordnung** den von der **sozialdemokratischen** **Fraktion** gestellten **Antrag** auf **Beseitigung** des **Rißhandes** abgelehnt, daß **Unfälle** auf dem **Weg** von und zur **Arbeit** nicht als **Betriebsunfälle** angesehen werden.

Eine fette **Spründe**

fand der aus **Polizien** kommende **Handlungsgehilfe** **B.** in der **Kolonialwarenhandlung** der **Frau** **G. Kowenauer**, **Grenadierstraße** 36, wo er als **Handdiener** gegen **freie** **Station** und **8 M. Lohn** pro **Monat** beschäftigt wurde. Nach **zehntägiger** **Beschäftigung** wurde er **entlassen**. Er klagte nun beim **Arbeitergericht** auf **Zahlung** des **rückständigen** **Lohnes** und einer **Entschädigung** für die **14tägige** **Rückbildungsfrist** von **32 M.** Die **Verfagte** ließ durch ihren **Vertreter** einwenden, daß mit dem **Kläger** zunächst ein **Probesengagement** auf **14 Tage** bei **Rückbildungsausschluß** vereinbart worden sei und der **Entschädigungsanspruch** somit **unbegründet** sei. Ein **Lohnanspruch** siehe dem **Kläger** nicht zu, da **vereinbart** worden sei, daß **Kläger** während der **Probefrist** für seine **Arbeitsleistung** nur durch **Kost** und **Wohnung** entschädigt werden solle; **Lohn** gäbe es für die **Probefrist** nicht. Diese **Behauptungen** wurden durch die **Beweisaufnahme** **belegt**. Das **Gericht** riet in **Anbetracht** des **Ergebnisses** der **Beweisaufnahme** zu einem **Vergleich** auf **4 M.**, dieser wurde vom **Vertreter** der **Verfagten** **abgelehnt**. Der **Kläger** ermahnte seinen **Klagenanspruch** auf **diesen** **Vertrag** und wurde ihm dieser **dem** **Gericht** **zugestanden**. In der **Urteilsbegründung** wurde **her**vorgehoben, daß hier ein **Engagement** vorliege, wie es in **Perrien** so **leicht** nicht vorkommt. Eine **derartige** **Ausnutzung** der **Unerschöpflichkeit** eines **jugendlichen** **Ausländers** und eine **solche** **Ausbeutung** der **Arbeitskraft** ist auf **das** **schärfste** zu **verurteilen**. Die **geforderten** **4 M.** waren als **angemessene** **Vergütung** neben der **Kost** und **Wohnung** dem **Kläger** für seine **Leistungen** ohne **Rückblick** auf die **gegen**seitige **Vereinbarung** **zugestanden**, da **diese** **wider** die **guten** **Sitten** **verstößt** und **des**halb **nichtig** ist.

Gewerkschaftliches.

Die Kolorierten.

Am Sonntag tagte in Hattlingen, im Kreise Bochum, der Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens. Der Verbandsvorsitzende, Pfarrer Riemeyer-Eichlinghofen, erstattete den Jahresbericht und kam bei dieser Gelegenheit auch auf die gelben Organisationen zu sprechen. Der Herr Pfarrer und Verbandspräsident erklärte, er betrachte die gelben Vereine als eine wenig glückliche Gründung. In der Gründung liege auch ein Mißtrauen (!) gegen die evangelischen Arbeitervereine und die christliche Gewerkschaftsbewegung. Dieses Mißtrauen sei völlig unverständlich!!

Herr Pfarrer Riemeyer hat damit den wahren Charakter der evangelischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaftsbewegung trefflich gekennzeichnet. Denn in der Tat, mehr als von diesen die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten werden, kann dies auch nicht von den gelben Werkorganisationen geschehen.

Noch eine andere Aeußerung eines der leitenden Leute vom Verband der Arbeitervereine verdient registriert zu werden. Rektor Becker-Düsseldorf sprach in der Diskussion über die christlichen Gewerkschaften. Bei dieser Gelegenheit belegte er die leitenden Männer vom christlichen Gewerkschaftsverband mit dem schmeichelhaften Ausdruck „schwarze Schleicher“. Den Ausdruck selbst nahm Rektor Becker dann allerdings zurück, aber er meinte, er habe sachlich recht. Er sei früher auch ein Freund der christlichen Gewerkschaft gewesen, inzwischen habe er aber hinter den Vorhang geblickt und besonders der durch Köln und Breslau gekennzeichnete Zwiespalt habe ihm die Augen geöffnet über die Rolle, die die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine in den christlichen Gewerkschaften spielten. In Wirklichkeit seien diese christlichen Gewerkschaften nichts anderes als katholische Gewerkschaften. Die weitaus größte Mehrzahl der Gewerkschaften werde von katholischen Geistlichen geleitet; das beweise genug. Obwohl Rektor Becker den Nagel auf den Kopf getroffen hatte, widersprachen einige Delegierte, die in ihren Heimatorten zur Dekoration als Vorstandsmitglieder der Leitung christlicher Zahlstellen angehören. Herr Becker hat „hinter den Vorhang geblickt“, und er weiß, daß schwarz und blau und gelb — sehr schmutzhaft macht.

Berlin und Umgegend.

Polizei und Hausrecht.

Die Firma „Stella-Verlag“, in welchem die bekannten Briefordner hergestellt und von den Gewerkschaften viel benutzt werden, ist seit dem 30. v. M. wegen Nichtanerkennung des kürzlich in Leipzig abgeschlossenen Tarifvertrags gesperrt. In einem Zirkular verurteilt die Firma ihren gewerblichen Angestellten plausibel zu machen, daß die Bestimmungen des Buchbindertarifs für ihren Betrieb nicht mehr zur Anwendung kommen könnten. Die Angestellten sollten sich bedingungslos unterwerfen, denn willkürlich sollten in Zukunft die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt werden. Die Weigerung hatte am 29. v. M. die Entlassung des gesamten Personals zur Folge. Die Firma scheint nun großen Wert darauf zu legen, den Betrieb so schnell als möglich voll zu bekommen. Der Verbandsleitung ließ sie ein Schreiben zugehen, in welchem der Schluß wie folgt lautet:

„Auf den Schlußsatz Ihres Schreibens eingehend, machen wir Sie darauf aufmerksam, daß und vom Wesiger des Grundstücks Alte Jakobstr. 11/12 das Hausrecht in weitgehendstem Maße übertragen worden ist, und daß wir dasselbe unanfechtbar gegen jedes Mitglied von Ihnen bezw. gegen jeden Abgesandten des Verbandes zur Anwendung bringen werden.“

Hochachtungsvoll

Stella Verlag G. m. b. H.

gez. ppa. Metzger.

Am Montag gelang es, den größten Teil der Arbeitswilligen abzuholen. Das Bild änderte sich jedoch am Dienstag früh. Der Leutnant des Regiments Holmannstraße erklärte den Streikposten, daß für sie die Alte Jakobstraße von Ritter- bis Holmannstraße gesperrt sei. Die Straße dient dem Verkehr!

Die Firma „Stella-Verlag“ bleibt für Presser, Buchbinder, Buchbindereiarbeiterinnen und Anlegerinnen an Schneidpressen gesperrt.

Achtung! Metallarbeiter Berlins und Umgegend.

Wie schon im „Vorwärts“ am Sonntag berichtet wurde, beabsichtigen die Leipziger Metallindustriellen eine Aussperrung vorzunehmen.

Seit einigen Tagen versuchen nun Agenten und Stellenvermittler durch schriftliche Angebote und Inserate in der bürgerlichen Presse Metallarbeiter jeder Branche nach Leipzig zu vermitteln. Die Berliner Metallarbeiter machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß derartige Arbeitsangebote nach Leipzig zurückzuweisen sind.

Ohne Zweifel will man schon jetzt für einen teilweisen Ersatz sorgen, damit den Unternehmern, falls die Aussperrung perfekt wird, andere Arbeiter zur Verfügung stehen.

Es kann wohl als selbstverständlich betrachtet werden, daß sich die Berliner Metallarbeiter zu derartigen Handelsangeboten nicht hergeben werden. Deshalb erwarten wir auch, daß derartige Inserate, Stellenangebote usw., nicht beachtet werden.

Kollegen! Beweist, daß die Solidarität der Arbeiter kein leeres Wort ist!

Falls da und dort die Adresse eines Stellenvermittlers oder Agenten bekannt wird, dann bitten wir um Mitteilung.

Mit kollegialem Gruß

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Wir berichteten schon vor einiger Zeit, daß infolge des Sturms des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie viele Unternehmer von der eingeschlagenen Taktik nichts mehr wissen wollten und sich daher zu einem selbständigen Verein zusammenschlossen hätten. Nachdem diese Neugründung erfolgt war, trat der Verein an den Holzarbeiterverband mit der Frage heran, ob letzterer bereit sei, in Vertragsverhandlungen mit ihm einzutreten. Das hat der Holzarbeiterverband getan, so daß am 28. Juli in den beiderseitigen Verhandlungen über die stattgefundenen Verhandlungen Bericht erstattet werden konnte. Dieselben sind insoweit von Erfolg gewesen, als den Verhandlungen ein in seinen Einzelheiten fertiggestellter Vertrag nebst Regulative eines paritätischen Arbeitsnachweises unterbreitet werden konnte. Der Vertrag enthält die sofortige 8 1/2 stündige Arbeitszeit, einen im Laufe der Vertragsdauer erreichten Mindestlohn von 80 Pf. für Parkettleger, 75 Pf. für Bauanschläger und 65 Pf. für Van- und Möbelschleifer, Drechsler, Feiler, Polierer und Maschinenarbeiter. Die bestehenden Löhne steigen in dreimaligen Raten um je 2 Pf. Die Akkordtarife der Spezialfabriken, Bau- und Maschinenarbeiter sind einer der veränderten Arbeitsweise entsprechenden Neugestaltung und Verbesserung unterzogen worden. Der Arbeitsnachweis wird auch in Zukunft obligatorisch sein und von beiden Parteien zu gleichen Teilen unterhalten und verwaltet werden. — Die Arbeitgeber sowohl wie der Holzarbeiterverband nahmen die Vereinbarungen an, die offizielle Unterzeichnung ist noch am selben Abend erfolgt.

Damit ist in diesem ebenso interessanten wie schwierigen Kampfe eine entscheidende Wendung erfolgt. Vorläufig ist es zwar erst

der kleinere Teil der Arbeitgeber, der den mächtigen Gewerkschaften von Geldsackgruben im Schutzbundslager Trost zu bieten wagte. Die Kampfbetriebe tun immer noch so, als ob sie bis zum jüngsten Tage kämpfen wollten, und es sind auch in Wirklichkeit noch über 1500 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes im Kampfe. Es ist zwar zu erwarten, daß nunmehr im Unternehmerrlager ein Umschwung der Stimmung eintreten wird, aber bis das tatsächlich der Fall ist, kann keine Rede davon sein, daß der Zugang der auswärtigen Arbeiter nach Hamburg erfolgen darf. Es gilt immer noch, den Schutzverband zu befestigen, und dazu bedarf es noch wie vor der äußersten Pflichterfüllung aller Holzarbeiter, denn sie alle sind an dem Ausgange dieses Kampfes in hohem Maße interessiert. Die dringendste Vorbedingung bleibt darum auch jetzt noch: Haltet den Zugang fern!

Dachdeckeranstand.

In Duedlinburg a. S. legten am Montag früh sämtliche Dachdecker die Arbeit nieder. Im Mai schon war den Dachdeckermeistern die Lohnforderung zugestellt. Seitdem wurde von Arbeitnehmerseite mehrermals versucht, die Sache in Güte zu regeln; immer vergeblich, bis nun die Arbeitsniederlegung erfolgte.

Zugang von Dachdeckern ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Der Seemannsstreik in Amsterdam

dauert noch fort. Die Zahl der Streikenden ist jetzt auf fast 1500 gestiegen. In ausländischen Häfen sucht man häufig der Mannschaft holländischer Schiffe den Glauben beizubringen, daß der Streik beendet sei. Der Dampfer „Flores“ der Seemannsgesellschaft „Nederland“, bestimmt nach Amsterdam, lief in der vorigen Woche in Hamburger Hafen ein und dort wurde die Mannschaft vor die Frage gestellt, sich entweder gleich zu einer neuen Auslandsreise anzumelden oder sofort entlassen zu werden. Ein Teil der Mannschaft weigerte sich und wurde entlassen. Darauf suchte man neue Mannschaft anzumustern, und rebete den Leuten vor, daß der Streik in Amsterdam aufgehoben sei. Zu diesem Zweck war ein Inspektor der Gesellschaft nach Hamburg gereist, und auch der holländische Gesandte soll sich bemüht haben, den Matrosen die Meinung, der Streik sei beendet, beizubringen. Fünf deutsche und ein holländischer Matrose schenken dem jedoch keinen rechten Glauben und ziehen sich nur für die Reise nach Amsterdam anzumustern, um sich dort erst einmal von dem Stand der Dinge zu informieren. Nach diesen Vorgängen scheint es um so mehr notwendig, auf die Fortdauer des Seemannsstreiks aufmerksam zu machen. Aufgehoben sind jedoch die verschiedenen Solidaritätsstreiks, die mit dem Streik der Seeleute entstanden waren, wie die der Hafnarbeiter, der Dockarbeiter, Fuhrleute usw., so daß jetzt die Seeleute den Kampf allein weiterführen.

Wegen der polizeilichen und militärischen Ausschreitungen aus Anlaß des Seemannsstreiks, der Schiefererei und Säbelauberei in den Straßen Amsterdams, hatte Genosse Vliegen in der Stadtverordnetenversammlung eine Interpellation vorbringen wollen; sie wurde jedoch von der Mehrheit der Stadtverordneten, und zwar mit 19 gegen 12 Stimmen, abgelehnt, nachdem der Bürgermeister erklärt hatte, daß er nach gänzlicher Beendigung des Streiks Aufklärung über die betreffenden Ereignisse geben wolle. Die Arbeiterschaft hat darauf in einer großen Massenversammlung gegen den Terrorismus protestiert, der von den sogenannten Sicherheitsbehörden gegen die friedliche Bevölkerung Amsterdams ausgeübt worden ist.

London, 2. August. Ueber 12 000 Hafnarbeiter befinden sich jetzt hier im Ausstand. Sie verlangen 8 Pence für jede Stunde normaler Arbeitszeit und 1 Schilling für jede Ueberstunde.

Aus Industrie und Handel.

Vorbereitungen zum großen Tanz.

Für den Kampf um die Erneuerung der großen Montanverbände wappnet sich alles, was überhaupt zu rüsten vermag. Jetzt sind die Durbacher Hütte und die Eicher Hütte (Le Gallias Mey u. Co.) in die Dübeldinger Hochofengesellschaft aufgegangen. Beachtlich ist dabei, wie die Interessenten dieser Fusion wochenlang die Karten gemischt haben, um die Steuern, die sich aus solchen Vereinigungen sonst ergeben, zu ersparen. Deutschland wäre zu teuer geworden, Belgien ebenfalls, deswegen ist man nach Luxemburg gezogen. Die luxemburgische Hochofengesellschaft Dübeldingen, das Mutterinstitut, Durbach und Dübeldingen gehören dem deutschen Stahlwerksverbande an. Durch das Hinzutreten einer dritten Gesellschaft ist wieder eine Montangesellschaft entstanden, die bei den Erneuerungsverhandlungen des Stahlwerksverbandes mitzureden hat. Die Beteiligungsquote gilt ja als der Lebensnerv aller dieser Gesellschaften.

Die Jagd nach der Quote ist eine Tätigkeit, die sich überall bemerkbar macht. Wurde doch erst vor einigen Tagen festgestellt, daß bei einer Eisenbahnschubmission Universalreisen mit Verlust verkauft worden war, nur um dadurch einen größeren Absatz und für die Zukunft Anrecht auf eine höhere Verbandsquote zu bekommen. Ähnliche Politik läßt sich auch im Gas- und Siederröhrengebiets beobachten.

Bei den Vereinigungen der letzten Zeit, wie der zwischen Krupp und der Westfälischen Drahtindustrie A.-G., Rhönitz und Düsseldorf-Röhrenwerke, Gutehoffnungshütte und Drahtwerk Voelter, Selsenkirchen mit Pichhous und Oberkeller Röhrenindustrie, Deutscher Kaiser mit Prechwerk Reihholz, und Rheinischen Stahlwerken und Salke Kellering u. Co. kommt man nicht direkt zu einer Fusion, man begnügt sich mit einer Interessengemeinschaft. Diese hat seinen Grund darin, daß die Stahlwerksverbandsabteilungen bei Fusionen eine Kürzung der Quote vorziehen. Nach dem 1. Juli 1912 kommen die Fusionen.

Das Bedürfnis nach Interessengemeinschaften legt sich bis weit in die verarbeitende Industrie hinein fort. So ist jetzt eine Fusion zwischen der Maschinenbau-Akt.-G. Salze und der Westf. Maschinenbauindustrie Gustav Koll u. Co., Akt.-Ges., zustande gekommen. Die bei solchen Transaktionen übliche Kapitalerhöhung soll hier sofort mit der Fusion durchgeführt werden.

Daß Fusionen nicht immer gelingen, bewies jetzt wieder die Ablehnung der Vereinigung der Suederischen Eisenwerke mit der Bergbau-Akt.-Ges. Wöhren. Hier handelt es sich um das Angliederungsbedürfnis einer reinen Kohlenzeche an ein Montanunternehmen. Die Kohlenzeche wollte schon, aber die Generalversammlung des Eisenwerkes Wöhren machte nicht mit. Vor kurzem hatte der gesamte Aufsichtsrat von Wöhren für die Fusion gestimmt. Wir haben es auch schon erlebt, daß Finanzinstitute die verschiedensten Industrieunternehmen einfach gezwungen haben, sich zu vereinigen.

Die Rüstungen für den Kampf im Stahlwerksverband haben sicher noch nicht ihr Ende erreicht. Wenn es in dem bisherigen Tempo weitergeht, werden lauter in sich abgeschlossene kleine und größere Konzerne und ganze Montantrusts geschaffen.

Der Außenhandel mit Getreide im ersten Halbjahr 1911.

Die Bewegung der Einfuhr in den Monaten Januar bis Juni 1907 bis 1911 spiegelt folgende Zusammenstellung der Einfuhrmengen in Doppelzentnern:

	1907	1908	1909	1910	1911
Weizen . . .	11 553 065	10 400 264	9 414 685	10 637 407	11 842 843
Roggen . . .	3 332 789	1 905 261	868 003	1 271 503	3 377 103
Malggerste . .	1 498 407	1 262 215	733 968	601 270	824 329
Andere Gerste .	6 879 431	5 940 757	8 701 609	10 053 837	14 407 639
Hafser . . .	1 659 921	1 843 179	2 683 488	1 716 949	3 130 580

Die Einfuhr von Weizen und Roggen ist zum ersten Male etwas höher als im Jahre 1907. Die Einfuhr von Gerste ist um nahezu

8 000 000 Doppelzentner seit 1907 gestiegen. Der Import von Hafser hat seitdem fast verdoppelt. Der Bezug von Malgerste weist nach dem ständigen Rückgange der letzten Jahre wieder eine Zunahme auf. Die Ausfuhr der wichtigsten Getreidesorten entwickelte sich im ersten Halbjahr 1907 bis 1911 in Doppelzentnern wie folgt:

	1907	1908	1909	1910	1911
Weizen . . .	506 028	525 110	784 334	601 799	1 411 802
Roggen . . .	1 080 448	1 094 739	3 586 836	3 505 490	2 021 222
Gerste . . .	7 372	6 648	4 070	15 311	7 938
Hafser . . .	1 527 867	3 220 783	1 209 073	2 801 931	1 486 256

Eine Abnahme der Ausfuhr gegen 1907 zeigt sich nur beim Hafser. Weizen wurden im ersten Semester 1911 905 836 Doppelzentner mehr exportiert als in der Vergleichsperiode 1907. Die Ausfuhr von Roggen ist um 1 840 778 Doppelzentner gegen 1907 gestiegen. Gerste wurde mehr als vor vier Jahren ausgeführt. Der Wert der Gesamteinfuhr von Getreide stieg von 823,18 Millionen Mark in den ersten sechs Monaten 1910 auf 829,04 Millionen Mark im laufenden Jahre. Bei der Ausfuhr zeigt sich ein Rückgang des Wertes von 104,2 Millionen Mark auf 85,00 Millionen Mark.

Aus der Frauenbewegung.

Alimentation.

Das uneheliche Kind, sagt das deutsche Gesetz, wird nach dem Stande der Mutter alimentiert, mit anderen Worten, das uneheliche Kind wird in der Mehrzahl der Fälle zu Armut und Elend verdammt. Es ist doch eine bekannte Tatsache, daß der weitaus größte Teil der 180 000 unehelichen Kinder, die pro Jahr in Deutschland das Licht der Welt erblicken Kinder armer Mädchen resp. armer Frauen sind. Nach dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage, von Kapital und Hunger, regelt sich diese traurige Materie. Der Vater eines solchen unehelichen Kindes, wenn er Millionär, oder vielsacher Millionär ist, findet so ein armes Geschöpf, findet sein unglückliches Blut, mit weniger Kröten monatlich ab, als er vielleicht gewohnt ist, für ein einziges Mittagessen auszugeben. Von sozialistischer Seite, sowie von bürgerlich-frauenrechtlicher Seite ist schon vielfach gegen dieses, allen Naturgesetzen Hohn sprechende, Gesetz Sturm gelaufen worden. Bisher ohne jeglichen Erfolg. Da nun aber mit der Zeit eine internationale Regelung aller solcher rein menschlicher Angelegenheiten kommen dürfte, wie die internationalen kriminalistischen Vereinigungen deutlich anzeigen, und neugemachte Gesetze vorgeschrittener Länder auf die rückständigen Staaten aufläufig und förderlich einwirken werden, ist es mit besonderer Freude zu begrüßen, daß das kleine Holland in seinen neuen gesetzlichen Vorschriften die einzig gerechtfertigte Alimentation vorsieht. Das neue holländische Gesetz weist dem deutschen Gesetz über Alimentation gegenüber zwei große Vorteile für das uneheliche Kind auf. Das holländische Gesetz verlangt, daß das uneheliche Kind nach dem Stande und dem Verjage des unehelichen Vaters alimentiert werden muß. Es ist das eine so ausschlaggebende Neuerung, daß man sich die Wirkungen dieses Gesetzes noch kaum auszumalen vermag. Künftliche Gemüter könnten vielleicht annehmen, daß die uneheliche Mutter, die bis dahin nicht gewohnt war mit größeren Mitteln umzugehen, die auch nicht immer befähigt sein dürfte, ihrem nunmehr gut gestellten Kinde die vom Gesetzgeber vorgesehene Erziehung nach dem Stande des Vaters zu leisten, nicht zu diesem Amte die richtige Kraft besitze. Demgegenüber setzt nun die zweite Neuerung des holländischen Gesetzes ein, die nämlich verlangt, daß jedem holländischen unehelichen Kinde sofort bei seiner Geburt, außer dem Bormund, ein Stellvertreter ernannt wird, der vom ersten Tage der Geburt des Kindes an seine Interessen nach jeder Seite hin wahrzunehmen hat. Dieser Stellvertreter hat quasi volle Vaterrechte über das Neugeborene. Es wäre sehr zu wünschen, daß auch in anderen Ländern, besonders in Deutschland, die Gesetze über die Alimentation unehelicher Kinder nach dieser Richtung hin einer sozioleren Zeitperiode angemessen, modernisiert würden. Die sozialistischen Parlamentarier werden zweifellos ihren Einfluß auf eine derartige Umgestaltung des deutschen Alimentationsgesetzes geltend machen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 6. August: Familienausflug nach Ravensteiner Mühle. Treffpunkt 9 Uhr, Schleificher Bahnhof. Abfahrt 9³⁰ bis Hirschgarten. Für Nachzügler: Ravensteiner Mühle.

Letzte Nachrichten.

Meuterei.

Paris, 2. August. Aus Cherbourg wird gemeldet: Unter den Mannschaften der Torpedobootsflotte des Vermekkanals brach eine Meuterei aus, welche in einer feindseligen Ausbeugung gegen einen Schiffsteuermann Ausdruck fand. Nicht bloß die Matrosen, sondern auch die Deckoffiziere und Obermaat erhoben gegen den Leutnant die Beschuldigung, daß er sie übermäßig anstrengt, und daß er ungerechtfertigte Bestrafungen auferlege.

Explosion auf einem Dampfer.

London, 2. August. (W. L. W.) In Noqui am Kongo ereignete sich an Bord des deutschen Dampfers „Edea“ eine Explosion, durch die drei Personen getötet wurden. Das Heck des Schiffes ruht auf dem Boden des Flusses längs des Kais.

Der Hafnarbeiterstreik in Rußland.

Petersburg, 2. August. (W. L. W.) Der Streik der Hafnarbeiter dauert an; die Gesamtzahl der Streikenden beträgt gegenwärtig 12 000, während 4 000 weiterarbeiten. Auf 65 von den 95 im Hafen liegenden Dampfern wird nicht gearbeitet. Der Streik verläuft vollkommen ruhig und trägt ausschließlich wirtschaftlichen Charakter.

Im Eisenbahnzug ermordet.

Simferopol, 2. August. (W. L. W.) In einem Eisenbahnzuge der Südbahn nahe der Station Kyzylowo wurde der Gehilfe des Staatsanwalts des Petersburger Gerichtshofes Slovinsky ermordet.

Die Cholera.

Konstantinopel, 2. August. (W. L. W.) Gestern sind 21 Cholerafälle festgestellt worden; davon verließen zehn tödlich. Triest, 2. August. (W. L. W.) Heute sind hier zwei neue Cholerafälle festgestellt worden.

Schiffskatastrophe auf dem Lorenzstrom.

New York, 2. August. (W. L. W.) Aus Massena wird gemeldet, daß der Dampfer „Sirius“, der 75 Passagiere an Bord führte, auf dem St. Lorenzstrom gekentert ist. Die Ursache der Katastrophe ist bisher noch nicht bekannt, doch nimmt man an, daß der „Sirius“ in eine der Stromschnellen des Lorenzstromes geraten ist, von denen viele schon der Schiffahrt gefährlich geworden sind. 7 Passagiere fanden in den Wellen den Tod. Den übrigen Schiffbrüchigen gelang es, auf Rettungsbooten unter großer Gefahr Massena zu erreichen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbül.

Groß-Berlin und die Parteitagungen.

In durchweg gut besuchten Versammlungen nahmen die Genossen Groß-Berlins am Dienstag, den 1. August, Stellung zu den drei bevorstehenden Parteitagungen: Generalversammlung von Groß-Berlin, Provinzialkonferenz und Parteitag in Jena. Nachfolgend die Verhandlungsberichte:

Erster Wahlkreis.

Täterow gab den Vorstandsbericht und zeichnete in kurzen Strichen die Struktur des Kreises, der schon seiner geographischen Lage wegen eine Sonderstellung unter den übrigen Berliner Kreisen einnehme. Die wirtschaftliche Entwicklung vollziehe sich im Kreise so, daß die Proletarier mehr und mehr hinausgedrängt werden. Man werde es in der Wahl überhaupt nur mit circa 16 000 Wählern zu tun haben. Mitglieder zählt der Wahlverein jetzt mit Frauen 1015. Im übrigen erteilte Redner eine Uebersicht von den geleisteten Arbeiten des Vorstandes. An Stelle des Genossen Dr. Arons, der aus Gesundheitsrücksichten von der Reichstagskandidatur zurückgetreten ist, wurde Genosse Wilhelm Düwel aufgestellt, der sich als Referent in vielen Versammlungen sehr günstig einführte, wobei besonders die öffentliche und sehr stark besuchte Versammlung im Tiergartenhof zu erwähnen ist. In Frauen-, Jugend-, Kinder- und Bildungsfragen hat der Kreis das feinste Volk auf getan.

Den Kassenbericht erstattete **Volzmann**. Einnahme: 6594,51 M., Ausgabe: 4468,75 M., bleibt ein Bestand von 2125,76 M.

Wald gibt den Bericht aus der Prekommission. Die Debatte über die Montagsausgabe des „Vorwärts“ sei bekannt. Die jetzige Art der juristischen Sprechstunde habe sich gut bewährt. Die Zentralisation der „Vorwärts“-Expeditionen habe sich als ein Fortschritt erwiesen. Beschwerden über verspätete Lieferung seien zu erst noch und nach zu verbessernden technischen Hilfsmitteln zurückzuführen. Die Mängel seien nur vorübergehender Natur. Die planmäßig vorgenommene Agitation und Propaganda für den „Vorwärts“ habe gute Resultate gezeitigt. Auch ist Katzenjagd für Lieferungsverweigerung eingeführt worden, womit man den Genossen in erfreulicher Weise entgegengekommen sei.

Wald: Ueber die juristische Sprechstunde werde auch jetzt noch gellagt. Vor allem wären die dort erteilten Auskünfte zu kurz, nicht ausführlich genug.

Wald: Dies sei die erste Klage dieser Art, von der er Kenntnis erhalte. Allerdings ginge es nicht, daß die Ratssuchen immer alle Details in umständlicher und weitschweifiger Weise vorbringen. Eckert ist mit der juristischen Sprechstunde in ihrer jetzigen Art sehr zufrieden.

Reichsnotwahl Heinemann: Er könne nur bestätigen, was Waldt gesagt hat. Genosse Freder mache seine Sache ganz musterhaft und vorzüglich.

Schuster, der am Erscheinen verhindert ist, hat den Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission der Provinz Brandenburg schriftlich eingekandt, der von Täterow verlesen wird. Im Laufe des letzten Jahres hat außer der Reichswahl im Kreise Frankfurt-Rebus, welche bekanntlich siegreich war, und ferner den Protestversammlungen betreffend die Reichsversicherungsordnung und das Dreiklassenwahlrecht keine nach außen hin bemerkbare Arbeit stattgefunden.

Ege von der Lokalkommission hat wesentliches nicht zu berichten und richtet an die Genossen den dringenden Appell, nur dort zu verkehren, wo uns auch die Säle zur Verfügung stehen.

Die darauf folgenden Vorstandswahlen ergaben nachstehendes Resultat: 1. Vorsitzender **Täterow**, 2. **Petermann**, 1. Schriftführer **Zappert**, 2. **Paulsman**, 1. Kassierer **Volzmann**, 2. **Simmel**, Frau **Poppelaer** als Beisitzerin, als Revisoren **Strelow**, **Burghard**, **Genossin Schner**.

In die Prekommission wurde **Jadud** gewählt, in die Lokalkommission **Ege** und **Schuster**.

Zur Verbandsgeneralversammlung werden delegiert: **Partzid**, **Schulz**, **Lewandowski**, **Dallien**, **Burghard**, **Weier**, **Stollenberg**, **Anders**, **Roth** und **Ellger**.

Zur Brandenburgischen Konferenz werden delegiert: **Zappert**, **Röbde** und **Genossin Schner**.

Zu dem Antrag des 6. Kreises hat der Vorstand des 1. Kreises folgendes Amendement eingebracht:

„Andere Anträge werden nur dann zur Verhandlung gestellt, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung sich dafür entscheidet.“

Die Versammlung stimmte nach längerer Debatte dem Amendement einstimmig zu.

Kun hielt Genosse Düwel sein Referat über den Parteitag in Jena, dessen Aufgaben er in kurzen Strichen zeichnete, um dann ein Bild von den wirtschaftspolitischen Zuständen Deutschlands zu entwerfen. Redner ging besonders auf die Stichwahlfrage ein. Tatsächlich hätten uns die Gegner bisher immer die Stichwahlparole diktiert. Man denke nur an die Pottentottentwahlen, wo wir in der Stichwahl mit dem Zentrum marschieren. Heute hingegen, wo für den Liberalismus die Blodäta zu Ende ist, reklamieren uns der Liberalismus als Retter. Wie werden aber doch einmal fragen, ob diese Stichwahlparole richtig ist, ob wir nicht doch mal eine Partei so lange unter Wasser halten werden, bis ihr das Schlimde vergeht. Und nun der Paroxysmus. Er, Redner, habe schon vor zwei Jahren die Meinung geäußert, daß die kommenden Wahlen wiederum im Zeichen eines Kolonialkummels stehen würden. Wenn er auch nicht sagen wolle, daß die Regierung einen Krieg beabsichtige, so werde sie aber doch durch den Einfluß der Schwerindustrie und Waffenindustrie in diese Richtung gedrängt, ohne in sich selbst die Kraft zu haben, Kriege verhindern zu können. Der Parteitag werde sich wohl nicht damit begnügen, den Marokkandal als Wahlsparole der Regierung zu würdigen, er werde auch der Kriegshege entgegenwirken. Redner geht auf den Hanjabund ein und zeigt die Konstellation der Parteien, besonders des Zentrums diesem gegenüber. Dank der Schwäche und Inkonsistenz des Hanjabundes werden wir im nächsten Reichstag vielleicht wieder eine hochschulbäuerliche Mehrheit haben. Das Proletariat stehe allein im Kampfe. Deshalb brauche es aber nicht mutlos zu sein. Es entspreche ja nur unserer Klassenkampftheorie, daß die bestehenden Klassenverhältnisse nicht zu überbrücken seien. Je näher wir unserm Ziele kommen, um so fester und straffer schließen sich die Gegner zusammen. Darum löse der kommende Parteitag auch so großes Interesse aus, denn er habe auch Vorbereitungen zu treffen für die Kämpfe, die nach den Wahlen zu erwarten sind. Es sei darum auch in Aussicht genommen, den Parteivorstand zu erweitern, da die Aufgaben stetig wachsen. Wir werden kämpfen und unsern Kampf wird der Sieg folgen. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion sprachen **Wagahn** und **Wloch**. Letzterer erklärt, daß er selten mit einem Redner so einverstanden gewesen wäre wie heute mit dem Referenten.

Düwel greift nochmals ein und schließt: Die letzte Partei, der wir gegenüberstehen werden, ist das Zentrum, hinter dem die Konservativen und die Sozialdemokraten stehen. Ihnen muß der erbitterte Kampf gelien. (Großer Beifall.)

Die Kreisversammlung erteilt folgenden Antrag, der einstimmig Annahme findet:

„Die der Partei und damit dem Parteivorstande aus der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erwachsenden Aufgaben machen eine Verhärtung der Parteileitung erforderlich. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Sekretäre zu vermehren.“

Desgleichen ein Antrag **Wagner**:

„Der 1. Kreis beantragt, daß während der Reichstags-Wahl-agitation der „Vorwärts“ auch abends erscheine.“

Als Delegierter nach Jena wurde der Kandidat des 1. Reichstagswahlkreises, Genosse **Wilhelm Düwel**, gewählt.

Zweiter Wahlkreis.

Der Generalversammlung lag der Bericht des Vorstandes über das verfloßene Geschäftsjahr gedruckt vor. Das im allgemeinen politisch stille Jahr wurde etwas belebter durch die Landtagswahl im 4. Landtagswahlkreis, der ja bis auf wenige Bezirke im 2. Reichstagswahlkreis liegt. Aus den wohlbekannten Gründen fanden zweimal, am 3. Oktober 1910 und am 24. April 1911, Wahlmännerwahlen statt, und beide Male vermehrte sich die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner, wenn auch nicht in dem Maße, wie es zur Wahl des sozialdemokratischen Landtagskandidaten notwendig gewesen wäre. Das erste Mal wurde der Freisinnige **Kreuzling** mit 266 Stimmen gegen 193 für den Genossen **Grundwald** abgegebene Stimmen gewählt, das zweite Mal mit 245 gegen 194 Stimmen. Es waren diesmal 206 sozialdemokratische Wahlmänner zur Stelle, aber 12 Mandate wurden für ungültig erklärt, weil in einzelnen Bezirken die Wahlvorstände infolge eines Versehens der magistratischen Behörden nicht ordnungsmäßig besetzt waren. Der Fortschritt unserer Partei gibt Grund zu der Hoffnung, daß der Kreis bei der nächsten Landtagswahl erobert wird. Vor Weihnachten wurde in einem Teile des Kreises der „Vorwärts“ in rund 4200 Exemplaren unentgeltlich verbreitet und dadurch wurden 450 neue Abonnenten gewonnen. Die Einrichtung des Jahrmorgens und der Jahlnacht hat sich sehr gut bewährt und gewinnt immer mehr an Bedeutung. Auch die Genossinnen sind sehr fleißig in der Agitation, was sich auch darin zeigt, daß jetzt vier, statt bisher zwei Lesende bestehen. Der Besuch der Jahlabende ist zwar besser geworden gegen früher, läßt aber immer noch zu wünschen übrig und übersteigt selten 50 Proz. der Mitglieder. Abgehalten wurden im Laufe des Jahres 20 Jahlabende. Wählerversammlungen für die Landtagswahl fanden 14 statt, andere öffentliche Versammlungen 15, Frauenversammlungen 3, Vereinsversammlungen 4, Quartalsversammlungen 6. Flugblätter wurden in 797 000 Exemplaren verbreitet; außerdem zur Wahl im 4. Landtagswahlkreise rund 200 000 Stimmzettel und ebenso viele Aufforderungen. Mitglieder hatte der Wahlverein zu Anfang des Berichtsjahres 4418 männliche und 363 weibliche; am 30. Juni 1911 waren es aber 4747 männliche und 548 weibliche, so daß also die Gesamtzahl von 4748 auf 5295 gestiegen ist.

Die Abrechnung schließt für das 2. Halbjahr 1910 mit 14 589,94 M. Einnahmen und 13 904,39 M. Ausgaben ab. Unter den Ausgaben sind 4750 M. Beitrag an den Verband und 3850 M. für Beitrags- und Eintrittsmarken. Im 1. Halbjahr 1911 waren die Einnahmen 15 473,98 M., die Ausgaben — darunter 5700 M. Beitrag an den Verband und 2400 M. für Beitrags- und Eintrittsmarken — 13 640,49 M., so daß der Bestand am Schlusse des Berichtsjahres 1833,49 M. betrug.

Der Vorsitzende, Genosse **Schwemke**, gab zu dem gedruckten Bericht einige Ergänzungen und Erläuterungen.

Genosse **Ewald** berichtet von der Prekommission, über die Personalveränderungen in der Redaktion, die Umgestaltung in der Expedition, den neuen Vertrag mit den Zeitungs-frauen, sowie über verschiedene andere Angelegenheiten, die den „Vorwärts“ betreffen. Der Redner hebt unter anderem hervor, daß die Aenderung der Abonnementsquittungen eine große Arbeitserparnis bedeute. Die Abonnenienzahl des „Vorwärts“ ist beständig gestiegen, so daß sie am 1. April 1911 die Höhe von 161 311 erreicht hatte; inzwischen ist allerdings, wie regelmäßig in den Sommermonaten, ein kleiner Rückgang eingetreten, dem sicherlich bald wieder ein um so stärkerer Aufstieg folgen wird. Beschwerden prinzipieller Art sind bei der Prekommission nicht eingegangen.

In seinem Bericht von der Agitationskommission gab Genosse **Zinke** zunächst einige Aufklärungen über die Verhältnisse und Fortschritte im Wahlkreise Frankfurt-Rebus. Das junge Parteiorgan „Reumärkisches Volksblatt“ hat gute Fortschritte gemacht. Dann erwähnte der Redner verschiedene behördliche Verfolgungen und Versammlungsverbote und machte ferner auf die Agitationsmethoden des Reichsverbandes aufmerksam, der jetzt überall, und auch in Fabriken, seine bekannten Flugblätter verbreiten läßt. Das muß natürlich für die Parteigenossen ein Ansporn sein, um auch ihrerseits alle Kräfte in den Dienst der Agitation und Aufklärungsarbeit zu stellen.

Von der Lokalkommission berichtete Genosse **Schröder**. Er teilte unter anderem mit, daß die Direktionen der beiden Zirkusse **Busch** und **Schumann** es abgelehnt haben, die Gebäude zu annehmbaren Bedingungen für die Partei herzugeben, daß deswegen der Boykott zwar nicht beschlossen worden sei, es aber den Genossen anheimgegeben wird, auf das Verhalten der Zirkusdirektionen Rücksicht zu nehmen. Das Verhältnis zur Philharmonie wurde infolge des Antrages auf einen städtischen Zuschuß von 60 000 M. für Volkskonzerte wieder zur Sprache gebracht, wobei jedoch nichts anderes herauskam, als daß die Räume für Versammlungen der Arbeiterschaft nicht zu haben sind. Die Philharmonie bleibt für die Abhaltung von Veranstaltungen der Arbeiterschaft gesperrt, der Besuch der Konzerte ist jedoch freigegeben. Für die Lokalkomitee im 2. Wahlkreise ist es besonders erdwärmenswert, daß die „Kammerfälle“ in Gebäude der Handwerkerschammer, Ede Vellensalliance, und Kellervertrags, pleite gegangen sind, und zwar offenbar deswegen, weil man die Räume der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stellen wollte. Es war noch vor drei Monaten mit dem Pächter Herrn **Palm** und dem Oekonom Herrn **Säger** verhandelt worden, die auch das Café **Kuhwald** an der **Holtersdorfer** Schleuse innehaben, das ebenfalls für die Arbeiterschaft gesperrt ist. Wie es heißt, war der Pächter für die „Kammerfälle“ kontraktlich gebunden, das Lokal nicht der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen. Es hat sich gezeigt, wohin es führt, wenn ein Wirt auf den Besuch der großen Masse der Bevölkerung verzichtet. Der Redner betonte, daß die Lokalkomitee nicht allein in Berlin, sondern auch bei Ausflügen in die Vororte streng zu beachten sei.

Dem Kassierer erteilte die Generalversammlung einstimmig Decharge. Sodann wurden die Kandidaten zur Vorstandswahl aufgestellt, die am Sonntagvormittag durch Urwahl stattfindet. Die Wahllokale werden noch im „Vorwärts“ bekannt gegeben. Ferner wurde ein Wahlkomitee von 8 Mitgliedern gewählt.

Die von den Abteilungen vorgeschlagenen Delegierten wurden dann einstimmig gewählt.

Dritter Wahlkreis.

Die Anwesenden ehrten das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Auf Vorschlag des Vorsitzenden **Pohl** nahm die Versammlung zuerst die Beschäftigung der 23 Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung vor und erklärte sich auch dafür, daß die Genossen **Ernst**, **Liepman** und **Woeck** wieder als Mitglieder des Zentralvorstandes gewählt werden. — Genosse **Pfannkuch** nahm dann das Wort zu einem Vortrag über den Parteitag zu Jena. Man habe erst mit einem

außerordentlichen Parteitag gerechnet, aber die Reichstagswahl seien hinausgeschoben und damit das große Volksgericht verzögert worden. Die Partei sei gut gerüstet. Die bürgerliche Welt werde überrascht sein, wenn sie hört, welche Steigerung unsere Mitgliederzahl erfahren hat. Unsere Finanzen stehen auf gesunder Grundlage. Gegen die Angriffe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wie auch gegen die Taktik des Zentrums in der Agitation gegen uns seien weitreichende Maßnahmen getroffen worden. Der Redner ging in seinen weiteren Ausführungen über die Reichstagswahlen auf die jüngsten Ereignisse in Marokko ein und feierte den Gedanken der Verbrüderung der Arbeiterklasse in Deutschland, England und Frankreich. Es gelte aber auch, dem Reichstage als Volksvertretung mehr Einfluß und Macht zu erobern, um gefährlichen Abenteuern sofort entgegenwirken zu können. Bei den Wahlen hätten wir zuerst den Kampf auf der ganzen Linie gegen die bürgerlichen Parteien zu führen. Wie in den Stichwahlen zu vollenden sei, was wir bei den Hauptwahlen begonnen haben, darüber würden wir jetzt nicht reden, sondern ruhig die Entwicklung der Dinge abwarten. Der Redner forderte am Schlusse seines Vortrages die Parteigenossen zu recht reger Mitarbeit auf, damit die Partei weiter siegreich vordringen könne. (Beifall.)

In der Diskussion trat ein polnischer Genosse auf, der mit großem Eifer für die Agitation unter den Polen eintrat; er verlangte einen sicheren Wahlkreis für einen polnischen Genossen und wünschte, daß der Parteitag sich für die tägliche Herausgabe der polnischen Parteizeitung erkläre. Seine dahingehenden Anträge wurden von der Versammlung abgelehnt, nachdem Genosse **Pfannkuch**, von dem eine Meinungsäußerung zu diesen Fragen gewünscht wurde, sich dagegen erklärt hatte. Ein anderer Diskussionsredner fragte an, welche Aussichten die Ausgabe einer schon oft gemäntelten Probebeilage für die „Gleichheit“, die jetzt 4000 Abonnenten zählt, habe. **Pfannkuch** erwiderte in seinem Schlußwort, daß dieser Gedanke im Parteivorstand schon erörtert wurde und bei passender Gelegenheit auch Erledigung finden werde.

Bei der Wahl der Delegierten zum Parteitag verlangten die Frauen eine Vertretung. Die Versammlung wählte die Genossen **Pohl** und **Budde** und als Ersatzmann **Kawier**.

Zur Provinzialkonferenz wurden drei Delegierte gewählt, die Genossen **Draun**, **G. Müller**, Frau **Mittag** und als Ersatzmann **Jakob**.

Die Versammlung hörte dann den Bericht des Vorstandes, den Genosse **Pohl** erstattete. In der Berichtszeit, vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911, wurde eine rege Tätigkeit entfaltet. 4 Generalversammlungen, 9 öffentliche Versammlungen (darunter 2 für Frauen), 3 Kreis-konferenzen und 21 Vorstandssitzungen fanden statt. 9 Flugblätter in einer Gesamtauflage von 278 000 Exemplaren kamen im Kreise zur Verbreitung. Der „Vorwärts“ hat im Kreise 8200 Abonnenten, der „Wahre Jakob“ 500, „In freien Stunden“ 140, die „Gleichheit“ 75 und die „Arbeiter-Jugend“ 20. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 1910 2494 Mitglieder, und zwar 2210 männliche und 284 weibliche Mitglieder. Neuaufnahmen fanden vom 1. Juli 1910 bis zum 30. Juni 1911 609 statt (562 Männer und 47 Frauen). Ueberwiesen wurden von anderen Kreisen 411, zusammen 1020 Mitglieder. Dagegen betrug die Zahl der ausgeschiedenen und den anderen Kreisen überwiesenen Mitglieder 833. **Mittig** verbleibt am 30. Juni 1911 ein Mitgliederbestand von 2681, und zwar 2389 männliche und 292 weibliche Mitglieder. Demnach ist eine Zunahme von 187 Mitgliedern zu verzeichnen, was bei den Verhältnissen im dritten Kreise immerhin ein erfreuliches Resultat ist.

Manngeldliche Veranstaltungen im Kreise, wie die Sonntagsversammlungen, ein Kunstabend usw., fanden guten Zuspruch unter den Mitgliedern; dagegen hätte ein Zuzus von Vorträgen des Genossen **Eichhorn** besser besucht sein können. In den Unterrichts-kursen für Frauen nahmen vom dritten Kreise sechs Genossinnen teil. Der Bericht erwähnt auch die Kommunalwahl im 11. Bezirk und die Aufstellung des Genossen **Pfannkuch** als Reichstagskandidaten für den dritten Kreis.

Genosse **Albert Harndt** erstattete den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen im Berichtsjahre 22 309,43 M. (inkl. Bestand von 5063,88 M.), die Ausgaben 18 324,69 M. Somit verbleibt ein Kassenbestand von 3984,74 M.

Den Vorstandsberichten folgte nur eine kurze Diskussion, in der die Schwierigkeiten der Agitation unter den Frauen und den Jugendlichen hervorgehoben wurden. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Die dann vorgenommene Vorstandswahl ergab das folgende Resultat: 1. und 2. Vorsitzender **Pohl** und **Jakob**, 1. und 2. Kassierer **Harndt** und **Felsmann**, 1. und 2. Schriftführer **Schmidt** und **Wenzel**, die Revisoren **H. Pötsch** und **Fröblich**, die Beisitzer **Grimm**, **Hidenrot**, **Küller**, **Frig**, **Wenzel**, **Genewsky**, **Budde**, **F. Schmidt**, Frau **Mittag**.

Die Berichte der Kommissionsmitglieder konnten der vorgelesenen Zeit wegen nicht mehr entgegengenommen werden. Gewählt wurden: in den Aktionsausschuss **Pohl**, in die Prekommission **Robert Hinge**, in die Lokalkommission **Müller**, in die Agitationskommission **Möbus**, in die Kinder- und Jugendkommission Frau **Zorgler**, in die Schlichtungskommission **Köppen**, **Girchfeld**, Frau **Herrmann**, **H. Schmidt** sowie **Röbde** und **Weber** als Ersatzleute. Zur Zeitungskommission gehören **Volattha**, **Günther** und Frau **Herrmann**.

Vierter Wahlkreis.

Genosse **Paul Hoffmann** gab zunächst einige kurze Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Die Tätigkeit des Wahlvereins spielte sich mehr auf dem Gebiete der Kleinarbeit ab, die darauf gerichtet war, die Organisation innerlich zu festigen und zu stärken. Da uns die Genossen **Singer**, **Boigt** und **Vorgmann** durch den Tod entziffen wurden, machten sich Reichstagswahl zum Reichstag, zur Stadtverordnetenversammlung und zum Landtag erforderlich. Die Hoffnung auf einen Stimmengewinn bei der Reichstagswahl erfüllte sich nicht. Obwohl die eingeschriebene Wählerzahl gegen 1907 nur um 3395 zurückgegangen war, hatten wir doch einen Rückgang von nahezu 13 000 Stimmen zu verzeichnen. Ueber die Gründe dieses Verlustes seien die Meinungen unter den Parteigenossen sehr geteilt. Sehr viel mag zu dem Rückgang der Umfand beigetragen haben, daß ein eigentlicher Kampf um das Mandat nicht stattgefunden hat, da die bürgerlichen Parteien, die im Jahre 1907 noch ziemlich hohe Stimmzahlen auf ihre Kandidaten vereinigt hatten, diesmal von der Aufstellung von Kandidaten abhingen. Die Stadtverordnetenwahlen brachten keine wesentliche Veränderung. Im 11. Kommunalwahlbezirk erhielt unser Genosse **Böhm** 1810 Stimmen, während 1907 1770 Stimmen auf unsern Kandidaten entfielen. Der Genosse **Rown** wurde im 13. Kommunalwahlbezirk mit 3055 Stimmen gewählt, während 1909 3127 Stimmen für uns erzielt wurden.

Die innere Organisations-tätigkeit kommt in folgenden Ziffern zum Ausdruck: Generalversammlungen fanden 6 statt, Vorstandssitzungen 31, erweiterte Vorstandssitzungen mit den Abteilungsführern 6, Kreis-konferenzen 9, öffentliche Versammlungen wurden 58 abgehalten und außerdem noch gemeinsame Versammlungen mit den Genossenschaften. Flugblätter wurden 3 200 000 im Kreise verteilt. Die Frauenlesende haben sich als äußerst gute Einrichtungen zur Förderung der Bewegung unter den Frauen erwiesen.

In jedem Monat werden 42 solcher Zusammenkünfte abgehalten. Der Besuch ist erfreulichweise ein sehr reger. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen wurden für die Funktionäre vom Gewerkschaftsrat 16 Vorträge über: „Theoretische und praktische Übungen im Reden“ gehalten. Polizei und Staatsanwalt bekümmerten sich auch diesmal wieder sehr eifrig um unsere Organisation. Wegen verschiedener Verstöße gegen die heilige Ordnung unseres Polizeistaates mußten 332 M. an Strafen gezahlt werden. Die Mitgliederbewegung zeigte sich in folgenden Zahlen: Neuaufnahmen 6099, aus anderen Kreisen zugezogen 1232, demzufolge ein Mitgliedererwerb von 7331. Wegen rezessiver Beiträge wurden 2919 Mitglieder gestrichen, abgemeldet nach anderen Kreisen haben sich 2666, ausgesteuert sind 301, ausgeschloffen 5 und verstorben 166. In deren Anbunden erheben sich die Anwesenden von den Plätzen. — Somit verbleibt eine Zunahme von 1244 Mitgliedern. Am 1. Juli 1910 zählte der Verein 20 131 männliche und 2796 weibliche, zusammen 22 927 Mitglieder. Am 1. Juli zählte er 20 415 männliche und 3755 weibliche, zusammen 24 170 Mitglieder. Es sind also neben einigen hundert männlichen fast tausend weibliche Mitglieder im Berichtsjahre gewonnen worden.

Baronhän gab dann noch einige Erläuterungen zum vorliegenden Kassenbericht. Derselbe weist einschließlich des Kassenbestandes eine Einnahme von 133 816,80 M. auf, der eine Ausgabe von 129 509,78 M. gegenübersteht, so daß ein Rest von 4247,02 M. verbleibt. Wie Redner meint, hätte der Verein auch im Jahre 1906 eine Einnahme von circa 130 000 M. zu verzeichnen, die aber die folgenden Jahre fiel, bis 1909 nur noch 97 000 M. betrug. Die gute Einnahme im Jahre 1906 war darauf zurückzuführen, daß allein durch Vons 21 000 M. gesammelt wurden. In diesem Jahre sind nur 3323,70 M. durch Vons aufgebracht worden. Dieser Umstand zeige, wie notwendig es war, daß die Einnahme durch eine Regelung der Beitragsfrage auf einer festeren Grundlage fundiert wurde.

In der Diskussion bemängelte Glah, daß der Bericht erst in der Versammlung und nicht schon im Juli-Jahresabend vorgelesen habe.

Genossin Wien, Mitglied des provisorischen Vorstandes, erwiderte, daß infolge der im Vorstände ausgebrochenen Differenzen der alte Vorstand seine Tätigkeit eingestellt hat und der provisorische Vorstand in den paar Wochen seiner Tätigkeit eine noch schnellere Fertigstellung des Berichtes nicht ermöglichen konnte. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Alsdann berichtete Genosse Widner ausführlich über die Tätigkeit der Preskommission, wobei besonders darauf hingewiesen wurde, daß der der Redaktion des „Vorwärts“ von den Genossen gemachte Vorwurf, daß sie bei großen Bewegungen nicht schnell genug die Leser informiere, unbegründet sei. Die Genossen sollten die Redaktion insofern unterstützen, indem sie bei wichtigen Vorläufen telephonisch die Entsendung von Berichterstattern an Ort und Stelle verlangen. Zur Beurteilung der Tätigkeit der Agitationskommission und der Lokalkommission wurde auf den gedruckt vorliegenden Bericht verwiesen. Namens der Kinderbeschulungskommission berichtete die Genossin Bötz, in wie erschreckend hohem Maße noch selbst in Berlin die Kinderarbeit in Blüte stehe. Die Beschwerdekommision, für die Rintorf den Bericht gab, hatte zu 11 Sitzungen zusammenzutreten, in denen 83 Ausführenträge, 20 Beschwerden und 2 andere Streitfälle, zusammen also 57 Sachen erledigt wurden. In 13 Fällen mußte auf Ausschluß erkannt werden.

Der Vorsitzende Hoffmann gab alsdann das Ergebnis der Urwahlen bekannt. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Hoffmann, 2. Vorsitzender Bräuner, 1. Kassierer Baronhän, 2. Kassierer Geisler, 1. Schriftführer Boehle, 2. Schriftführer Graßmann und Frau Fraunwald als Beisitzer. Zu Revisoren wurden gewählt: Albert, Baitner, Weier, Ewert, Wolf und Jiesler. Da Baitner inzwischen wieder zurückgetreten ist, tritt an seine Stelle Berndt ein. Zu Viertelführern, die als Beisitzer dem Vorstand angehören, wurden David, Sue, Schmalbach, Wischoff, Herzog und Wenzel von der Generalversammlung beauftragt. Als Mitglieder zum geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes wurden Ernst, Döcke und Liepmann in Vorschlag gebracht.

Für die Wahl der Mitglieder zum Zentralvorstand hatte die letzte Generalversammlung bereits eine Vorschlagsliste aufgestellt. Die dieser Versammlung als Stimmzettel gedruckt vorlag. Die Wahl erfolgte durch Abgabe des Stimmzettels beim Verlassen des Saales. Die Feststellung des Resultats war aber am selben Abend nicht mehr möglich. Zuvor beschloß sich jedoch noch die Versammlung mit den Anträgen zur Generalversammlung, nachdem der Parteitag und die Provinzialkonferenz sowie die Wahl der Delegierten zu denselben der vorgerichteten Zeit wegen von der Tagesordnung abgesehen worden waren.

Ein Antrag Bötz, welcher verlangte, daß den Landtagswahlbezirken das Recht garantiert werde, ihre Kandidaten selbst aufzustellen, wurde angenommen. Dagegen wurde ein Antrag Glah, im 5. Berliner Landtagswahlbezirk für die heilige Erbschaft einen polnischen Kandidaten aus der Landeskommission aufzustellen, abgelehnt.

Ein Antrag, der eine Förderung des Bildungswesens und die Zentralisation des Bibliothekswesens verlangt, wurde dem Vorstand überwiesen.

Die in den Abteilungen aufgestellten Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden bestätigt.

Vierter Wahlkreis.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete der Vorsitzende Friedländer. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit der letzten Berichterstattung nur um 5 vermehrt. Am 1. Januar 1911 hatte der Verein 2110 Mitglieder, jetzt sind es 2115. Am 30. Juni 1910 betrug die Mitgliederzahl 1815, sie stieg bis zum 30. Juni 1911 auf 2115 (1800 männliche und 235 weibliche Mitglieder). Die Mitgliederbewegung zeigt immer noch eine starke Fluktuation. Es sind im Laufe des Jahres mehr als 800 Mitglieder aufgenommen, davon sind aber rund 600 wieder aus den Listen verschwunden. Neben dem Besuch der Jahrlabende vom Januar bis einschließlich Juni ist eine Statistik aufgenommen worden. Dessen Ergebnis, nach Abteilungen geordnet, liegt der Versammlung vor. Daraus ergibt sich, daß der Besuch, wenn alle Abteilungen zusammengerechnet werden, in den einzelnen Monaten zwischen 84,8 und 46 Proz. der Mitglieder schwankt. Im Geschäftsjahre wurden acht Vereinsversammlungen abgehalten, außerdem eine Anzahl öffentlicher Versammlungen anlässlich aller von der Berliner Parteiorganisation getroffenen Veranstaltungen. Zahlreiche Flugblattverbreitungen fanden statt, meist in einer Auflage von 42 000. Die Hiesige Drohschüre über Mutterrecht wurde in 200 Exemplaren an die weiblichen Mitglieder abgegeben. — Die Verbreitung der Parteipresse durch die drei für den Kreis in Betracht kommenden Expeditionen ist aus folgenden Zahlen ersichtlich: „Vorwärts“ 3500 (etwa 800 mehr als am Schluß des vorigen Geschäftsjahres), „Gleichheit“ 70, „Wahrer Jakob“ 620, „Neue Zeit“ 23, „Fests Stunden“ 152, „Arbeiterjugend“ 28. Der Redner bemerkt hierzu, die Verbreitung der „Gleichheit“ sei im Verhältnis zur Zahl der weiblichen Mitglieder doch sehr gering. Es müsse für eine weitere Verbreitung des Blattes der Genossinnen agitiert werden, auch müßten die Genossen dafür sorgen, daß die „Arbeiterjugend“ weiteren Eingang bei der proletarischen Jugend fände. — Mit Rücksicht auf die Reichstagswahlbewegung hat der Vorstand die erste Abteilung in drei Agitationsbezirke geteilt. Diese Einrichtung hat sich schon jetzt gut bewährt.

Der vom Kassierer Ritzke erstattete Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 6285,85 M., eine Ausgabe von 5434,00 M. und einen Bestand von 850,98 M.

Der Vorstanderschied wurde ohne Debatte entgegengenommen und der Kassierer einstimmig entlastet.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Parteitag in Jena“ bemerkte Robert Schmidt unter anderem: Die Tagesordnung des Parteitages ist kurz bemessen, wohl deswegen, weil sich der Vorstand mit vollem Recht sagte, daß gegenwärtig nicht die Zeit sei

zu theoretischen Erörterungen und Auseinandersetzungen, weil wir kurz vor den Reichstagswahlen stehen und jetzt nur auf diese unser Hauptaugenmerk zu richten ist. In der Parteipresse ist zwar gesagt worden, daß die Tagesordnung des Parteitages allzu mager ausgefallen sei. Dem müsse entgegengehalten werden, daß Debatten über theoretische Meinungsverschiedenheiten jetzt wirklich nicht angebracht wären. — Zwei Punkte interessierten besonders: Es gilt, die Lücke auszufüllen, die durch den Tod des Genossen Singer im Parteivorstande entstanden ist und ihm neue Kräfte zuzuführen, die den neuen Aufgaben, die an sie heran treten, gewachsen sind. — Es scheint in der Partei die Stimmung zu herrschen, daß innere Differenzen auf diesem Parteitage nicht erörtert werden, sondern daß nur die Reichstagswahl im Vordergrund der Erörterungen zu stehen und alles andere zu schweigen hat. Wie sind uns der Verantwortung bewußt, die uns die bevorstehende Reichstagswahl auferlegt.

Dr. Wehl: Auch ich bin der Meinung, daß wir die Einheitsfront der Reichstagswahl nicht durch Förderung von Parteitagungen fördern sollten, aber ich möchte doch einer Auffassung Ausdruck geben, die in Parteikreisen besteht. Es handelt sich um die Taktik unserer Reichstagsfraktion bei der zweiten und dritten Lesung der Reichsversicherungsordnung. Anzuerkennen ist die gründliche, sachkundige Arbeit, welche unsere Genossen, namentlich der Abgeordnete unseres Kreises, in der Kommission geleistet haben. Aber die Art, wie die Reichsversicherungsordnung im Plenum angenommen wurde, das hat, wie ich glaube, nicht den Befehl der Parteigenossen gefunden. Die Erledigung ging viel zu schnell vor sich. Es hätte doch möglich sein müssen, die Verhandlungen zu verlängern, indem unsere Genossen zu jedem Paragraphen Reden gehalten hätten, um den Gegnern die Sache nicht gar zu leicht zu machen. Es macht den Eindruck, als ob sich unsere Genossen mit Schicht sehr kurz gefaßt haben, was doch sonst nicht unsere Gewohnheit ist. Abgesehen von den großzügigen Reden der Genossen David und Bebel sah es ganz so aus, als ob eine Beratung bestanden hätte, so schnell wie möglich zu Ende zu kommen. Wir haben den Gegnern die Annahme der Reichsversicherungsordnung zu leicht gemacht. Da es die Gegner darauf abgesehen hatten, und zu verweigern, so hätten wir zuppiger auftreten müssen. Wir hätten Obstruktion treiben sollen. Es ist eigentlich ein Vorwurf für uns, wenn der Staatssekretär sagte, die Sozialdemokraten hätten mit ritterlichen Waffen gekämpft. Selbst die Möglichkeit, daß die Gegner auch ruppig geworden wären und uns die Geschäftsordnung verbarrikadiert hätten, dürfte uns nicht abhalten, Obstruktion zu treiben. Wir würden dadurch große agitatorische Erfolge erzielt haben. Wenn uns Rechte, die wir haben, genommen werden sollen, so müssen wir uns mit den schärfsten Mitteln dagegen wehren, hat Bebel einmal gesagt. Durch die Reichsversicherungsordnung ist uns die Selbstverwaltung genommen. Da wäre also die Obstruktion durchaus berechtigt gewesen. — Um dem Verlangen einer besseren Witwen- und Waisenfürsorge Nachdruck zu geben, hätte es doch bei der guten Organisation in Berlin möglich sein müssen, einen Demonstrationzug der Frauen zu veranstalten. Mit den Kindern auf dem Arm hätten die Frauen am Reichstagsgebäude vorbeiziehen müssen. Eine solche Demonstration hätte nach außen einen großen agitatorischen Erfolg gehabt. (Weifal.)

Robert Schmidt: Alle unsere Abgeordneten waren einig über die Taktik, welche bei Beratung der Reichsversicherungsordnung eingehalten werden sollte. Sie können glauben, daß die Abgeordneten auch alles das erwogen haben, was der Vordrucker angeführt hat. Ich bin kein Freund der Obstruktion, denn ich glaube, mit Sachlichkeit kommt man weiter. Aber selbst wenn die Obstruktion an sich billigt, muß sich doch sagen, daß die Annahme der Reichsversicherungsordnung nicht verhindert werden konnte, wenn wir Obstruktion getrieben hätten. Durch Obstruktion konnte nicht einmal die Verhandlung verlängert werden. Die Geschäftsordnung braucht nicht erst verächtlich zu werden, denn sie ist bereits so gestaltet, daß mit ihrer Hilfe jede Obstruktion unterdrückt werden kann. Wenn die Gegner es hätten durchsetzen wollen, dann konnte die ganze Beratung, die drei Wochen gedauert hat, in einer Woche erledigt werden. Bei dem einmütigen Willen der bürgerlichen Parteien, die Reichsversicherungsordnung anzunehmen, war es unmöglich, die Annahme zu verhindern. Daß man uns drei Wochen lang Monologe halten und unsere Forderungen zur Reichsversicherungsordnung darlegen ließ, dadurch haben wir wertvolles agitatorisches Material gewonnen. Das konnte gar nicht besser werden, wenn wir Obstruktion getrieben hätten. Eine Obstruktion, bei der man von vornherein damit rechnen muß, daß sie elend verläuft, wirkt nicht agitatorisch, sondern macht den Eindruck der Schwäche. Mit 52 Abgeordneten kann ja gar keine Obstruktion getrieben werden. Dazu gehört die Zustimmung anderer Parteien, wie es bei der Ley-Debatte der Fall war. Weil die Obstruktion nach der Geschäftsordnung nicht möglich ist, so hat die Fraktion von vornherein davon abgesehen. Wir würden uns die Möglichkeit, überhaupt zu reden, genommen haben, wenn wir eine andere als die von uns besetzte Taktik beibehalten hätten. — Die vom Vordrucker gewünschte Frauendemonstration macht den Eindruck der Lächerlichkeit. Das ist keine politische Demonstration. (Weifal.)

Dr. Wehl: Auch ich bin für Sachlichkeit und habe nicht verlangt, daß wir von vornherein ruppig auftreten sollten. Aber nachdem uns die Gegner in solcher Weise behandelt hatten, nachdem sie zuerst ruppig geworden waren, da hätten wir auf einen Schelten andershalbe sehen müssen. — Einen Demonstrationzug der Frauen halte ich für sehr wirkungsvoll in agitatorischer Hinsicht. Gewiß sind die Reden, welche unsere Genossen gehalten haben, sehr wertvoll, aber sie werden nicht von denen gelesen, die wir erst gewinnen wollen. Ein Ereignis aber, wie ein Demonstrationzug der Frauen, wird im ganzen Lande bekannt und da fragt man sich selbst in den entlegensten Kreisen: Was ist denn eigentlich los, daß sie in Berlin solchen Klamauk machen.

Robert Schmidt: Wenn Genosse Wehl die Frauendemonstration für so wichtig hält, dann hätte er, als es seiner Meinung nach Zeit dazu war, einen entsprechenden Antrag an die Organisation stellen müssen. Ich glaube aber, die Partei hätte dem „Klamauk“, wie es Genosse Wehl ganz treffend bezeichnet, nicht zugestimmt, denn mit „Klamauk“ erzielt man weder politische noch agitatorische Erfolge. Demonstrationen wirken nur unter gewissen Umständen. Stärkung der Organisation ist die beste und wirkungsvollste Demonstration.

Zucht erstattete den Bericht der Agitationskommission. Er konstatierte einen erfreulichen Fortschritt der Organisation und des Parteilebens in der Provinz. Sowohl die Zahl der Wahlvereine als auch die Zahl der Mitglieder haben zugenommen. Die Zahl unserer Gemeinde- und Stadtverordneten mehrte sich, unser Agitationsmaterial wird gern entgegengenommen. Unsere Parteigenossen in der Provinz arbeiten für die Partei mit anerkanntem Eifer und großer Opferwilligkeit, so daß sie den Verlinern als Muster vorgehalten werden können.

Sahnisch gab den Bericht der Lokalkommission: Im Kreise stehen der Partei 26 meist kleine Sätze zur Verfügung. Unterhandlungen mit den Geschäftsleitungen vom Jiskus Busch und Jiskus Saumann haben ergeben, daß der erstere nur dem Bund der Landwirte als Versammlungsort überlassen wird. Der Jiskus Saumann soll jeder Partei überlassen werden, doch nur gegen eine jedwede Entschädigung von 1400 M.

Damit war die Berichterstattung erledigt. — Folgende Wahlen wurden vollzogen:

Delegierte zum Parteitag: Friedländer und Hunschede. Delegierte zur Provinzialkonferenz: Benz, Panten, Sahnisch.

Vorstand des Wahlvereins: 1. Vorsitzender Friedländer, 2. Vorsitzender Timm, 1. Schriftführer Hunschede, 2. Schriftführer Roth, 1. Kassierer Ritzke, 2. Kassierer Liepmann. Beisitzer: Paech, Kosch, Frau Holzapsel, Frau Blum. Revisoren: Rieger, Hildebrandt, Reppenhausen. Preskommission: Wels. Agitationskommission: Zucht. Lokalkommission: Sahnisch.

In den Aktionsauschuss wurde Friedländer delegiert. Für den geschäftsführenden Ausschuss von Groß-Berlin wurden die Genossen Ernst, Liepmann und Böcke einstimmig vorgeschlagen.

16 Delegierte zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden gemäß den Vorschlägen der Abteilungen bestätigt. Als Abteilungsleiter wurden bestimmt für die Abteilung I Rosemann, Abt. II Blum, Abt. III Eichmann, Abt. IV Rischke, Abt. V Wolf, Abt. VI Holzapsel, Abt. VII Sahnisch.

Sechster Wahlkreis.

Die in 13 Abteilungsversammlungen gewählten Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden einstimmig bestätigt. Denselben gibt eine Erläuterung des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts. Die Tätigkeit des Vorstandes war sehr reger. Wesentliche Volksversammlungen fanden im Berichtsjahre 77 statt. Diese waren sämtlich stark besucht, zum Teil sogar überfüllt, so daß sie abgesperrt werden mußten. Die Vorträge in Koabit veranlassen die Genossen, am 9. Oktober in 7 überfüllten Versammlungen Stellung zu dem „Aufbruch“ in Koabit zu nehmen, der von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen, die von der Regierung gar zu gern als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzt worden wäre. Wie sehr dieser Plan mißlungen, ist allgemein bekannt. Die Reichstagswahlbewegung in Koabit veranlassen die Genossen des sechsten Wahlkreises in 8 Versammlungen,

Gustav Lausant. Lokalkommission: Wilhelm Dams, Mitglieder zum Zentralvorstand: Richard Herbst, Hermann Müller, August Hünke, Minna Reichert. Revisor des Zentralvorstandes: Paul Dobroschaw. Schiedskommission: Fritz Schmiedeke, Alfred Weimann, S. Ledebauer, Wilhelm Kober, Adolf Vorbach, Gustav Thunau, Heinrich Sauermeier.

1. Abteilung: Abteilungsführer: A. Wurdhardt. Abteilungsführer: Hans Bötsche. Frauen: Minna Lohse. 2. Abteilung: Abteilungsführer: Paul Dobroschaw. Abteilungsführer: Joseph Parr. Frauen: Emilie Schramm. 3. Abteilung: Abteilungsführer: Hermann Kriedemann. Abteilungsführer: Hans Wisdalski. Frauen: Anna Ward. 4. Abteilung: Abteilungsführer: Wilhelm Boymann. Abteilungsführer: Georg Zwirner. Frauen: Emma Reimann. 5. Abteilung: Abteilungsführer: Karl Waische. Abteilungsführer: Richard Hentel. Frauen: Anna Matsche. 6. Abteilung: Abteilungsführer: Salomon Joseph. Abteilungsführer: Franz Voigt. Frauen: Regina Friedländer. 7. Abteilung: Abteilungsführer: Heinrich Anlauf. Abteilungsführer: Ernst Krüger. Frauen: Amalie Hüner. 8. Abteilung: Abteilungsführer: Alfred Baersch. Abteilungsführer: Fritz Fröhlich. Frauen: Minna Reichert. 9. Abteilung: Abteilungsführer: Friedrich Stäffler. Abteilungsführer: Alfred Melzer. Frauen: Minna Schulze. 10. Abteilung: Abteilungsführer: Theodor Buchholz. Abteilungsführer: Hermann Nieh. Frauen: Verta Lungwitz. 11. Abteilung: Abteilungsführer: Albert Aldert. Abteilungsführer: Bruno Glawe. Frauen: Rosa Schmidt. 12. Abteilung: Abteilungsführer: Max Faustmann. Abteilungsführer: Hermann Eder. Frauen: Johanna Waldbauer. 13. Abteilung: Abteilungsführer: Julius Marjahn. Abteilungsführer: Gottlieb Hoffmann. Frauen: Elise Krell.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Anträge und Wahl der Delegierten zum Parteitag in Jena“ unterbreitet der Vorstand vier Resolutionen zur Frauenkonferenz, die in einer Zusammenkunft der tätigen Frauen beschlossen wurden. Die Resolutionen nehmen Stellung zu folgenden Fragen: Kinderschutz und Fortbildungsschulwesen - Mutter- und Säuglingsfürsorge - Strafgesetzbuch - Krankenkasernenwesen. Nach einigen begeisterten Worten der Genossin Anna Matsche zugunsten dieser Resolutionen werden diese einstimmig gutgeheißen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurde ein Antrag, den Genosse E. A. D. im Auftrage der 12. Abteilung gestellt hatte und der verlangte, daß die Parteitagdelegierten in den Jahlabenden gewählt werden, nachdem die Generalversammlung die Kandidaten nominiert hat. Zur Diskussion über den Parteitag wird folgendes ausgeführt:

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld: Während der Magdeburger Parteitag deutlich bezeugt habe, daß er eine Politik im Sinne des linken Flügels innerhalb der Partei wolle, habe der Parteivorstand dem nicht immer Rechnung getragen. Er wolle sich über unsere Angelegenheiten jetzt nicht weiter verbreiten, möchte aber doch an den Fall Rindemann erinnern, bei welcher Gelegenheit der Parteivorstand viel früher und schärfer hätte zugreifen müssen. Der Brief war viel zu schwach. Unbegreiflich sei dem Redner jedoch die Stellung des Parteivorstandes zum Marokkoscandal. Das Internationale Bureau in Brüssel habe eine gewaltige Demonstration für den Frieden angeregt. Diese scheiterte an dem Widerstand des deutschen Parteivorstandes. Durch die „Leipziger Volkszeitung“ hat Redner von einem Brief Kenntnis erhalten, den ein Mitglied des Parteivorstandes zur Begründung der Ablehnung geschrieben hat. Aus diesem Brief geht hervor, daß der Parteivorstand das Schweregewicht der Agitation nicht auf die Marokkofrage, sondern auf die Frage der inneren Politik, wie Finanzfragen usw. gelegt haben will. Redner verliest einige Stellen dieses Briefes.

Im „Vorwärts“ war von diesem Briefe nichts zu finden. Es bildet sich immer mehr der Zustand heraus, daß man die „Leipziger Volkszeitung“ lesen muß, um über die inneren Parteivorgänge aufzuklärt zu werden. Wenn auch der „Vorwärts“ als Zentralorgan Nachrichten mancher Art zu nehmen hat, so muß man doch verlangen, daß er wenigstens über innere Parteifragen berichtet, wenn er schon nicht Stellung nehmen will. Für den Parteivorstand gibt es in den letzten Jahren nichts weiter wie die Vorbereitung zu den Reichstagswahlen. So wichtig dieselben auch seien, so kann man doch das eine tun, ohne das andere zu unterlassen.

Daß es nun doch noch zu einer Friedensdemonstration gekommen sei, verdanken wir den Gewerkschaften. Die Kundgebung in der „Neuen Welt“ war von größter Bedeutung, obwohl es in erster Linie eine Gewerkschaftskundgebung war. Viel gewaltiger wäre die Kundgebung geworden, wenn man französische Parlamentarier wie Jaures, Guesde, Vaillant, hierhergebeten hätte. Auch gegen die Ausweisung des Genossen Poret hätte der Parteivorstand entschiedener Stellung nehmen müssen. Poret habe nur das gesagt, was von uns bei hundert Gelegenheiten ebenso gesagt worden ist. Auch die Wahlrechtsbewegung hat man zugunsten der Reichstagswahl abgebrochen. Das entspricht durchaus nicht der Stimmung der preussischen und besonders der Berliner Genossen. Warum ist die Wahlrechtsbewegung nicht auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt worden? Ueberlassung des Parteitages ist doch diesmal nicht anzunehmen!

Sogar die Reifezeit befand sich ja zunächst — infolge eines Irrtums — nicht auf der Tagesordnung. Auch die Strafgesetznovelle durfte auf der Tagesordnung des Parteitages nicht fehlen. Auch in dieser Frage sind uns die Gewerkschaften mit gutem Beispiel vorangegangen. Wir müssen verlangen, daß auf dem Wege fortgeschritten wird, den die Mehrheit in Magdeburg als richtig bezeichnet hat, und es muß verhindert werden, daß sich die Mehrheit von der Minderheit majorisieren läßt.

Rathow hofft, daß für den durch den Tod ausgeschiedenen Genossen Singer ein recht guter Ersatz für den Parteivorstand gefunden werde, und daß dann der Vorstand seiner schwereren Aufgabe bei den bevorstehenden Wahlen gewachsen sein möge.

Ledebauer: Es wird notwendig sein, den Parteivorstand zu verhaften. Redner wendet sich gleichfalls gegen die Stellungnahme des Parteivorstandes in der Marokkofrage. Bei verschiedenen Gelegenheiten habe sich die Reichstagsfraktion für internationale Zusammenkünfte ausgesprochen, und zwar war die Ansicht einstimmig, daß solchen Anregungen nachzukommen sei. Jede Gelegenheit dazu muß gegriffen werden, besonders wenn eine Gefährdung des Friedens am Horizont aufkaut. Nach den Verhandlungen in der Fraktion habe er geglaubt, daß bei dem Marokkoscandal die Anregung von Deutschland ausgehen werde, um so überaus später hat Redner über die Veröffentlichung des Briefes in der „Leipziger Volkszeitung“ das Hauptargument des Briefschreibers aus dem Parteivorstand sei die Befürchtung, die Agitation gegen den Marokkoscandal könne unsere Wahlchancen beeinträchtigen. Er finde es unverständlich, wie wir können gar nicht unterlassen, diese Frage zu diskutieren, da sie ja von anderer Seite zur Diskussion gestellt wird und wir unbedingt antworten müssen. Doch selbst wenn wir die Aufstellung dieser Frage verhindern könnten, so wäre es eine Extrapolation, wenn wir es täten. Nur näher kann uns diese Agitation für den Frieden. Wir müssen uns freuen, die Gelegenheit zu haben, die Massen wieder einmal von einer anderen Seite zu packen. Bei jeder Gelegenheit müssen wir dem Volke sagen, daß es zu schade ist, um als Kanonenfutter für die Krupp, Stinnes, Mannesmann usw. gebraucht zu werden.

Die Friedensdemonstration in Berlin war sehr erfreulich, doch war sie immerhin nur ein schwacher Ersatz für das, was man verlangen mußte.

August Hünke ist der Meinung, daß dem Marokkoscandal viel zu viel Bedeutung beigemessen werde. Der Parteivorstand werde wohl seine guten Gründe für sein Verhalten gehabt haben. Wenn Genosse Rosenfeld die Tagesordnung des Parteitages zu beantragen hätte, so hätte er ja dem sechsten Artikel diesbezügliche Anträge unterbreiten können. Redner hofft, daß der nächste Parteitag nicht wieder in Revisionisten und Abstrakte geteilt sei, sondern daß man eine einige und kampfesfreudige Sozialdemokratie vorfinde. Nach einer kurzen Entgegnung Ledebauers auf die Ausführungen Hünkes zur Marokkofrage wird die Debatte geschlossen.

Zu Delegierten werden jedermann einstimmig gewählt: die Ge-

nossen Adam Bittorf, Wilhelm Dams, Fritz Fröhlich, August Hünke, Hermann Müller und Frau Anna Matsche.

Zur Provinzialkonferenz wird eine Debatte nicht gewünscht. Als Delegierte werden bestimmt die Genossen Paul Dieting, Dr. Kurt Rosenfeld und Georg Zwirner.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: „Sonstige Anträge“ wird einem Antrage des Vorstandes und der Kreisdelegation, bei dem Bezirksverband ein Ausschlußverfahren auf Grund des § 23 des Organisationsstatuts gegen den Genossen Otto Franz zu beantragen, mit großer Mehrheit Folge gegeben.

Sobann findet noch ein Antrag der Wahlvereinsleitung, der sich mit der Stellungnahme zu Anträgen, die bei der Verbandsgeneralversammlung im Laufe der Verhandlungen eingingen, befaßt, Annahme.

Nizdorf.

Den Bericht des Vorstandes und der Funktionäre erstattete der Vorsitzende Genosse Scholz. Der Bericht lag gedruckt vor. Aus demselben sei das Folgende hervorgehoben: Neben den hervorragenden politischen Kämpfen allgemeiner Natur wurde das Interesse der Nizdorer Parteigenossen von dem sich schon 2 1/2 Jahre hinziehenden Wahlrechtskampf in der Kommune in Anspruch genommen.

Kurz vor Schluß des vergangenen Geschäftsjahres hatte unsere Fraktion im Rathause einen Antrag auf Aufhebung des verhängten Censurstatuts eingebracht, der aber von der gesamten bürgerlichen Mehrheit in namenhafter Abstimmung abgelehnt wurde. Trotz aller inzwischen gefällten Gerichtsentscheidungen stellte der Magistrat die Wählerlisten wieder nach dem Prinzip des 1/2fachen Durchschnitts auf. Der unablässigen Tätigkeit der Genossen auf dem Rathause ist es gelungen, das Censurstatut, welches schon durch die Gerichte aufgehoben war, auch formell wieder zu beseitigen. Aufgabe der Parteigenossen muß es nun sein, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen den Wahlrechtskämpfern die noch in ihrem Besitze befindlichen Mandate der zweiten Abteilung zu entreißen. Besteht doch darüber kein Zweifel, daß auch vom Oberverwaltungsgericht dem Beschluß des Bezirksausausschusses zugestimmt wird, daß die im Herbst vergangenen Jahres vollzogenen 28 Wahlen für ungültig erklärt werden. Durchschnittlich war in der dritten Abteilung eine Wahlbeteiligung von 48,5 Prozent, von denen 68 Prozent für die Sozialdemokratie stimmten.

Die allgemeinen Verwaltungsgeschäfte wurden in 81 Vorstandssitzungen, 11 erweiterten Vorstandssitzungen und 14 Funktionärsitzungen erledigt. Von allgemeinen Mitgliederversammlungen wurde Abstand genommen, statt dessen wurden 69 Bezirksversammlungen abgehalten. Diese Einrichtung der Bezirksversammlungen hat sich als vorteilhafter erwiesen. Generalversammlungen haben im Laufe des Berichtsjahres 5 stattgefunden. Die Agitation für den „Vorwärts“ ergab eine Zunahme des Abonnentenstandes von 2580. Nichtlesern wurde der „Vorwärts“ eine Woche lang gratis ins Haus geliefert. Nach Verlauf von fünf Monaten konnte festgestellt werden, daß noch 76 Proz. der auf diese Weise neu gewonnenen Abonnenten Leher geblieben sind.

Im Anschluß an die Stadtverordnetenwahlen fand eine umfassende Hausagitation zur Werbung neuer Mitglieder statt. Das Resultat war eine Neuaufnahme von 468 Genossen. Ende April wurde nochmals nach diesem Prinzip gearbeitet mit dem Ergebnis von 470 neuen männlichen Mitgliedern. Der Gesamtmitgliederbestand beträgt jetzt 14.840, davon 2978 weibliche. Vom 1. bis 8. Mai wurde eine intensive Hausagitation unter den Frauen betrieben. 594 neue weibliche Mitglieder wurden dabei für den Wahlverein gewonnen. Für jeden der 24 Bezirke fanden 11 Lesende mit je einem Vortrage statt. Für die weiblichen Funktionärinnen fand ein Unterrichtslehrgang über das Erwerbsprogramm statt. 10 öffentliche Frauenversammlungen wurden abgehalten, die sich alle einen guten Besuch zu erfreuen hatten. Die aus Anlaß des Frauentages stattgefundenen vier Versammlungen ergaben 129 neue weibliche Mitglieder. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser beträgt 10.640 gegen 14.800 am Schluß des vergangenen Berichtsjahres.

Der Wahlverein Nizdorf feiert in diesem Jahre sein zehnjähriges Bestehen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 1901 668 und ist seit dieser Zeit auf 14.840 gestiegen. Ein recht erfreuliches Ergebnis. Die Gesamtsumme der Einnahmen betrug 45.749,88 M. pro Jahr gestiegen. Die Ausgaben an die Zentralkasse betragen sich die Jahressummen von 1535,50 M. auf 80.686,24 M. gegenüber.

Den Kassenbericht erstattet Genosse Hube. Einnahmen und Ausgaben balancieren in Höhe von 45.749,88 M., einschließlich des Kassenbestandes von 310,32 M. Die Bibliothek hat einen Bücherbestand von 2268 Bänden. Ausgegeben sind im letzten Jahre 15.979 Bücher. Der Bildungsausschuß hat eine Einnahme von 7713,90 M. und eine Ausgabe von 7002,22 M., so daß ein Bestand von 111,08 M. verbleibt.

In seinen mündlichen Darlegungen weist Genosse Scholz noch darauf hin, daß in den Kreisen der organisierten Nizdorer Metallarbeiter die Absicht besteht, eine eigene Bibliothek zu errichten. Daß sei eine Herabwürdigung und er plädiert für eine Zentralisation sämtlicher Bibliotheken.

Als erster Diskussionsredner nahm Genosse Brinkmann das Wort. Aus dem Verhalten des Oberbürgermeisters Kaiser bezüglich des Wahlrechtskampfes, müsse unsere Fraktion die Lehre ziehen, bei allen Wahlen zu bedenklichen Folgen die größte Vorsicht walten zu lassen. Die Wahlabende bedürften unbedingt einer Ausgestaltung. Jedem Wahlabendleiter solle die „Neue Zeit“ gratis geliefert werden.

Genosse Stuhr: Nach seiner Meinung falle der Bildungsausschuß seine Aufgabe ganz falsch auf. Die theoretischen Artikel, die das „Mitteilungsblatt“ des stieren bringen sollte gemäß einem Beschluß der Generalversammlung von Groß-Berlin, erschienen nicht. Die Bildungsbestrebungen müssen größeren Kreisen zugänglich gemacht werden. Die Theateraufführungen seien unter aller Würde, sie kommen gleich hinter die Vorhabtschmierer. Auch der „Vorwärts“ fände in der Erziehung des Volkes zur Kunst. Als Beispiel führt Redner die Artikel von Heinz Sperber an.

Nach Meinung des Genossen Heese lasse es die Partei an der notwendigen Propaganda zugunsten der Konsumgenossenschaften fehlen.

Gegen die Vorkürse der Diskussionsredner wendet sich Genosse Fischer, der Chairman des Bildungsausschusses. Die Kritiker verfehlen zunächst die Schwierigkeiten, die der Bildungsausschuß bei seiner Tätigkeit zu überwinden habe. Besser kann es erst werden, wenn Nizdorf ein eigenes Theater habe, das den modernen Anforderungen entspricht. Leider hat die bürgerliche Mehrheit die dahingehenden Anträge unserer Fraktion abgelehnt. Genosse Stuhr sei es, der dem Bildungsausschuß in seiner Tätigkeit die größten Schwierigkeiten bereite und vielfach eine Gegenpropaganda enthalte.

Genosse Reuschel bestritt die Richtigkeit der Mitteilungen des Genossen Scholz bezüglich der geplanten Einrichtung einer Lokalbibliothek des Metallarbeiterverbandes in Nizdorf. Die Mitgliederzahl entspreche in keiner Weise der starken Bevölkerung Nizdorfs.

Genosse Wieje: Der Bildungsausschuß geht bei seinen Veranstaltungen von dem Gesichtspunkte aus, die Darbietungen dem Fassungsvermögen der Hörer anzupassen, um allmählich zu größeren Öden zu gelangen.

Genosse Krille wendet sich gegen den Bildungsausschuß und ist mit dem Gebotenen nicht zufrieden; besonders nicht mit den Darbietungen bei der Passfeier.

In seinem Schlusswort geht Genosse Scholz auf die verschiedenen erhobenen Einwendungen ein und versucht die Unhaltbarkeit nachzuweisen. Auch selbst wenn jedem Wahlabendleiter die „Neue Zeit“ zur Verfügung gestellt würde, erziehe er noch keine Garantie für eine Besserung der geistigen Verhältnisse.

Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender A. Scholz, 2. Vorsitzender Karlis, 1. Schriftführer Alischer, 2. Schriftführer Keller, 1. Kassierer Hube, 2. Kassierer Beyersdorf, Berichtsführer: Widulla, Rummel, Heil-

wig, Wenzel, Revisor: Fischer, Grubig und Frau Ruchacz, Revisoren: Wählenderlein, Kupke, Hugo Schulze.

Der Bericht der Stadtverordnetenfraktion wurde auf eine besondere Versammlung vertagt.

Für den Kreisverband wurden folgende Vorschläge gemacht: 2. Vorsitzender Böcke, Kassierer Pagels, Sekretär Groger, Revisor Lurkow, Wahlkommission Heinrichs, weibliches Vorstandsmittglied Frau Ruchacz.

Die Bibliothekskommission wurde aus 15 Mitgliedern gebildet, darunter vier Genossinnen.

Lokalkommission: Rofr, Hendrichke, Schröder. Zur Kreisgeneralversammlung wurde folgender Antrag angenommen:

„In allen örtlichen Organisationen bezw. Bezirken des Wahlkreises, wo die Verhältnisse es ermöglichen, finden vom September dieses Jahres ab Vorträge über das sozialdemokratische Programm statt.“

Bei diesen Vorträgen sind die Programme der gegnerischen Parteien zu berücksichtigen.“

Die Entscheidung über die Art der Veranstaltung bleibt den Verwaltungen der örtlichen Organisationen überlassen.

Die Kosten trägt die Vereinskasse des Kreises.

Aus aller Welt.

Im Banne der Hundstagshitze.

Eine Aenderung in der gegenwärtigen Hitze scheint vorläufig nicht einzutreten. Nach Mitteilungen einiger Wetterwarten macht sich zwar eine tiefere Depression bemerkbar, diese wird aber durch ein kräftiges Hochdruckgebiet, das über Europa und besonders der Ostsee lagert, an ihrer östlichen Ausdehnung verhindert. Dieses Hochdruckgebiet setzt der Depression einen detartigen Widerstand entgegen, daß schwerlich noch in dieser Woche ein Umschlag der Witterung beziehungsweise eine Abkühlung der Temperatur zu erwarten steht. Auch sind einige Gewitter zu erwarten, eine Abkühlung werden sie aber auch kaum bringen.

Die Zahl der Brände, die besonders in wald- und heidenreichen Gegenden gewüthet, haben unüberschaubaren Schaden gebracht, der sich noch einmal annähernd abjähren läßt.

Ein gewaltiger Waldbrand wüthete bei Ostrand, der über 700 Morgen Waldbestand vernichtete. — In dem Brande in der Lüneburger Heide wird noch gemeldet: Riesige Wald- und Heidebrände wütheten Dienstag und Mittwoch im ganzen Gebiet der Lüneburger Heide. Schon von weitem sah man mächtige Rauchwolken und haushohe Feuerfäden emporsteigen. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich, so daß sich infolge der großen Dürre und des anhaltenden ungnädigen Windes alsbald ein großes Flammenmeer bildete. Es gelang nicht, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die verheerenden Feuerfäden boten ein wunderbares Naturschauspiel. Bis abends 10 Uhr waren über 1000 Morgen Heide, zum obergrößten Teile aber Waldbestand, ein Raub der Flammen geworden.

Die vereinigten Schiffahrtsgesellschaften geben bekannt, daß sie und die ihnen angeschlossenen Unternehmungen den Schiffahrtsbetrieb wegen des außerordentlich niedrigen Eismessers vollständig einstellen müssen.

Schweres Bootunglück bei Warnemünde.

Ein schweres Bootunglück, bei dem drei Personen, darunter zwei Berliner ertranken, hat sich gestern vor der Mole von Warnemünde ereignet. Mehrere Missethäter, darunter der Gymnasialdirektor Kuchhöft mit seiner Tochter, der Gymnasialoberlehrer Professor Dr. Nie mit seinem Sohn und seiner Schwägerin, sowie der Oberlehrer Dr. Rensch aus Berlin, ließen sich gestern von dem Ingenieur Ulrich aus Warnemünde in einer Halbsole in See setzen. Das verhältnismäßig kleine, mit sieben Personen besetzte Boot war ungefähr hundert Meter von der Westmole entfernt, als plötzlich ein böiger Ostwind aufbrachte und in wenigen Sekunden das Boot zum Kentern brachte. Sämtliche Insassen stürzten ins Wasser und riefen laut um Hilfe. Unter den größten Anstrengungen konnten die Tochter des Direktors Kuchhöft und die Schwägerin und der Sohn des Oberlehrers Nie gerettet werden. Die drei anderen Insassen des Bootes, Direktor Kuchhöft, Professor Nie und Oberlehrer Rensch hatten inzwischen ihre Kräfte verloren und gingen unter. Die Geretteten wurden schließlich an Land gebracht. Es gelang gegen 8 Uhr abends, das Boot zu heben und die Leichen der drei Ertrunkenen zu bergen.

Aeroplan und Unterseeboot.

Der Flieger Aubrun hat eine Reihe von Flügen oberhalb der Mee von Cherbourg unternommen, um festzustellen, ob es möglich sei, von einem Flugzeuge aus unter Wasser befindliche Unterseeboote und Tauchboote wahrzunehmen. Die Versuche gelangen vortrefflich. Aubrun erkannte aus einer Höhe von 150 und 500 Meter die Periskope der Unterseeboote und dann dieselbe selbst, die 6 Meter unter Wasser schwammen. Aubrun wird noch Flüge zum Auffuchen schwimmender Sprengminen unternehmen. Auch soll der Versuch gemacht werden, vom Flugzeuge aus Lufttorpedos zu schleudern.

Todessturz eines englischen Fliegers. Die Abtast hat ein neues Opfer gefordert. Der Flieger Gerald Napier stürzte gestern abend, wie uns aus London gemeldet wird, in Großbritannien bei einem Probezuge ab und war sofort tot.

Kleine Notizen.

Paarl in einer Kirche. In der Gemeinde Paarl, Komitat Szabolcs, schlug während des Gottesdienstes der Pfarrer in die dortige katholische Kirche ein. Da gleichzeitig auch ein Erdstöß erfolgte, entlief unter den Kirchensitzenden eine fürchterliche Panik, wobei fünf Frauen erbrüht und drei schwer verletzt wurden.

Von einem Gastwirt erschossen. Vergangens Nacht weilten in einem Dortmunder Restaurant verschiedene Gäste, die sich ungebührlich benahmen und sich hartnäckig weigerten, das Lokal zu verlassen. Da alles nichts fruchtete, holte der Wirt einen Revolver, schoß und verletzete einen der Gäste so schwer, daß er bald darauf im Spital starb.

Sechs Kinder verstickt. Aus Bochum wird gemeldet: In der Nachbargemeinde Gertbe waren an dem Klärungsbecken der Jehr Lotbringen sechs Kinder damit beschäftigt, Kohlenkamm für Brennzwede zu holen, als ein Gewitter losbrach. Die Kinder suchten Schutz in einer ausgehöhlten Kohlenkammnarube, die aber zusammenbrach. Fünf Kinder wurden verstickt, während es dem sechsten gelang, sich in Sicherheit zu bringen und Hilfe zu holen. Bei den Rettungsarbeiten wurden zwei Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren erstickt aufgefunden. Auch die anderen Kinder waren betäubt und dem Erstickten nahe, doch waren bei ihnen die angestellten Wiederbelebungsversuche erfolgreich.

Marktpreise von Berlin am 1. August 1911, nach Ermittlung des monatlichen Preisrückgangs. Marktblauepreise (Reinhandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom 30.00—30.00. Weizen, weißer, vom 30.00—30.00. Weizen, roter, vom 30.00—30.00. Roggen, vom 30.00—30.00. Hafer, vom 30.00—30.00. Gerste, vom 30.00—30.00. Mais, vom 30.00—30.00. Kartoffeln, vom 30.00—30.00. Rindfleisch, vom 30.00—30.00. Schweinefleisch, vom 30.00—30.00. Kalbfleisch, vom 30.00—30.00. Hammelfleisch, vom 30.00—30.00. Butter, vom 30.00—30.00. Eier, vom 30.00—30.00. Milch, vom 30.00—30.00. Fleisch, vom 30.00—30.00. Fisch, vom 30.00—30.00. Obst, vom 30.00—30.00. Gemüse, vom 30.00—30.00. Holz, vom 30.00—30.00. Kohlen, vom 30.00—30.00. Petroleum, vom 30.00—30.00. Spiritus, vom 30.00—30.00. Zucker, vom 30.00—30.00. Salz, vom 30.00—30.00. Eisen, vom 30.00—30.00. Kupfer, vom 30.00—30.00. Zinn, vom 30.00—30.00. Blei, vom 30.00—30.00. Silber, vom 30.00—30.00. Gold, vom 30.00—30.00. Wechsel, vom 30.00—30.00. Geld, vom 30.00—30.00.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Luginowandputzer und -Träger.
Heute Donnerstag, 3. August, ab 6 Uhr, gleich nach Feierabend:
Firmen-Versammlung
im Saal 3 des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
Tages-Ordnung:
1. Das Verlangen des Firmeneinhabers auf Verringerung des Arbeits-
systems, und wie ist dem entgegenzuwirken? 2. Diskussion.
3. Wünschliches Erscheinen aller in Frage kommenden Kollegen erwartet
129/13 Der Vorstand der Sektion der Gips- und Zementbranche.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro:
Hol I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hol III. Amt 3, 1987.
Sonntag, den 5. August, abends 12 Uhr:
Versammlung
aller
Kino-Operateure Groß-Berlins u. Umgeg.
im Englischen Garten, Alexanderstr. 70, unterer Saal.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet 190/19
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Groß-Berlin.
Freitag, den 4. August, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal):
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 2. Quartal. 2. Bericht von der heiztechnischen Konferenz in
Dresden. 3. Bericht über die Urabstimmung betreffs der Arbeitsnachweisfrage. 4. Verschiedenes.
192/20 Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
II. Berliner Reichstagswahlkreises
Am Sonntag, den 6. August, von 9 Uhr vormittags ab, findet
per Urabstimmung
die Wahl des gesamten Vorstandes, der Delegierten zum Parteitag in Jena und der
Delegierten zur Brandenburger Provinzial-Konferenz
in folgenden Lokalen statt:
Nische, Dammstr. 13. Riecke, Planufer 75. Krenner, Horkstr. 61.
Meyer, Oranienstr. 103. Lindemann, Horkstr. 9. Reim, Urbanstr. 29.
Wah, Bergmannstr. 97. Ohnesorge, Markgrafenstr. 102. Eise, Schönleinstr. 6.
Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum April d. J. seine Beiträge entrichtet
hat. — Das Mitgliedbuch ist mitzubringen. — Die Wahlzeit beginnt um 9 Uhr vormittags und
endet um 1 Uhr nachmittags. Der Vorstand.

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Höchste Leistungsfähigkeit
durch Selbstfabrikation
aller besseren Qualitäten.
Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50 „
Echt Kameelhaar à 10 bis 36 „
Spezialkatalog
mit ca. 650
Abbildung. gratis u. franko.

Händler-Speise-Eis
Essenzen, unerreicht fein,
natürliches Fruchtaroma.
Alle zugehörigen Substanzen.
Gute Rezepte gratis.
O. Reichel, Berlin SO43, Eisenbahnstr. 4

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 3. August.
Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
Lobengrin.
Komische Oper. Der verdohnte
Kuß.
Berliner. Bummelstudenten.
Neues Schauspielhaus. Die feusche
Susanne.
Neues. Geschlossen.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schauspielhaus. Der
dunkle Punkt.
Festung. Glaube und Heimat.
Lustspielhaus. Die dritte Eskadron.
(Anfang 8.20 Uhr.)
Kleines. Kosenchen. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Trianon. Das Bräutigam. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Eine Million.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Der Siebente. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Rose. Kosenluft. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hohel amüsiert sich!
Folies Caprice. Die letzte Nacht.
Drei Frauenhüte. (Anfang 8 1/2
Uhr.)
Volgt. Der Aktienbuddiker.
Noack. Er muß aufs Land.
Gerrnfeld. Das Kind der Firma.
Berliner Theater. Die 3 Grazien.
(Anfang 7 1/2 Uhr.)
Königs. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. Real Besuch
von Konstantinopel. Wanderung
in den Dolomiten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Helgoland im
Wechsel der Zeit.
Sieruwarde. Gwallenstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Helgoland im Wechsel
der Zeit.**

200
**LOGISCHER
GARTEN**
Gr. Doppel-Konzert
Gastspiel d. Philharmon-
Bios-Orchesters.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab
50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die
Hälfte.

PASSAGE :: ::
PANOPTIKUM
Das größte Schauabzissment
des Kontinents.
Lebend
der Mann mit der
**eisernen
Zunge.**
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwedende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Der erste Komiker d. Jetztzeit.
Sisters Solweig.
The Whilby Comp.
und das große
Eröffnungsprogramm
14 Varieté-Sensationen 14
Rauchen gestattet.

Metropol-Theater.
Hohel amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund.
Musik von Rudolf Kellon.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

ROSE-THEATER
Große Franziskaner Str. 132.
Tägliche: Anfang 8 1/2 Uhr.
Kasernenluft.
Auf der Gartenszene:
Es gibt nur ein Berlin.
Große Revue.

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Porlberger Str. 20, Stendaler Str. 13
Direktion: Karl Pirnau.
Er muß tanzen.
Lustspiel in 1 Akt.
Die Nacht des Walzers.
Grottest Stelch in 2 Bildern.
The 3 Cossets mit ihren Tanten
und Kindern. 15 neue Nummern.
Konzert 8 Uhr. Vorstellung 1/2 8 Uhr.

LUNA-PARK.
Sensationelle Attraktionen.
Johnstowns Untergang. Cairo. Lachhaus. Hippodrom Lehmann.
Tanagra-Theater. Teufelsrad. Moulin-Rouge. Gebirgsbahn.
Wasserrutschbahn u. v. a.
Eintrittspreis 50 Pf. (mit Ausnahme der Elitetage).
Sonntag, den 5. August 1911:
Elitetag.
Pracht-Höhen-Feuerwerk.
Apotheose: Der Michel weint, 4 Kapellen 4
der Michel lacht.
Sonntag: Wiederholung des Pracht-Höhen-Feuerwerks.

Turnverein Fichte
Mitglied d. Arbeiter-Turner-Bundes.
Sonntag, den 5. August 1911:
Großes Sommer-Fest
in der
Hasenheide 108-114 Neuen Welt 108-114
Amerikanischer Vergnügungspark
Konzert, Spezialitäten, turnerische Aufführungen
Sommernachts-Ball.
Kinderbelustigungen aller Art. Um 9 Uhr: Großer Fackelzug.
Diejenigen Kinder, deren Eltern sich im Besitze
der vom Verein vorausgabten Einladungskarten befinden,
erhalten 1 Bon und 1 Stocklaterne gratis.
Kinderspiele von 2-5 Uhr.
Von 6 Uhr ab: **Tanz.** Herren zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Programme an der Kontrolle gratis.
Einladungskarten à 25 Pf. sind bei sämtl. Mitgliedern
sowie in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.
Ein Billetverkauf findet an der Kasse seitens des Vereins
nicht statt. 293/11
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen
von 2 Uhr ab zur Verfügung.

Dampfer-Ferienfahrten mit Musik durch die
Havelseen über Wansinsee mit Rundfahrt
im Wannsee, Freitag, Donnerstag.
Freitag und nach Neditz, Römerschanze.
Sonntag nach
Abf. Berlin Reichstagsufer a. d. Markgrafenstr. um 9 U.
Abf. Charlottenburg Tegeler Weg. nahe Bahnhof
Charlottenburg hin und zurück 80 Pf., Kind 40 Pf.
Außerdem **Oberbaumbrücke, Haldestein, tägl. Woltersdorf, Schleuse**
Strandpromenade. Abf. um 9 U. u. nachm. 2 1/2 U. hin u. zur. 40, Kind 20 Pf.
Sonntag, den 5. August: Große Dampfer-Wanderschiffahrt mit
Musik nach Schmöckwitz, Seddinsee. Dort Ball. Hin u. zurück 50 Pf.
297/8 Reederel Klock, Haldesteinstr. 48, Fernspr. Amt 4, 8197.

APOLLO
Theater
8 Uhr:
Das neue August-Programm.
8 1/2 Uhr:
Ensemble-Gastspiel
Harry Walden
in
Sein Herzensjunge.
Bandesville mit Gef. u. Lang in 2 Akt.
von U. Reibhardt und R. Schöngel.
Musik von B. Kollo.
Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungspark,
Hasenheide.
Heute Elitetag.
Großes Parade-Gala-Feuerwerk.
Große Spezialitäten-
Vorstellung.
Hervorragende Belustigungen
von packender Komik.
Eintrittspreis 25 Pf.

Folies Caprice.
Tägliche 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
3 Frauenhüte.
Die ist eine Modenmode.
Das Strumpfband.
Cousin Pamoulette.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
in der heißen Jahreszeit
angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
D. prunkvolle Eisballade
Montreal
Die Stadt auf Schlitt-
schuhen.
Neu: Push-Ball-Spiel
Zahlreiche
Kunstlaufproduktionen.
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbe Kassenpreise.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Oll.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Auf vielfachen Wunsch!
Nur einmalige Wiederholung! 8 1/2 U.
Er muß aufs Land.
Dazu die neuen Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr.
Kasselerische von 3 Uhr ab.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang
montags 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Café Bellevue.
Kummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstell.
u. Garten-Konzert.
Jeden Sonntag und
Donnerstag:
**Solireen der
Koffmanns Sänger**
Max Klemms
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Tägliche: Erstklassige Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.
Weltbedachter Theatergarten, bei un-
gänglicher Witterung Squa bietet.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Donnerstag: Elitetag.

Volgt-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Der Aktienbuddiker.
Vollständ. mit Gef. u. Lang in 3 Akten.
Gänzl. neue erstklass. Spezialitäten.
Donnerstag, 10. August: Benefiz
für Heinrich Bach: Preziosa.

Herrnfeld
Theater
Heute, Donnerstag, den 3. August:
Eröffnung der Jubiläums-Saison
20-jähriger Direktion
Anton und Donat Herrnfelds
Premiere der Novitäten
Das Kind der Firma.
Komödie in 2 Akten v. U. u. D. Herrnfeld
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Schmerzlose Behandlung
Schwanke in 1 Akt von Robert Wohl.
Anfang 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

Königsstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Inh.: Max Schindelhauer.
1.-16. August: **Nielsen-Welt-**
stadt-Programm. U. a.:
Kurt Armand, Humorist.
Cilli Schwarzenberg, Tanzsoub.
Harry Bienensteins mod. Stelch.
Charles Sellar, Delphischer Ballett.
Lara Reels, Musik-Orchester.
Flourison Torzotti, Gef. u. Lang.
Kulische Wadereife.

Puhlmanns Theater
Schönhauser Allee 148.
Tägliche
im herrlichen Naturgarten:
Konert - Theater
Spezialitäten.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Jeden Abend 1/2 10 Uhr:
Wie man Weiber fesselt.
Vollst. mit Gefang in 2 Akten.
Spezialitäten. Kinematograph.
Jeden
Mittwoch: **Kinderfest.**
Jed. montags 5. Sonnt. 4 Uhr.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Schöner Naturgarten.
Jeden Donnerstag
Tanzkränzchen.
Bei freiem Entree. C. Nible.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Königs-Wusterhausen, Wildau und Deutsch-Wusterhausen. Den Parteigenossen und Genosseninnen zur Kenntnis, daß am Freitag, den 4. August, abends 8 Uhr, eine wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkskollegen aus stattfindet.

Rudow. Der Wahlverein hält am 5. August, abends 8 Uhr, im Lokale von R. Volle eine Mitgliederversammlung ab.

Berliner Nachrichten.

Verbotene Wege.

Es gibt wenige Gebiete in unserem mit Verbotstafeln gesegneten deutschen Vaterlande, in denen so viel verboten ist, als in der Umgebung von Berlin. Plakate mit Duzenden von Paragrafen, von denen man die ersten vergesse, wenn man den letzten gelesen, Pfändungsandrohungen und dergl., man ist schon ziemlich viel gewöhnt. Dem aber das Gebulde noch nicht gerissen ist, dem raten wir, einmal eine Wanderung im Süden von Berlin zu unternehmen. Es ist eine wunderbare Gegend da unten, köstliche Waldlandschaften, träumerische Seen, endlos scheinende Wiesen und dann wieder Höhenzüge, die ans Mittelgebirge erinnern. Die Waldungen zwischen Saarmund und Gröben, Gröbener und Siethener See, Beschpühl, Rangsdorfer See. Man könnte sich nicht satt sehen, wenn — prozige Agrarier einem die Naturschönheiten gönnen würden. Aber kaum einen Schritt kann man gehen, ohne sich in den Schlingen eines Verbots zu fangen. In Saarmund fängt es an, in Blankensee hört es auf: dazwischen ist rein alles verboten. — „Das Betreten sämtlicher Wege und Brücken in der Gröbener Gemarkung ist verboten. Der Ortsvorstand.“ Dasselbe in Siethen, daselbe in Genshagen usw. Fehlt einmal eine Warnungstafel, läuft einem sicher ein Förster oder Inspektor in den Weg: „Betreten verboten.“ — Am tollsten ist es in Zühndorf; an der Kirche führt ein Weg links ab, 200 Meter weiter eine Tafel: „Das Betreten sämtlicher Wege, Aeder, Wiesen ist bei gesetzlicher Strafe verboten. Der Gemeindevorsteher.“ Wir lassen uns nicht abschrecken. 100 Meter weiter ein Gatter und eine zweite Tafel: „Forstweg; Betreten bis auf weiteres gestattet.“ 500 Meter weiter wieder eine Tafel: „Ende des erlaubten Weges.“ Dahinter eine neue Tafel: „Das Betreten der Ufer und der Umgebung des Rangsdorfer Sees ist streng verboten.“ Dazu Stacheldraht usw.

Und warum? Damit die Herren hübsch ungestört jagen können, damit nicht ein fröhlicher Wanderer ihnen das Bild verschleudert — prozig — unverfroren hat es uns einer dieser Nimrode ins Gesicht gesagt.

Neue Opfer der Hitze.

Vor dem Hause Wilmannsstr. 4 brach gestern nachmittag eine 60 bis 65 Jahre alte, unbekannte Frau zusammen und wurde bewußtlos nach dem Krankenhaus in der Gitschinerstraße gebracht. Sie ist 1,80 Meter groß, hat graues Haar und trug unter anderem eine schwarze Bluse und schwarze Schnürschuhe. — Der 44 Jahre alte Landwirt Martin Fühnisch aus Schinne im Kreise Gardelegen wurde im Bereich des 113. Kiems besinnungslos aufgefunden und nach der königlichen Klinik gebracht. — Vor der Markthalle in der Postener Straße wurde gestern abend um 9 1/2 Uhr eine unbekannte Frau von etwa 45 Jahren vom Hitzschlag getroffen. Sie ist 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug eine weiße Bluse, einen grauen Rock, einen weißen englischen Strohhut, schwarze Strümpfe und Hausschuhe. Die Frau wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Dort liegt auch noch eine unbekannte Frau von etwa 25 Jahren, die gestern nachmittag kurz vor 4 Uhr vor dem Hause Rosporstr. 1 zusammenbrach. Sie ist 1,70 Meter groß, hat schwarzes Haar, trug eine weiße Bluse, einen schwarzen Rock, einen schwarzen Hut und gelbe Halbschuhe und hatte eine Handtasche bei sich. — Nach der Charité kam ein mohnungsloser Arbeiter Paul Schulze, der am Goldfischteich im Tiergarten bewußtlos aufgefunden wurde, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain ein 20 Jahre alter Konditor Alfred Dehner, dessen Wohnung noch nicht bekannt ist. Ihn traf der Hitzschlag auf dem Alexanderplatz. Nicht weit davon, in der Passage des Lehr-

bercinshausen, erlitt die 30 Jahre alte Arbeiterfrau Verta Koberg aus der Elisabethstr. 25 das gleiche Schicksal. Sie erholte sich aber auf der Rettungswache in der Heibelstraße bald soweit, daß sie nach Hause gebracht werden konnte. — Ein Opfer der Hitze sollte der in der Schillerstraße 35 zu Kummelsdorf wohnhafte Arzt Dr. Werner werden. Gestern wurde Dr. W. nach der Kopenhagener Chaussee gerufen, wo ein Kind ins Wasser gefallen war. Während der Arzt in der Sonnenglut bemüht war, das bereits bewußtlose Kind wieder ins Leben zurückzurufen, brach er plötzlich von einem Hitzschlag getroffen zusammen. Der Erkrankte mußte nach seiner Wohnung gebracht werden. Besorgnisse für das Leben des Arztes liegen vorläufig nicht vor. — Vom Hitzschlag wurde ferner der Steinseher Karl Wulde aus Rigdorf betroffen. Beim Passieren des Königsplatzes in Ober-Schöneeweide stürzte er plötzlich um. Man brachte ihn schleunigst nach dem Königin-Elisabeth-Hospital, wo die Ärzte feststellten, daß er einen Hitzschlag erlitten hatte. — Ein weiterer Hitzschlag wird aus der Lotharinger Straße gemeldet. Dort brach die 23jährige Verkäuferin Erna Koppo vom Hitzschlag getroffen zusammen.

Zu Bedenken gibt ein Vorfall, der sich gestern nachmittag in der Pankstraße abspielte. Veranlassung. Die neunzehnjährige Fabrikarbeiterin Gertraud Schulte, Wellermannstr. 94 wohnhaft, wurde auf dem Heimwege von ihrer Arbeitsstätte vom Hitzschlag getroffen. Das junge Mädchen brach auf der Straße leblos zusammen. Vorüberkommende Passanten nahmen sich der Verunglückten an und trugen sie in den Flur eines Hauses. Dort wurde die Besinnungslose zwei Stunden liegen bis ein Polizeibeamter hinzukam und die Sch. nach der Rettungswache transportierte. Inzwischen hatte sich das Befinden des jungen Mädchens berart verschlimmert, daß es in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Roabiter Krankenhaus gebracht werden mußte. — Ein Hitzschlag mit tödlichem Ausgange ereignete sich gestern nachmittag am Zegeler See. Ein etwa vierzigjähriger Spaziergänger, der eine auf den Namen Georg Hermann lautende Bistitenkarte bei sich trug, brach beim Promenieren um den See plötzlich zusammen und verschied nach kurzer Zeit.

Die brutalen Mißhandlungen eines Dienstmädchens durch den Gastwirt Lehnitz, Swinemünder Straße 69, haben unter der Bevölkerung der Gegend große Erbitterung gegen den Rößling hervorgerufen. Diese Empörung steigerte sich noch, als bekannt wurde, daß das Mädchen Dienstag abend auf eigene Verantwortung das Krankenhaus verließ, um nach ihrem im Hause in Pflege gegebenen Kinde zu sehen und dabei von neuem von den Kowidies mißhandelt wurde. Als das Dienstmädchen das Haus wieder betrat und den Gastwirt antraf, forderte sie ihr Gehalt unter der Begründung, daß sie für ihr Kind sorgen müsse. Anstatt einer Antwort fiel der Wirt nun wiederum über das Mädchen her, schlug es zu Boden, kniete mit den Weinen auf der Brust der Unglücklichen und bearbeitete die Wehrlose so lange mit einem Schläger, bis sie das Bewußtsein verlor. In der Nachbarschaft, die bereits über die Vorgänge des Montags entrüstet war, hatte sich bald die Nachricht von der neuen Gewalttat des Gastwirts verbreitet und es kam nun zu gewaltigen Aufäufen. Man wollte die Gastwirtschaft stürmen und den Wirt samt seinen Angehörigen lynchen. Schulleute schützten den Bedrohten vor dem schlimmsten. L. wurde mit seiner Schwester und der Ehefrau unter polizeilichen Schutz genommen und das Restaurant geschlossen. Die Verletzungen, die die R. diesmal erlitten hatte, sind so schwerer Natur, daß Lebensgefahr vorhanden sein soll. Das junge Mädchen mußte sofort wieder nach dem Virchow-Krankenhaus zurückgebracht werden. Die Menschenansammlungen, die bis in die Witternachtsstunde andauerten, wurden durch Polizeibeamte schließlich unterdrückt.

Von einem Unglücksfall wurde der von Marienbad-Franzenbad über Leipzig-Bitterfeld nach Berlin fahrende D-Zug betroffen. Bei Nieder-Börsdorf kurz vor Jüterbog sprang während voller Fahrt plötzlich die Lokomotive aus den Schienen und kippte um; der darauf folgende Packwagen schob sich über die Lokomotive. Ob das Unglück infolge falscher Weichenstellung eintrat oder sich durch Verbiegen der Schienen infolge der großen Hitze ereignete, ist noch nicht genau festgestellt. Von dem mitfahrenden Eisenbahnpersonal wurden der Lokomotivführer, der Zugführer und der Packmeister getötet, der Heizer schwer verletzt. Von den Passagieren des Zuges ist anscheinend niemand ernstlicher verletzt worden. Der zufällig im Zuge anwesende Schöneberger Arzt Dr. Chajes, welcher mit einer schwerkranken Patientin aus einem böhmischen Badeorte nach Berlin zurückreiste, legte dem schwerverletzten Heizer einen Not-

verband an. Ein sofort telephonisch herbeigerufener Hilfszug brachte die nötigen Hilfsmittel zur Stelle, die noch durch eine aus Jüterbog beorderte Abteilung Eisenbahner verstärkt wurde. Die Fahrgäste wurden mit einem Personenzuge weiter befördert und langten mit einer dreistündigen Verspätung um 6 Uhr auf dem Bahnhalt Bahnhof an.

Das Haupt einer schwarzen Bande wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. In dem Hause Nirbachstr. 40 betrieb ein Kaufmann Hermann August Dicks seit Mai dieses Jahres ein Partiewarenengeschäft. Seine Waren, Handschuhe, Kleiderstoffe usw. bezog er von Großhändlern und Fabrikanten in der Provinz, besonders im Rheinland. Die Lieferanten, die Auskunft verlangten, wies er an das Bureau von Rafael, das eigens zur Unterstützung des Schwindels aufgemacht worden war. Die auf Kredit gelieferten Waren ließ Dicks durch einen Partiewarenhändler Pinkus und andere Helfershelfer, die zum Teil entflohen sind, sofort verschleppen. An eine Verhaftung dachte er nicht. Eine Firma aus Barmen, die sich vergeblich bemühte, 4000 M. für die erste Lieferung zu bekommen, trotzdem aber auf die glänzenden Auskünfte Rafael's hin, doch noch wieder geliefert hatte, kam jetzt nach Berlin, um sich hier einmal von dem Stand der Dinge zu überzeugen. Als ihr Vertreter sah, daß auch von der letzten Sendung nichts mehr vorhanden war, ging er zur Kriminalpolizei und diese deckte jetzt den Schwindler auf. Dicks wurde verhaftet; Rafael und anderen Spießgesellen gelang es, im letzten Augenblick zu entfliehen. Die Bande hat nach den bisherigen Ermittlungen Geschäftsleute in der Provinz um mindestens 25 000 M. betrogen. Für 6000 M. Ware konnte die Kriminalpolizei durch Beschlagnahme noch retten. Dicks stand mit einem gewissen Stein zusammen an der Spitze einer Bande, die die Mittagspausen in Konfektionsbetrieben ausnutzte, um sich von ungetreuen Hausdienern Waren aller Art zu stehlen zu lassen. Auch auf diesem Wege pflegte er seine Vorräte zu ergänzen.

Ein schwerer Unfall hat sich am Mittwoch auf der Baustelle der Untergrundbahn an der Stralauer Straße 48/50 gegenüber dem Stadthaus zugetragen. Dort stürzte unterhalb einer alte Mauer ein, wobei der Arbeiter Volkmann zum Teil verkrüppelt wurde. Er wurde bald befreit und von der Feuerwehr nach der Krankenanstalt am Friedrichshain gebracht. Die übrigen Arbeiter kamen mit dem Schreden davon.

Reisefische bereiteten dem Leutnant Härtel, der zum Luftschifferbataillon kommandiert ist und in der Scharnweberstr. 111 zu Reinickendorf wohnt, eine unangenehme Ueberraschung. Der Offizier war seit Sonntag vor acht Tagen von hier abwesend, ebenso sein Varsche. Als er jetzt zurückkehrte, fand er seine Wohnung aufgelockert und seine Bekanntschaften ausgeräumt. Die Einbrecher erbeuteten mehrere Doppelflinten, eine Selbstspannerbüchse, 24 silberne Löffelbecher, Widmungen, die jede den Namen eines Offiziers tragen, einen großen silbernen Becher mit dem Garbelftern und einer Inschrift, einen silbernen Becher mit Tannenzweigen, ein Eubertusgeschloß, silberne Kissenbecher und Kleidergeräten, eine schwere goldene Herrenpanzerkette, ein goldenes Herrenkettenarmband, zwei goldene Halsketten, einen silbernen Sektflüßler, Bismarcklöcher, Eierbecher mit Köffeln, eine Kaffeetasse mit Dokumenten, barem Geld und alten Münzen, endlich Anzüge und Wäsche.

Verbrechen oder Unglücksfall? Der unter eigenartigen Begleitumständen in der Sonntagnacht erfolgte Tod eines jungen Mannes, des 24 Jahre alten Arbeiters Paul Quenig aus der Gerichtstraße, beschäftigt die Kriminalbehörden. Bei der zuständigen Staatsanwaltschaft ist Anzeige erstattet worden, daß Quenig wahrscheinlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Die Staatsanwaltschaft hat, weil der Verdacht sehr begründet erscheint, sofort eine Untersuchung eingeleitet und die Leiche, die bereits zur Beerdigung freigegeben war, beschlagnahmt.

Beim Baden ertrunken. Uns wird nachträglich berichtet: Am Freitag, den 28. d. M., nachmittags gegen 6 Uhr, waren einige Knaben im Berlin-Spandauer Schiffschiffkanal kurz vor der Döberitzer Brücke beim Baden, als plötzlich ein elfjähriger Knabe in die Tiefe verschwand. Ein anderer Knabe, welcher denselben noch retten wollte, wäre um ein Haar auch noch untergegangen. Trotzdem gleich Rettung zur Stelle war, konnte nur noch die Leiche des Knaben aus dem Wasser gezogen werden. Auf der entgegengesetzten Seite des Kanals kam ein Charlottenburger Schuttmann und ein Strommeister, welche die Rettung entgegennehmen, daß man die Leiche des Knaben auf den Treidelweg hingelagert habe. Sonderbarerweise kümmerten sich die beiden Beamten nicht um die Leiche des Knaben, sondern telephonierten wahrscheinlich an ihre Dienststelle, gingen dann ihren Weg weiter

Kleines feuilleton.

Aus dem Leben Rouget de Lisle, des Dichters der Marseillaise. Bericht André Jébel in „Je sais tout“ interessante Details. Es ist bekannt, daß der Schöpfer der „Kriegesgesänge für die Rheinarmee“ — wie der ursprüngliche Titel des revolutionären Hymnus lautete — zeitweilig ein überzeugter Monarchist war. In der Zeit, da sich sein Lied bei den Freiheitskämpfern Bahn brach, schrieb er in der „Fouille de Strasbourg“, dem Organ des Bürgermeisters Dietrich, heftige Artikel gegen die Jakobiner. Während beim Fest des „höchsten Wesens“ 300 000 Patrioten die Marseillaise sangen, sah ihr Verfasser im Gefängnis. Der 9. Thermidor gab ihm die Freiheit wieder. Später schloß er sich dem Kaiserreich an. Napoleon machte ihn zum Gesandten. Aber nach der Revolution dichtete und komponierte er Hymnen zu Ehren Karls X., wie „Gott schütze den König“, ja er hat sogar „Verse an Seine Majestät den Kaiser von Rußland“ verfaßt, die sich bei dem Dichter der Kampfrufe gegen die einbringenden Tyrannen besonders merkwürdig ausnehmen. Er spannt überdies dabei keine Seide. In düsternen Verhältnissen im Quartier Latin lebend, bestreift er seinen Lebensunterhalt hauptsächlich durch Uebersetzungen und Zeitungsnutzen. Er brachte als Erster „Machet's und „Othello“ in eigenen Uebersetzungen auf das Theater und war einer von denen, die am frühesten die Bedeutung Berlins erkannten. 1836 kam er wieder ins Gefängnis — aber diesmal war es wegen Schulden. Er verließ es physisch und moralisch gedrohen. Verräter und seine Freunde setzten sich nun für ihn ein, und er fand ein Asyl bei zwei Freunden in Choisy-le-Roi bei Paris. Als die Revolution von 1830 ausbrach, sagte er zu Verräter: „Die Dinge stehen übel — o, sehr übel!“ „Und warum?“ fragte dieser. „Nun hören Sie doch! Man singt die Marseillaise!“ — Louis Philippe bewilligte Rouget eine Pension. Rouget starb 1836. Eine große Volkmenge folgte seinem Sarge und an seinem Sarge entblühten hundert Arbeiter ihr Haupt und sangen die Marseillaise.

Heute ist die Marseillaise zur offiziellen Hymne des Klassenstaats der Bourgeoisie und gelegentlich sogar zum Lied der Pfafflinge geworden. Sie ist also etwa dort angelangt, wo ihr Autor zeitweilig stand, mit Ausnahme der Augenblicke, da ihn der junge Freiheitskämpfer emporkug. Dafür singen die französischen Arbeiter jetzt auch nicht mehr die Marseillaise, sondern die Internationale des Proletariatsdichters Pottier.

Der Verfasser des „Robinson Crusoe“. Daniel Defoe, der Schöpfer eines der meist verbreiteten Bücher der Weltliteratur, hat vor einem Vierteljahrhundert das Licht der Welt erblickt; sein Geburtsort ist aber nicht mehr auf den Tag festzustellen. Defoe war mehr als der Dichter des Weltbuchs von „Robinson Crusoe“: er war zugleich auch der erste Begründer der öffentlichen englischen

Banken, der Begründer unserer Hagel- und Feuerassurancen und unserer Sparbanken; er war auch gleichzeitig der hauptsächlichste Befürworter der politischen Vereinigung von England und Schottland. Er wurde im Jahre 1661 als der Sohn eines reichen Fleischer in London geboren und widmete sich, nachdem er eine sorgfältige Erziehung genossen, dem Kaufmannstande. Doch drängte es ihn, am öffentlichen Leben seiner Nation teilzunehmen. In einer Dissidentenfamilie aufgewachsen, war er ein heftiger Feind der Kirche, mehr aber noch der katholischen Stuaris, gegen die er mit der Feder und dem Schwerte kämpfte. Eine Zeitlang mußte er sein Vaterland meiden. Später finden wir ihn als Anhänger Wilhelms von Oranien wieder. Ueber diesen Interessen am Staate blieben freilich seine Geschäftsinteressen zurück, er machte Bankrott und mußte nach Bristol flüchten. Dort schrieb er ein nationalökonomisches Buch, in dem er die ersten Anregungen zu den genannten praktischen Einrichtungen gab. Das Werk verschaffte seinem Verleger die Gunst des englischen Königs Wilhelm, der es ihm ermöglichte, sich mit seinen Gläubigern zu rangieren. Nach dem Tode Wilhelms aber kam er in Konflikt mit dem Finanzministerium der Königin Anna; er erließ Streitschriften über Streitschriften, ward der Störung des öffentlichen Friedens angeklagt, an den Pranger gestellt, wobei das Volk Lobhymnen auf ihn sang und ihm Rosen streute, endlich ins Gefängnis geworfen; erst nach zwei Jahren befreite ihn das Ministerium Harley daraus. Jetzt durfte er als Staatsmann seinem Lande große Dienste leisten. Er war es, der im Jahre 1707 die staatliche Einigung von England und Schottland zustande bringen half. Die letzten Regierungsjahre der Königin Anna brachten ihm wieder viel Verdruß und Mißgeschick, und als im Jahre 1713 das Haus Hannover zur Regierung und mit ihm die Whigpartei zu ganz entschiedenem Einflusse kam, da vergaß man ihn. Nachdem Defoe in seiner letzten politischen Schrift ein öffentliches Bekenntnis über seine Tätigkeit im Staatsleben abgelegt hatte, setzte er sich nieder, um den „Robinson“ zu schreiben, den er im Jahre 1719 vollendete. Der Mann, der durch seinen „Robinson“ Millionen Kindern selige Stunden bereitet hat, starb aber im Jahre 1731 aus Gram über seinen eigenen Sohn.

Der neue Gaußturn auf dem Hohen Hagen. Man schreibt uns aus Hannover: Ein bedeutendes Bauwerk ist am 31. Juli d. J. vollendet und der Öffentlichkeit übergeben: der zur Erinnerung an den großen Physiker Gauß auf dem Hohen Hagen, der höchsten Erhebung (508 Meter) in den Bergen zwischen Weiser und Leine erbauter Turm. Genau vor zwei Jahren wurde der Grundstein zu diesem imposanten Bauwerk gelegt, das aus Basaltsteinen errichtet wurde, sich in der stattlichen Höhe von 85 Metern erhebt und eine überaus reizvolle Aussicht über einen der schönsten Teile Mitteldeutschlands gestattet.

Nicht weit von der Stätte seiner Wirksamkeit, der Universität Göttingen, auf dem Gipfel des Hohen Hagen, hat der Erfinder des

Telegraphen, der Mathematiker und Astronom Karl Friedrich Gauß seine praktischen Versuche angestellt. Vor neunzig Jahren hat er hier ein Signal errichtet zur Festlegung eines der Endpunkte seines klassischen geodätischen Dreiecks Hohen Hagen, Brocken, Inselberg. Von hier aus sandte er damals die Zeichen des von ihm erfundenen Heliotropps, das hier zum ersten Male praktische Verwendung fand, nach den anderen beiden Endpunkten dieses Dreiecks. Genau vor neunzig Jahren, am 20. Juli 1821, beendete er seine Beobachtungen. Der Gedanke, auf dem Hohen Hagen einen Turm zur Erinnerung an den Gelehrten zu errichten, hat greifbare Gestalt erst vor etwa fünf Jahren im Schoße des Verschönerungsvereins der nahe bei dem Berge gelegenen hannoverschen Stadt Draisfeld erhalten. Die Universität Göttingen, die Behörden des Landes, wissenschaftliche Vereine, die Reichspost- und Telegraphenverwaltung usw. nahmen den Gedanken fördernd und unterstützend auf.

Im Turm befindet sich das von Gauß erfundene Heliotrop, so daß eine Nachbildung des ersten, von Gauß und Weber erfundenen Telegraphen und in einer Rische des Gaußzimmers hat eine Gaußbüste Aufstellung gefunden.

Der Heliograph. Unter diesem Namen hat der schwedische Ingenieur W. Hjström in Karlstad einen Apparat erfunden, der auf mechanischem Wege in Schrift aufzeichnet, was auf einem Klavier gespielt wird, und dann dem Klavier wieder ermöglicht, die Schrift exakt und mit vollständiger Klavierleistung wiederzugeben. Der Apparat besteht demnach in einem Aufzeichnungs- und Reproduktionsapparat sowie in einem Gemisch präparierten, mit wachartigem Stoff überzogenen Notenband, das automatisch durch einen elektrischen Motor von einer Rolle auf eine andere überführt wird.

Das Klavier kann das gespeilte und registrierte Stück unmittelbar automatisch wiedergeben. Der Komponist kann sofort wieder hören, was er soeben komponiert hat, man kann die künstlerischen Darbietungen des Konzertsaales jederzeit im eigenen Hause hören. Und schließlich bietet der Heliograph eine ausgezeichnete Hilfe beim Unterricht im Klavier- und Orgelspiel, insofern als der Schüler selber hören kann, welche Fehler er gemacht hat.

Der Apparat erwies sich bei den jüngsten Versuchen, deren erste mit Unterbrechungen 20 Jahre zurückliegen und zunächst nur für Orgel in Betracht kamen, als ausgezeichnet funktionierend. Das seelenlose Klavier, das von den selbstspielenden Pianinos unzer trennlich zu sein scheint, war durchaus nicht vorhanden, das Klavier gab vielmehr das „hineingespielte“ Stück exakt mit all seinen Verzügen wie Klängen wieder. Nach einigen geringfügigen Verbesserungen, die sich als notwendig herausgestellt haben, wird ein neuer Modellapparat konstruiert werden und der Musikalischen Akademie in Stockholm vorgeführt werden. In Schweden verspricht man sich von der Erfindung einen großen wirtschaftlichen Umschwung in der betroffenen Industrie. Da Hjströms Apparat für die Hälfte dessen hergestellt werden kann, was die jetzt gebräuchlichen pneumatischen Autopianos kosten, so scheint es allerdings, dazu bestimmt, jene zu verdrängen.

und gläubten somit ihrer Pflicht genügt zu haben. Mich persönlich empörte die Sache, daß man die Leiche ohne jegliche Aufsicht und unbeachtet liegen ließ. Da gerade an dieser Stelle gar keine Menschen vorbeikamen, so konnten die Kräfte oder andere Helfer an die Leiche heran, da dieselbe 3 1/2 Stunden liegen blieb. Erst um 8 1/2 Uhr holten zwei Leichenträger vom Amtsvorstand von Pfaffensee die Leiche ab.

Am Tegeler See ertrank der 23jährige Dreher Sens aus der Adrestraße 5. Er hatte sich ins Wasser begeben und er wollte einem Boot, in dem einige Freunde von ihm saßen, nachschwimmen. Dabei verließen ihn plötzlich die Kräfte und vor den Augen der Freunde ging er unter und kam nicht wieder an die Oberfläche. — Ferner ertrank im Müggelsee ein unbekannter, etwa 20jähriger Mensch beim Baden. Er hatte seine Kräfte weit überschätzt und war zu tief in den See hineingeschwommen, so daß er beim Zurückschwimmen schlapp wurde und ohne Hilfe zur Stelle sein konnte, unterging und ertrank.

Ein unverschämter Bauernfänger, der an Bahnhöfen sein Unwesen treibt, hat einen Durchreisenden in der dreisteigsten Weise betrogen. Der Mechaniker Otto Grotzschel aus Steintin wurde am Steintiner Bahnhof von einem ihm unbekanntem, etwa 30jährigen Mann gebeten, ihm doch beim Fortschaffen eines Koffers zu helfen. In seiner Gütmütigkeit half ihm auch G. Als die beiden mit ihrer Last an der Ecke der Weinmeister- und Hermannstraße angekommen waren, tat der Fremde so, als wolle er dort in die Gasse und er bat G., ihm doch einen Hundertmarkschein zu wechseln, damit er seiner Wirtin die Zimmermiete zahlen könne. G. vermachte dies aber nicht und er handigte dem Unbekannten auf dessen Bitten ein Zwanzigmarkstück aus. Vergeblich wartete er dann aber auf die Rückkehr des Reisenden. Dieser hatte durch einen zweiten Auszug das Haus inzwischen längst wieder verlassen.

Ueberraschung auf einen Arzt. In dieser auch von uns gebrachten Notiz sendet der Vertreter eines Beteiligten, Walter Heidschmidt, der „Vossischen Zeitung“ eine Darstellung, die die Sache in anderem Lichte darstellt. Danach habe der Arzt in einem Coupé gleich nach dem Einsteigen das Fenster geschlossen, und als Coupéinfassen sich das verbot, diese mit Schimpfworten traktiert. Daraufhin sei es zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen, wobei allerdings der Arzt nicht gerade gelinde angefaßt worden sei. Von schweren Mißhandlungen und Verletzungen könne aber keine Rede sein, auch hätten die „Mowbies“ keineswegs die Flucht ergriffen, vielmehr hätten gerade sie (alles Leute aus gut bürgerlichen Kreisen) auf Feststellung der Personalien des Arztes und der Zeugen durch einen Stationsvorsteher gedrängt.

Einen schrecklichen Tod fand die Ehefrau des Besitzers v. Heyden, Frau v. H. weckte in letzter Zeit in ihrer Sommerwohnung bei Freienwalde, wo infolge Umstürzens einer Petroleumlampe gestern ein Zimmerbrand ausbrach. Frau v. H. erlitt dabei so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß sie nach einem Krankenhause gebracht werden mußte. Auf dem Transport nach dort wurde sie im Krankenvogel durch den Tod von ihren Qualen erlöst.

Aus der Brandchronik. Gestern mittag gegen 1 Uhr brach in der Oldenburger Straße 47 an der Pauluskirche in Moabit ein großer Dachstuhlbrand aus. Als die Gefahr bemerkt wurde, hatten die Flammen schon sehr an Ausdehnung gewonnen. Die Feuerwehr rückte mit zwei Löschzügen an und griff sofort unter Leitung des Brandmeisters Hirschbach mit drei Schlauchleitungen ein. Trotzdem dauerte es über eine Stunde, bis die Gefahr beseitigt war. Der Dachstuhl ist größtenteils zerstört. Ueber die Ursache des Brandes konnte noch nichts ermittelt werden. — In der Hironaksee 26/27 in Westend brannte es gestern vormittag in einem Mädchenpensionat. Die Charlottenburger Feuerwehr war bald zur Stelle und löschte das Feuer, das die Decke eines Zimmers erfaßt hatte, in kurzer Zeit ab, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Unter den Pensionärinnen brach anfangs eine Panik aus, doch legte sich die Aufregung bald wieder, als die Feuerwehr erschien. — Wie eine spätere Meldung besagt, sind bei dem Feuer in der Oldenburger Straße zwei Feuerwehrleute zu Schaden gekommen, da eine Decke teilweise einstürzte. Die Verunglückten sind der Oberfeuermann Schütte und der Feuermann Weicher vom 15. Zuge. — Ein Leidenbrand kam gestern nachmittag in einem Seifengeschäft in der Badstraße, nahe der Dittmannstraße, aus. Das Feuer fand an den Seifenborsten, an Petroleum, Benzin und dergleichen reiche Nahrung und ergriffte auch das erste Stockwerk. Der Qualm legte sich infolge der Hitze so stark in die Straße, daß man kaum die Hand vor Augen sehen konnte. Die Behe wurde des Feuers bald Herr. Es verläutet, daß die Ursache des Brandes in einer Explosion zu suchen sein soll. Der Schaden ist vollständig ausgebrannt.

Wer ist der Knabe? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 30. Juli cr. nachmittags gegen 3 Uhr, fiel ein unbekannter, etwa neun Jahre alter Knabe vor dem Grundstück An der Fischerstraße 1 beim Spielen in die Spree und ertrank. Die Leiche wurde heute gefunden und nach dem Leichenschauhause geschafft. Der Knabe hat blonde kurze Haare, blaue Augen, dunkles rundes Gesicht und ist bekleidet mit brauner Wanderscherhe und brauner Jacke. Etwaige Reliquien wollen sich nach dem Leichenschauhause, Hannoverstraße 6, bemühen oder zu 8881 IV 65. 11 dem Polizeipräsidium, Zimmer 390, Mitteilung machen.

Im Zoologischen Garten ist kürzlich ein eigenartiger Raubvogel, ein südafrikanischer Sekretär, eingetroffen, der als Robenvogel neben den Wildpapilien in dem alten Hause am Hauptrestaurant Platz gefunden hat. In seiner Gestalt ähnelt dieser große, grau und schwarz gefärbte Vogel wegen seiner ungemein hohen Beine einem Stelzvogel, dem er auch in seiner Lebensweise ähnlich ist, da er seine Beute, Kriechtiere und besonders Schlangen, zu Fuß jagt und ein ausdauernder Läufer ist. Seinen Namen verdankt dieses in seiner Heimat sehr nützliche Tier einer Anzahl langer schwarzer Adenfedern, die, wenn er sie sträubt, an einen Schreiber erinnern, der sich den Federhalter hinter das Ohr gesteckt hat.

In den Folles Caprice fand gestern die Erschaffung verschiedener kleiner Einakter statt, deren Handlung, wie es sich bei diesem Theater von selbst versteht, in Paris spielt und sich um pikante Liebesabenteuer sowie allerlei Abenteuer dreht. Das erste dieser Stücke, das kleine Lustspiel „Drei Frauenhüte“ ist ziemlich leicht zusammengeknüpft und seine komischen Situationen sind dazu gerichtet und geknüpft, als daß es den Anforderungen eines kritischen Geschmacks genügen könnte. Dagegen hat der Stoff gelobende, durch seinen Schluß verblüffende Schwanz von Wolf Blah. „Sie ist eine Ausnahme“, wie auch Julius Forst, keine Post. „Das Strumpfband“ pikante Szenen aus der Pariser Welt. Da im ganzen gut gespielt wurde — vornehmlich zeichneten sich Fräulein Marjann Huggen sowie die Herren Bedmann und Junckermann durch ihr Spiel aus — so schloß es nicht an fröhlichem Beifall.

Spezerei. Die Klaustrafstraße von der Saurostraße bis zur Torfische ist wegen Pfahlarbeiten vom 31. Juli d. J. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein einschlägiger Brandunglück, durch welches der Tod eines Kindes herbeigeführt wurde, hat sich am gestrigen Mittwochnachmittag in Charlottenburg zugezogen. Dort spielen auf dem Hofe des Hauses Krummstraße 78 mehrere Kinder, unter denen sich auch der 3jährige Franz Wankowski befand. Die Kleinen kamen auf den Einfall, Feuerwerk zu spielen. Sie schleppten mehrere Bündel Streich und Feuer, sowie im Stalle lagernde Holzstücke zusammen und einer der Jungen holte, damit es schneller ging, aus der elterlichen Wohnung

eine Koffelkaffe Spiritus. Dann wurde das Feuer angezündet und die Kleinen stürzten nun vor den hervorstrahlenden Flammen. Nur der kleine Wankowski vermochte sich nicht rechtzeitig zu entfernen, er stolperte und fiel in das Feuer hinein. Im Nu bedeckten die Flammen das leichte Gewand des Kindes und als mehrere erwachsene Personen hinzulamen, vermochten sie nur noch den mit Brandwunden über und über bedeckten Knaben bewußtlos herborzuziehen. Der Kleine wurde nach der Unfallstation in der Berliner Straße gebracht und von dort nach dem Krankenhaus Westend übergeführt, wo er bald nach der Entlieferung unter entsetzlichen Qualen verstarb.

Strohhitze für die Straßenreiner hat der Charlottenburger Magistrat eingeführt, um diesen Angehörigen die Arbeit während der großen Hitze zu erleichtern und sie vor Hitzschlag zu schützen.

Nieder-Schöneeweide.

In der Generalversammlung am 25. Juli gab Genosse Dehmel den Vorstandsbericht. Im vergangenen Jahre haben stattgefunden 4 Generalversammlungen, 6 Mitglieder, 2 öffentliche Versammlungen, 19 Frauen-Abende. Der Mitgliederbestand ist 174, darunter 29 weibliche. Durch die Parteipublikation bezogen den „Vorwärts“ 818 Personen. Der Reichsbericht weist eine Einnahme von 159,10 M. auf, dem eine Ausgabe von 73,97 M. gegenübersteht. An die Zentralkasse wurden 106,05 M. abgeliefert. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Genosse Dehmel, 2. Vorf. Genosse Unruh. Schriftführer Genosse Günther. Beisitzer Genossin Wivjorra. Revisoren die Genossen Fraß, Wielenz, Schröder. Spediteur Franz Behrt. Bibliothekar Gen. Johr. Agitationskommission die Genossen Tische, Cronius, Arkel, Springensgut. Jugendauschuss die Genossen Springensgut und Wegener. Beschwerdekommision die Genossen Kätel, Gröbny, Bart, Wielenz. Bezirksführer 1. Bezirk Otto Friebe, 2. Bezirk Köllner; die Wahl des Kassierers und des Bezirksführers für den 3. Bezirk wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Delegiert zur Generalversammlung Groß-Berlin wurden die Genossen Braedl und Wegener, als Erghmann Kätel. Zur Generalversammlung des Reiches die Genossen Vogl und Fraß, als Erghmann Donakowsky. Als Leiterin der Frauenabende wurde die Genossin Wivjorra wiedergewählt.

Pankow.

Ein netter Vormund und Stiefvater scheint der Schneidermeister W. aus der Dorotheenstraße zu Pankow zu sein. W. ist seit vierzehn Tagen spurlos verschwunden. Die Polizei fahndet nach ihm, weil er mit seinem Mündel und seiner Stieftochter in straflichem Verkehr gestanden hat. Die letztere, ein fünfzehnjähriges Mädchen, sieht in allerhöchster Zeit der Geburt eines Kindes entgegen.

Weddow.

In Bredow, im schwarzen Winkel des Kreises Zeltow-Weedow, bei Weedow, tagte am Sonntag eine Volksversammlung für die Orte Bredow, Ahrendorf, Gredow und Pallenberg. An Stelle des leider durch seinen Unfall verhinderten Genossen Jubel referierte Hildebrandt-Niedorf über das Thema: „Die Sünden der Reichstagsmehrheit und die bevorstehenden Wahlen“. Die Versammlung, welche unter freiem Himmel stattfand, war von ungefähr 120 Personen, in der Hauptsache Landarbeitern und einigen kleinen Eigentümern, besucht, welche mit gespannter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Redners verfolgten. Der mehrfache Beifall bewies das Verständnis, das die Versammelten den Darlegungen entgegenbrachten. Hoffentlich gelingt es, dieser ersten Versammlung dort andere folgen zu lassen, damit auch hier mehr wie bisher für die Ausbreitung unserer Ideen gewirkt werden kann.

Friedenan.

Die Freie Turnerschaft Friedenan und der Friedenan-Steigliger Männerchor veranstalteten am Sonntag, den 6. August, im Restaurant zur Klause Wilmsdorf, Hildebrandtstraße, gemeinsam ein Sommerfest, bestehend in turnerischen und Gelangsvorführungen, satirischen und humoristischen Vorträgen, Preislegeln, Rinderfackelzug u. a. m. Programm 20 Pf. Kinder erhalten Stadiolotterien gratis. Da beide Vereine bei Arbeiterfestlichkeiten immer mitwirken, so wäre ein reger Besuch zu wünschen. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest am 13. August statt.

Mahlow (Zeltow-Weedow).

Die Junterwillkür in Preußen und die Diktatur der Amtsvorsteher lautete das Thema, über das Genosse Groger-Niedorf am letzten Sonntag hier in einer Versammlung unter freiem Himmel referierte. Trotz der großen Hitze war die Versammlung von rund 300 Personen besucht, die die trefflichen Ausführungen des Referenten mit wiederholten Entrüstungsausschreitungen und großem Beifall begleiteten. Es war die erste Versammlung, die wir in dem Amtsbezirk des Herrn Amtsvorstehers Spielermann-Wangsdorf abhalten konnten, der es über ein Jahr verstanden hat, uns solche Versammlungen zu unterbinden. An der Hand einwandfreier Beweisdokumente rechnete Genosse Groger mit dem Amtsvorsteher ab und lenkte seine in scharfen Worten die gefürchteten Maßnahmen gegen uns, aus denen heraus wir jetzt eine Ermittlungsverfahren eingeleitet haben. In der besten Stimmung gingen die Teilnehmer auseinander, die bei Bekanntmachung einer baldigen neuen Versammlung mit dem Genossen Jubel nochmals freudig zustimmten. So hat der Herr Amtsvorsteher gute Agitation für uns geleistet.

Gerichts-Zeitung.

Wichtigere Feldzüge gegen Jugendliche.

Wegen Teilnahme an einer öffentlichen politischen Versammlung hatte auf Grund des Reichvereinsgesetzes zu Anfang dieses Jahres eine große Anzahl jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen Strafbefehle über 3 M. Geldstrafe oder einen Tag Haft erhalten. Dagegen legten sie, bis auf einzelne, die, um den mit der Unterhaltung vor Gericht verbundenen Scherereien zu entgehen, die zu Unrecht ihnen auferlegte Strafe zahlten, Widerspruch ein. Sie hatten sich deshalb gestern vor dem Jugendgericht am Amtsgericht in der Neuen Friedrichstraße wegen vermeintlicher Frevel gegen das Vereinsgesetz zu verantworten. Die Einsprüche wurden in zwei Prozessen verhandelt. Beide endeten mit Freisprechung.

1. An dem ersten Prozeß waren 24 Angeklagte beteiligt. Die nach Behauptung der Anklage „politische“ Versammlung hatte am 15. Januar im Lokale von Feder, Samariterstr. 11, stattgefunden.

Die Angeklagten ließen durch ihren Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, erklären, daß sie von ihrem Recht, zur Anklage sich nicht zu äußern, Gebrauch machen. Sie läßen das, weil eine Reihe von Dingen, die sie bei der politischen Versammlung gesagt hatten, nicht richtig waren. Der Verteidiger gibt sodann einen Ueberblick über die Sachlage. Er betont zunächst, daß die Jugendauschüsse mit der aufgelösten Jugendorganisation nichts zu tun haben, jedoch von der Polizei als Fortsetzung jener Organisation angesehen werden. Deshalb betrachtet die Polizei auch die von den Jugendauschüssen einberufenen Versammlungen ohne weiteres als politische. Die Versammlung, um die es sich hier handelt, war nur nicht einmal vom Jugendauschuss veranstaltet. Dieser hat wohl zur selben Zeit erst eine Versammlung einberufen, sie aber dann abbestellt, weil kurz vorher in ähnlichen Versammlungen die Redner durch die Polizei belästigt worden waren, und der Jugendauschuss die jungen Leute, die meist als Lehrlinge in sehr abhängiger Stellung sind, dergleichen Unannehmlich-

keiten nicht ansprechen wollte. Einige Jugendliche hatten dann auf eigene Faust die Versammlung einberufen. Der bestellte Referent war nicht erschienen. Als ein junger Mann, Riese, um die Versammlung zu unterhalten, einige Worte gesprochen hatte, kam die Polizei. Ohne sich zu vergewissern, was da gesprochen wurde, löste sie die Versammlung auf und stellte die Personalien eines Teiles der Besucher fest. Die Angeklagten behaupten, daß es keine politische Versammlung war.

Als Zeugen wurden der Kriminalbeamte Zappe und der Schutzmann Fritsche vernommen. Der erste sagt aus, daß dem Referent bereits am 14. Januar der Befehl gegeben wurde, die am nächsten Tage, nachmittags 8 Uhr, stattfindende Versammlung aufzuheben und die Personen unter 18 Jahren festzustellen. Die Beamten haben dann, wie auch der zweite Zeuge bestätigt, den Befehl ohne weiteres ausgeführt, so daß sie von dem, was in der Versammlung gesprochen wurde, nichts vernommen haben. Auf Antrag des Amtsanwalts wurden dann aus den Gerichtsprotokollen vom 24. April die damals von zwei der Angeklagten gemachten Aussagen verlesen. Die Aussagen gehen dahin, daß in der Versammlung über die Jugendbewegung, über Bildung, gegen den Alkohol und gegen die Schundliteratur gesprochen sei und daß sich der Redner gegen das Mauthaus gewandt habe, daß aber politische Fragen nicht behandelt seien.

Der Amtsanwalt fährt in längerer Rede aus: Die Sozialdemokratie habe auf ihrem Parteitag in Nürnberg 1908 eine Resolution angenommen, wonach die Jugendorganisation mit allen Mitteln unterföhrt werden solle. Als dann hier in Berlin durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 14. Oktober 1910 die Aufhebung der Jugendorganisation bestätigt wurde, habe man sich auf seiten der Sozialdemokraten gefügt: Wenn es nicht mit dem Gesetz geht, dann gegen das Gesetz! Die Versammlungen im Januar 1911 hätten in denselben Lokalen stattgefunden, wo früher die Jugendorganisation tagte, und es hätten auch eine Reihe früherer Mitglieder dieser Organisation daran teilgenommen. Es liege die Annahme nahe, daß die Versammlungen eine Fortsetzung der für politisch erklärten Jugendorganisation seien; der Nachweis dafür lasse sich allerdings nicht erbringen. Daß aber in der fraglichen Versammlung politische Erörterungen stattgefunden hätten, dafür spreche das ganze Milieu. Die Angeklagten seien größtenteils Abonnenten der „Arbeiterjugend“, die Einladungen zu der Versammlung zeigten die Worte „Werte Jugendgenossen“ und „Mit freiem Jugendgruß“. Das seien die alten Formen, in denen die Sozialdemokratie mit den jungen Leuten zu verkehren pflege. In den Versammlungen werde die Sache natürlich so gemacht, daß man, wenn die Polizei vertreten sei, sich hätte, über politische Dinge zu sprechen, tatsächlich aber würden eine ganze Reihe politischer Fragen erörtert. Wenn das Thema lautete: „Die Entwicklung der Jugendbewegung“ so genügt das eigentlich schon als Beweis für den politischen Charakter der Versammlung, denn der Sozialdemokrat „könnte“ diese Frage nur auf politischem Wege erörtern; das sei natürlich nach der Tendenz der sozialdemokratischen Partei. — Er beantrage deshalb gegen jeden Angeklagten eine Geldstrafe von 3 Mark oder einen Tag Haft.

Der Verteidiger beantragt, alle Angeklagten freizusprechen. Es hat sich um keine politische Versammlung gehandelt. Der Nürnberger Parteitag habe im Gegensatz zu dem, was der Amtsanwalt behauptete, ausgesprochen, daß man gerade wegen des Reichvereinsgesetzes von der Jugendorganisation Abstand nehmen müsse. Die Partei habe aber natürlich den Jugendlichen nicht verbieten können, sich zu organisieren. Die Jugendauschüsse bemühten sich genau im Rahmen des Gesetzes zu arbeiten. Wenn der Amtsanwalt behauptete, wenn die Polizei nicht dabei wäre, beschäufte man sich in den Versammlungen mit Politik, so sei das einfach eine ohne jeden Beweis antritt gemachte Unterstellung. Der Amtsanwalt möge doch einmal untersehen auf die Spielplätze kommen, die die Stadt Berlin den Jugendlichen zur Verfügung stellt, und sich überzeugen, ob da etwas anderes getan wird, als gespielt! Nun meinte der Amtsanwalt, das Lokal, das Milieu und die Einladungszettel sprächen dafür, daß die Versammlung politisch war. Der Verteidiger vertrat die Einsichtigkeit dieser Deduktion und der weiteren Behauptung, weil die Jugendbewegung eine Einrichtung der Sozialdemokratie sei, müßte sie notwendig politisch sein. Merkwürdig sei auch das Verhalten der Polizei. Sie habe es doch so leicht gehabt, die Versammlung, wenn sie sie für unzulässig hielt, einfach zu verhindern und ein paar Schugleute vor dem Lokal aufzustellen, aber statt dessen die Jugendlichen gleichsam in eine Falle zu locken. Eventuell sei noch hervorzuheben, daß die Angeklagten nicht die nötige Einsicht in die doch unter erwachsenen und juristisch gebildeten Leuten vielumstrittene Frage haben konnten, was politisch ist und was nicht. Weil man ihnen nicht die nötige Einsicht zutraute, habe man ja von vornherein einen der festgestellten jungen Leute, der Mitglied des katholischen Vereins St. Marius war, ausgeschlossen.

Das Urteil des Gerichts lautete auf Freisprechung und Hebernahme der Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse. Es habe sich nicht feststellen lassen, daß in der Versammlung politische Dinge erörtert wurden.

In dem zweiten Prozeß handelte es sich um 14 Angeklagte und um eine Versammlung am 8. Januar bei Weg in der Altensteiner Straße. Die Angeklagten waren nicht erschienen. Sie hatten dem Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld Vollmacht erteilt, sie zu vertreten. Diese Versammlung war vom Jugendauschuss einberufen. Der Referent hatte kaum 10 Minuten gesprochen, als die Polizei erschien, die Versammlung ohne weiteres auflöste. In der Verhandlung wiederholte sich daselbe wie im ersten Prozeß. Der Amtsanwalt behauptete freilich und fest, es sei eine politische Versammlung gewesen, ohne irgendwelche beachtenswerte Gründe dafür anführen zu können; Protokollauszüge werden verlesen, die das nicht beweisen, was der Amtsanwalt sagt, vielmehr für den nichtpolitischen Charakter der Versammlung sprechen; der Verteidiger widerlegte die Behauptungen des Amtsanwalts und das Gericht sprach die Angeklagten frei. Die Kosten hat die Staatskasse zu tragen.

Wohl großer Aufwand ward veran, um 88 Jugendliche als „Bestrafte“ führen zu können. Warum verdoelt die Anklagebehörde nicht wenigstens einen Teil so nutzlos vergebener Energie zur Anklageerhebung gegen die Mörder des Arbeiters Hermann? Wäre eine Versammlung, die diese Gründe erörtert, auch eine „politische“?

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachkunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — 7. 1. 1. — wochentags von 7 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage in ein Buchhabe und eine Zahl als Merkzeichen beifügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenqualifikation beifügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Druckkammer vor.

8. 2. 18. 1. Bei Kassenhalt in Deutschland — gleichgültig, in welchem Bundesstaat — anhaltend nicht. 2. Reim. 3. Nur dann, wenn es nicht vom Kassenhalt geschäft ist. — Schöneberg XXI. Fragen Sie bei der Steuerbehörde an, wer der Besitzer des Grundes ist, und diesen veranlagen.

St. - W. G. 776. 1. u. 2. Nur dann, wenn die Frau einen gesetzlichen Grund zum Scheitern hat. 3. Rein. 4. 20 bis 25 R. für jedes Kind. 5. Scheidung kann erst geteilt werden, wenn bedingte Ehe rechtskräftig geschlossen ist, und zwar binnen drei Monaten nach Rechtskraft des Scheidungsurteils. — **W. R. 1578.** Einbringen oder durch die Volk so rechtlich übermitteln, daß der Vermieter die Miete am Fälligkeitstage erhält. — **Janet.** 1. u. 3. Ja. 2. Für einige. 4. Vor der Zulassung als Patentanwalt ist eine Prüfung (§ 4 des Gesetzes betr. die Patentanw.) abzugeben. — **G. F. 100.** Ob Verjährung vorliegt, kann nur durch Einstellung in die Straftaten durch einen Rechtsanwalt festgestellt werden. — **Wg. W. 18.** 1. Vater muß zugegen sein. Zeitpunkt unbedeutend. Ein Notar ist auch zulässig. 2. Schriftliche beglaubigte Einwilligung genügt. 3. Die Rollen richten sich nach dem Objekt. — **G. W. 35.** 1. Mit Genehmigung der vorgelegten Dienstbehörde. 2. Rein. — **H. S. Oberkammerweide.** 1. bis 4. und 7. Ja. 5. und 6. Nein. — **200 G. W. Ritzdorf.** Rein. Das nützlichere ergeben die Versicherungsbedingungen. — **W. R. 100.** Leiber ja. — **W. G. 21.** 1. In einem Chemiker. 2. Rein. — **G. D. 38.** 1. Ja. 2. Ja, falls das nicht etwa aus Schläge geschieht. — **G. 1.** 1. Nur dann, wenn der Mieter kein Verschulden trifft und er unter Segung einer angemessenen Frist um Befreiung nachgesucht hat. 2. Ja. 3. Sie sind zur Befreiung verpflichtet, wenn das Ungeheuer nicht etwa eingeschleppt ist. 4. Dem Gericht. — **J. M. 19002.** Monatlich dem, daß der Vermieter spätestens am 15. im Besitz der Kündigung ist. — **G. S. 100.** 1. und 2. Zahlungen erfolgen auch während des Krieges. 3. Wird alsdann festgelegt. — **Erwald 1.** 1. und 2. Nein. 3. Nicht annehmlich. 4. Wenn sie großjährig ist, nicht, andernfalls möglicherweise ja. — **J. W. 17.** Nur dann, wenn ein Arzt die Geländegefährdung bestätigt. Nebenbei haben Sie ein Recht, Abhilfe zu verlangen. — **Reklame 12.** 1. Der Gewerbedeputierten. 2. Nur dann, wenn mehr als 1500 Mark Reinerwerb. 3. Rein. 4. Ja, wenn kein Vorbehalt gemacht ist. 5. Rein. — **H. 1000.** Das Versicherungsrecht für die Privatangehörigen, das Sie anscheinend meinen, ist im Verhältnis noch nicht verhandelt und deshalb auch noch nicht Gesetz. — **H. R. Rein.** — **W. W. 200.** Das zweidmälteste ist, die Sache mit Stillweigen zu übergeben. — **H. S. 112.** 1. Ja. 2. Da anscheinend im Zwangsversteigerungswege nichts einzulegen ist, empfiehlt es sich, mit der Zahlungsweise zufrieden zu sein. — **J. R. 25.** 1. 30 Jahre. Bei einem höheren Alter als 27 Jahre empfiehlt sich die Meldung nicht mehr, da etwa drei Jahre bis zur Einstellung vergehen. 2. Insgesamt etwa 400 R. 3. Sechs Monate. 4. Rein. 5. Vollgeldschuld. — **J. R.** Nur dann, wenn Sie einen gesetzlichen Grund zur Lösung haben. — **Vorwärts-leser, Flemingstr.** Wenn Sie Ihre Bekanntschaft nachweisen können und der Vermieter nach Aufforderung und Segung einer angemessenen Frist nicht für Abhilfe sorgt, halten wir Sie zur vorzeitigen Lösung des Mietvertrages für berechtigt. — **G. R.** Sie müssen selber einen Anwalt bestellen. In

berichtigten Fällen besteht kein Anspruch auf Rechtschutz. — **Goldberg-Gayman.** 1. und 2. Ja. 3. Erst nach besonderer Klage. — **W. 3.** 1. und 2. Rein. 3. u. 4. Ja. — **Wahlrecht.** Leiber ja. — **G. G. 28.** 1. Ja, sofern die Wohnung auch für Familienangehörige ausreicht. 2. Reichstr. 15, Berlin.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Band 1. Herausgegeben von Dr. Jabel. Die bekannt, erschienen seit einer Reihe von Jahren im Verlag der Buchhandlung Vorwärts verkauften Abhandlungen zur Gesundheitspflege des Arbeiters, die sich eines beständig wachsenden Zuspruchs der Arbeiter erfreuen. Bis jetzt sind nicht weniger als 27 solcher Einzelhefte erschienen, an deren Abfassung mehr als zwanzig Ärzte und andere Sachverständige beteiligt sind. Der Erfolg der Hefte liegt den Gedanken nahe, die Abhandlungen in einem Bande zu vereinigen, der an Stelle der losen und darum leicht abhanden kommenden und unansehnlich werdenden Einzelhefte sich besser zur dauernden Benutzung für die Familie, für Vereine und Bibliotheken eignet.

Dieser erste Band der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, der die ersten 20 Hefte umfaßt, liegt jetzt vor. Es ist ein stattlicher Band von 400 Seiten, überaus geschmackvoll und dauerhaft gebunden und auf gutem Papier gedruckt, mit zahlreichen, zum Teil prächtigen Originalzeichnungen und einer farbigen Tafel (über die Zusammensetzung der Lebensmittel) mit einem Vorwort des Herausgebers und einem ausführlichen alphabetischem Sachregister, welches der Orientierung und Benutzung der Bibliothek als Nachschlagewerk sehr zuhalten kommen wird.

Die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek legt die Betonung auf die persönliche Gesundheitspflege, auf dasjenige, was der einzelne Arbeiter tun und lassen kann und darum tun und lassen soll, um sich gesund und arbeitsfähig zu erhalten, um sich und seine Familie vor Krankheiten zu schützen.

Die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek will diesen Zweck erreichen, indem sie ihre Leser den Bau und die Funktionen des gesunden Körpers und seine einzelnen Organe kennen lehrt, sie über das Entstehen und Wesen der Krankheiten aufzuklären und an Stelle von Aberglauben und Vorurteilen richtige, dem derzeitigen Stand des medizinischen Wissens entsprechende Vorstellungen zu setzen lehrt.

Der Band ist zum Preise von 4,50 R. durch alle Buchhandlungen und Expeditionen zu beziehen.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. H. Conrady. Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf. Das Abonnement kann jederzeit beginnen.

„Kommunale Praxis“. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Jede Woche erscheint 1 Heft. Abonnementspreis 3 R. pro Quartal. Einzelnummern 30 Pf.

Witterungsüberblick vom 2. August 1911.

Stationen	Barometer stand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. um 9 Uhr	Stationen	Barometer stand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. um 9 Uhr
Stuttgart	762,5	SW	1	wolkenl.	22	Hannover	766,5	SW	2	halb w.	20
Dresden	767,0	SW	2	heiter	23	Berlin	772,0	SW	2	wolkenl.	19
Berlin	767,0	SW	1	wolkenl.	23	Schw.	764,0	SW	2	halb w.	17
Köln	766,0	SW	1	wolkenl.	21	München	763,0	SW	1	wolkenl.	18
München	767,0	SW	1	heiter	19	Wien	767,0	SW	1	wolkenl.	19
Wien	765,0	SW	3	heiter	18						

Wetterprognose für Donnerstag, den 3. August 1911.
Sehr heiß und schwül, vielfach heiter, aber veränderlich bei meist schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 8.	teilw. am 2. 8.	Wasserstand	am 1. 8.	teilw. am 2. 8.
Remel, Mühl	1.8	31.7	Saale, Großh.	1.8	31.7
Regel, Zankerburg	67	-4	Saale, Sandau	48	+6
Reichel, Thorn	-12	+2	Kathen	7	-1
Oder, Ratibor	87	-2	Spreew., Spremberg	55	0
„ „ „ „	23	0	„ „ „ „	82	-2
„ „ „ „	34	-2	„ „ „ „	-130	+6
„ „ „ „	-38	-2	„ „ „ „	-60	0
„ „ „ „	-60	-1	„ „ „ „	388	-1
„ „ „ „	-42	-5	„ „ „ „	169	-1
„ „ „ „	-37	+1	„ „ „ „	187	-1
„ „ „ „	221	+5	„ „ „ „	84	0
„ „ „ „	-4	+3	„ „ „ „	-	-
„ „ „ „	13	-2	„ „ „ „	-12	+5

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpaßel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Königlicher Viertel.
(Bezirk 205 II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Galtwirt
Karl Neidhardt
Währiger Str. 42
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. August, nachmittags
6 Uhr, von der Leichenhalle des
General-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Droßkoffen-
führer
Richard Weinrich
am 31. Juli im Alter von 32 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 3. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Urban-Straßenhauses
nach dem Emmaus-Kirchhof, Ritz-
dorf, Hermannstraße, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Buch- und
Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.
Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 31. Juli starb nach schweren
Leiden unser Kollege
Hans Ostrog
im Alter von 32 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,
von der Halle des Dankes-
Kirchhofes, Wankelstraße, aus statt.
28/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsgesellschaft Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Aufschlagger
Ludwig Mania
am 1. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Corpus-Kirchhofes
in Hohenschönhausen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
120/20 Die Ortsverwaltung

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau
Gertrud Deutsch
lege ich allen Verwandten, Bekannten,
insbesondere den Kollegen der Firma
Bergmann (Abt. W. L.) meinen
herzlichsten Dank.
61342

Karl Hinz.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau, Mutter, Tochter und
Schwester
Klara Jacob geb. Fedel
am Dienstag im 39. Lebensjahre
gestorben ist.
Dies zeigen selbstbildet an
Robert Jacob nebst Tochter.
Die Beerdigung findet am
Freitag nachmittags 4 Uhr von
der Halle des Gemeinde-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.

Reparaturen. Spez. Un-
erlässlich saubere Reparatur
für Schüller, Tonverbesser-
ung, auf Wunsch auch solche,
die dem alt-italienischen Tone
ähnlich sind. Besondere
Aufmerksamkeit für Vorwärts-
Abonnement. Ungewöhnlich
ehrende Anerkennungen.
Emil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgegenbau
in Berlin O., Roßmarkt, 11c.

Seht nur —
die Köchin
Hanne, —
Wie sie die
alle Platte
Als Spiegel
gar benutzt,
Seht sie mit
echtem
Dr. Landmann's
Putz-Pulver
in Paketen à 5, 10 u. 20 Pf.

Reste
Musterfabrik „Herbst-Neuheiten“ für
Kleider, Mäntel, Röcke, etc. 3. u. 4. Markt.
Zuchlanger-Gesellschaft m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21. d. Bellevue.

Zuschneideschule
„Le Grand Chic“
Berlin, Friedrichstraße 61.
Fachwissenschaftlich geleitete Hochschule für alle
Fächer. Lehrkurse für 50847.
Herren- u. Damengarderobe
Uniformen. Viele Anerkennungen von Fachleuten.
Leichtfaßliches System. Tages- und Abendkurse.
Anmeldungen täglich. Stellenvermittlung gratis.
Verlangen Sie Prospekt Nr. 32.

Opiumkur! *aus der
Lippe*

Kownoer
aus den
Tabak-Fabriken
J. Goldfarb preuss. Stargard.
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do
zazywania „Kownoer“

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!
Weiner geistlichen Amtshaus und Nachbarschaft zur Kenntnis, daß meine
Bäckerei, Rixdorf, Wipperfurthstraße 21, wieder als geregelt zu be-
trachten ist.
Die Differenzen sind zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt
und empfehle noch wie vor mein Brot und meine Backwaren. In
Erwartung, daß das Vorurteil als nicht geschehen zu betrachten ist,
sicheres Besatzungsrecht
Bäckermstr. Paul Hellwig, Rixdorf, Wipperfurthstr. 21.
Der Vertrauensmann der Bäcker u. Konditoren Berlins u. Umg.

Großer
Anzug-Verkauf
Dauer bis 6. August
ca. 40000 Anzüge für Herren,
Jünglinge, Burschen und Knaben
darunter Restbestände einzelner Serien,
:: Modelle und Musteranzüge ::

Serie I. Herren-Anzüge Gestreifte u. karierte Cheviots 21 R.
Serie II. Herren-Anzüge Zwirkammern ein- und zweiflügelig, sehr haltbar 33 R.
Serie III. Jünglings-Anzüge Gemusterte Cheviots und Kammgarn-Arten 11 R.
Serie IV. Jünglings-Anzüge Graue, grüne u. braune Cheviots 17 R.
Serie V. Burschen-Anzüge Solide Kammgarn-Arten in violetten Mustern 7 R.
Serie VI. Burschen-Anzüge Cheviots und Kammgarn. Gestreift und kariert 10 R.
Serie VII. Knaben-Wasch-Anzüge blau-weiß gestreift, Cr. 1-6... durchweg 95 Pf.
Serie VIII. Knaben-Sport-Anzüge in verschied. Stoffarten, Größe 1-6... durchweg 6 R.

Lüsteranzüge, Bastanzüge Teilweise erheblich unter Preis
Strandanzüge, Waschanzüge

BaerSohn
Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Werkstattbetrieb und Heimarbeit
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostenfrei.

MANOLI
Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

